

Dr. Friedmar Fischer und Werner Siepe

Standpunkt

Einschätzungen zum Piloturteil 25 U 3827/14 des Oberlandesgerichts München vom 22. Mai 2015

12.07.2015

Inhaltsverzeichnis

| | |
|--|----|
| Vorbemerkungen..... | 2 |
| Zusammenfassung..... | 4 |
| 1. Alternativen? | 9 |
| 1.1. Rücknahme der Kürzung um 7,5 Prozentpunkte? | 10 |
| 1.2. Vergleichsberechnung nach § 2 und § 18 BetrAVG auf dem Prüfstand | 13 |
| 1.3. Verfassungskonforme Lösungssuche?..... | 14 |
| 1.3.1. Keine Berechnung des Unverfallbarkeitsfaktors nach § 2 BetrAVG | 14 |
| 1.3.2. Keine Kürzung der Voll-Leistung nach § 18 BetrAVG..... | 15 |
| 1.3.3. Erhöhung des jährlichen Anteilssatzes auf maximal 2,5 % | 15 |
| 1.3.4. Erhöhung der Startgutschrift in Sonderfällen..... | 18 |
| 2. Analyse der Startgutschrift aus dem OLG-Urteil..... | 21 |
| 2.1. Welche Größen haben die ZVK-Anwartschaft bestimmt..... | 24 |
| 2.1.1. Schlussfolgerung von der Näherungsrente auf das gvE..... | 25 |
| 2.1.2. Abschätzung der Mindestrente nach § 18 Abs. 2 Nr. 4 BetrAVG..... | 28 |
| 2.1.3. Abschätzung des Formelbetrags nach § 18 Abs. 2 Nr. 1 BetrAVG | 29 |
| 2.1.4. Visualisierung der Startgutschrift (Formelbetrag) in Prozent/Jahr | 31 |
| 2.1.5. Notwendige Zuschlagsbedingung ist erfüllt | 33 |
| 2.1.6. Einordnung des Klagefalls | 37 |
| 2.2. Erkenntnisse aus den Grunddaten der Klägerin..... | 40 |
| 2.3. Kürzung der Nettogesamtversorgung im Klagefall | 41 |
| 3. Ausgewählte Anmerkungen zum OLG-Urteil..... | 43 |
| 3.1. Struktur des OLG-Urteils | 43 |
| 3.2. Zum Urteil des OLG München 25 U 3827/14 | 45 |
| 3.2.1. Kernaussagen des OLG-Urteils | 45 |
| Tabellenverzeichnis | 51 |
| Abbildungsverzeichnis | 51 |
| Anlage A: Bedingungen für einen Zuschlag zur Startgutschrift..... | 52 |
| Anlage B: Beweis des Zuschlagsausschlusses von Versichertengruppen | 60 |
| Anlage B 1: Beweis: Früheinsteiger bleiben ohne Zuschlag | 61 |
| Anlage B 2: Beweis: Jüngere Späteinsteiger bleiben ohne Zuschlag | 65 |
| Anlage 1: Exkurs zu Mindestrente, Formelbetrag, Mindeststartgutschrift..... | 71 |
| Anlage 2: Unverfallbarkeitsfaktor auch im öffentlichen Dienst? | 74 |
| Anlage 3: Kürzung der Nettoversorgung bei Nichtkürzung der Näherungsrente? | 77 |
| Anlage 4: Nachrechnung des Klagefalls (genähert)..... | 80 |

Vorbemerkungen

Die Berechnung der Rentenanwartschaften zum 31.12.2001 (Startgutschriften) für rentenferne Pflichtversicherte (ab Jahrgang 1947) bleibt auch nach über zehn Jahren heftig umstritten. Ein Ende des Streits um die „richtige“, d.h. systematisch saubere, transparente, gerechte und rechtssichere Berechnung ist auch nach der Neuregelung der sog. rentenfernen Startgutschriften am 30.05.2011 nicht in Sicht.

Die Startgutschriften für **rentenferne Pflichtversicherte** (ab Jahrgang 1947) sind laut BGH-Urteil vom 14.11.2007 (Az. IV ZR 74/06) unverbindlich, da sie Pflichtversicherte mit längeren Ausbildungszeiten überproportional benachteiligen. Gleiches gilt nach dem BGH-Urteil vom 29.09.2010 (Az. IV ZR 99/09) auch für **beitragsfrei Versicherte** mit längeren Ausbildungszeiten.

Nach der am 30.05.2011 durch die Tarifparteien vereinbarten **Neuregelung der rentenfernen Startgutschriften nach § 33 Abs. 1a ATV** setzt ein Zuschlag auf die bisherige Startgutschrift voraus, dass der Unverfallbarkeitsfaktor nach § 2 Abs. 1 BetrAVG um mehr als 7,5 Prozentpunkte vom bisherigen Anteilssatz nach § 18 Abs. 2 Nr. 1 Satz 1 BetrAVG abweicht.

Von der Neuregelung sind rund 4,2 Mio. rentenferne Pflichtversicherte und über 4 Mio. beitragsfrei Versicherte betroffen, also insgesamt 8,2 Millionen Versicherte. Davon wird schätzungsweise höchstens eine Million von Versicherten tatsächlich einen Zuschlag erhalten.

Erste relevante Oberlandesgerichtsurteile, die Klagen gegen die **Neuregelung der rentenfernen Startgutschriften nach § 33 Abs. 1a ATV betreffen**, liegen vor.

Das Oberlandesgericht Karlsruhe hat am 18.12.2014 eine wichtige „Pilot“ - Berufungsentscheidung (Az.: 12 U 104/14) getroffen.

Das Oberlandesgericht München hat am 22.05.2015 dem OLG Karlsruhe – Urteil vergleichbare Berufungsentscheidungen (z.B. Az.: 25 U 3827/14, 25 U 3830/14, 25 U 4462/14) gefällt.

Bemerkenswert ist bei den zitierten Urteilen:

- Die jeweiligen Klageanträge sind ähnlich.
- Die Oberlandesgerichte Karlsruhe und München halten die Klagen für zulässig und begründet, z.T im Gegensatz zu den jeweiligen Vorinstanzen.

Der vorliegende Standpunkt unternimmt den Versuch, das Münchner Oberlandesgerichtsurteil aus sachlogischer Sicht einzuschätzen und zu bewerten.

Das Oberlandesgericht München hat in seinem Urteil (Az. 25 U 3827/14) vom 22.05.2015 die „Neuordnung“ der Zusatzversorgung für rentenfernen Versicherte für verfassungswidrig erklärt, da wegen des Abzugs von 7,5 Prozentpunkten vom sog. Unverfallbarkeitsfaktor gleichheitswidrig ganze Gruppen rentenferner Versicherter von einem Zuschlag zu ihrer ursprünglichen rentenfernen Startgutschrift ausgeschlossen sind.

Den Tarifparteien wurde in RdNr. 50 des Urteils aufgegeben, im Rahmen der Tarifautonomie aus verschiedenen ihnen zur Verfügung stehenden Lösungswegen

einen zu wählen, der den vom BGH festgestellten, bislang nicht behobenen strukturellen Mangel behebt.

Welche Alternativen können überhaupt angedacht werden, was muss jeweils bedacht werden, was muss vermieden werden? Derartige Überlegungen werden in **Kapitel 1** angestellt.

Aus dem Münchner Urteil ist nur bekannt, dass die Klägerin am 30. 04.1957 geboren ist, dass sie zum 17.09.1990 in die Zusatzversorgungskasse (hier BVK) eingetreten ist, also beim ZVK-Eintritt schon 33 Jahre und 4,5 Monate alt war, eine Startgutschrift von zunächst 76,82 € erhielt und für sie eine fiktive gesetzliche Näherungsrente von 493,44 € ermittelt wurde. Durch den Zuschlagsbescheid der Zusatzversorgungskasse wurde lt. Gericht ihre ursprüngliche Startgutschrift nun auf 84,28 € angehoben.

In **Kapitel 2** wird beschrieben, welche Größen die alte ZVK-Anwartschaft bestimmt haben und ob die Klägerin nach der Neuregelung der rentenfernen Startgutschriften nach § 33 Abs. 1a ATV überhaupt einen Zuschlag erhalten konnte.

In **Kapitel 3** werden die Kernaussagen des OLG – Urteils zitiert.

Die Autoren haben den Klagefall fallkonkret analysiert und danach jeweils in einen größeren systematischen Sachzusammenhang eingeordnet. Damit wird dem gängigen Standardeinwand entgegnet, aus einem Einzelfall könne man nicht auf andere rentenferne Betroffene schließen bzw. umgekehrt, man könne aus einer abstrakten systematischen Darlegung keine konkret fallbezogenen Schlussfolgerungen ziehen.

Das Landgericht Karlsruhe bemühte in seinem damaligen ablehnenden Urteil (Az. 6 O 145/13 vom 28.02.12014) vom Frühjahr 2014 in der dortigen RdNr. 87 den Begriff der **Denk**logik.

Für die Autoren ist Logik unteilbar, einzigartig und widerspruchsfrei. Es gibt keine Aufteilung der Logik für verschiedene zweckgerichtete **Denk**-Ziele. Logik ist stets mit Denken verbunden. Zielgerichtetes Denken unterliegt allerdings mancherlei Zwängen, das aber nicht in Widerspruch zu den strengen Gesetzmäßigkeiten der Logik stehen darf bzw. zu deren Nichtbeachtung führen darf.

Insoweit müssen sachlogische Feststellungen und juristische Argumente / juristische Entscheidungen stets kongruent in Bezug auf die Gesetzmäßigkeiten der Logik sein.

Durch das Urteil (Az. 25 U 3827/14 vom 22.05.2015) des Oberlandesgerichts München wird diese Kongruenz eindrucksvoll bestätigt.

Wiernsheim und Erkrath, 12.07.2015

Dr. Friedmar Fischer

Werner Siepe

Zusammenfassung

Inzwischen hat sich eine gewisse relevante Rechtsprechung einiger Zivilgerichte zu den Zuschlagsklagen rentenferner Versicherter entwickelt.

Das Landgericht Berlin (23 O 144/13 vom 22.01.2014 bzw. 7 O 208/13 vom 27.03.2014 veröffentlicht in JURIS), das Oberlandesgericht Karlsruhe (12 U 104/14 vom 18.12.2014 veröffentlicht in JURIS), außerdem das Landgericht München (z.B. 12 O 19581/13 vom 13.03.2015) wie auch das Oberlandesgericht München (z.B. 25 U 3830/14 vom 22.05.2015) behandeln rentenferne Klagefälle, die aufgrund des frühen Eintrittsalters vor dem vollendeten 25. Lebensjahr oder des Geburtsjahrgangs 1961 oder später kategorisch von einem Zuschlag ausgeschlossen sind.

Das Landgericht Berlin (7 O 149/13 vom 27.03.2014) behandelt einen rentenfernen Klagefall, der aufgrund des Geburtsdatums, 1961 oder später, kategorisch von einem Zuschlag ausgeschlossen ist.

Das Oberlandesgericht München behandelt unterschiedliche Fälle. Im 1. Fall (25 U 4462/14 vom 22.05.2015; veröffentlicht in JURIS) liegt ein rentenferner Klagefall vor, der kategorisch von einem Zuschlag ausgeschlossen ist, da dort die Startgutschrift nicht nach dem Formelbetrag nach § 18 Abs. 2 Nr. 2 BetrAVG, sondern durch die Mindestrente nach § 18 Abs. 2 Nr. 4 BetrAVG bestimmt wurde.

Im 2. Fall (25 U 1031/14 vom 22.05.2015; veröffentlicht in JURIS) handelt es sich um einen rentenfernen Klagefall, wo zwar die Unverbindlichkeit der Neuregelung der rentenfernen Startgutschrift festgestellt wird, Ansprüche der Klägerin gemäß den Regeln der früheren Gesamtversorgung vom OLG aber zurückgewiesen werden.

Im 3. Fall (Az. 25 U 3827/14 vom 22.05.2015) – der diesem Standpunkt zugrunde liegt – wird die „Neuordnung“ der Zusatzversorgung für rentenferne Versicherte für verfassungswidrig erklärt, da wegen des Abzugs von 7,5 Prozentpunkten vom sog. Unverfallbarkeitsfaktor gleichheitswidrig ganze Gruppen rentenferner Versicherter von einem Zuschlag zu ihrer ursprünglichen rentenfernen Startgutschrift ausgeschlossen sind.

Den Tarifparteien wurde in RdNr. 50 des Urteils vom 22.05.2015 aufgegeben, im Rahmen der Tarifautonomie aus verschiedenen ihnen zur Verfügung stehenden Lösungswegen einen zu wählen, der den vom BGH festgestellten, bislang nicht behobenen strukturellen Mangel behebt.

Welche Alternativen können überhaupt angedacht werden, was muss jeweils bedacht werden, was muss vermieden werden? Derartige Überlegungen werden in **Kapitel 1** angestellt.

In dieser Dokumentation geht es im **Kapitel 2** u.a. darum, anhand der vom Oberlandesgericht München angegebenen (ausgewählten) Versicherungsdaten der Klägerin auf die Struktur und Eigenarten seiner rentenfernen Startgutschrift zu schließen.

Das Oberlandesgericht München hat jedoch in seinem Urteil (Az. 25 U 3827/14 vom 22.05.2015) nicht alle relevanten Versicherungsdaten des Klagefalls vollständig angeben. Daher müssen einige Daten geschätzt werden bzw. ein Rückgriff auf die originalen Daten des Startgutschriftbescheids gemacht werden, um Eindeutigkeit herzustellen. Aus den Angaben des Gerichts allein ist nämlich z.B. das gesamtversorgungsfähige Vollzeit – Entgelt der Klägerin nicht eindeutig bestimmbar. Dazu braucht man aus dem Startgutschriftbescheid noch den für die Klägerin maßgeblichen Nettoversorgungssatz (NVS) und daraus ableitbar den Gesamtbeschäftigungsquotienten (GBQ).

Die Autoren dieses Standpunktes verwenden den Begriff der <Maßgeblichkeit>. Eine Datengröße ist maßgeblich, wenn sie eine primäre oder daraus abgeleitete Größe ist, die für die Berechnung der Startgutschrift bzw. des Zuschlags notwendig ist und sie/ihn eindeutig bestimmt.

Die Klägerin hatte zum Stichtag 31.12.2001 bei einer unterbrechungsfreien Pflichtversicherungszeit bis zum 31.12.2001 ein geschätztes maßgebliches gesamtversorgungsfähiges Entgelt von rund 1.107 € (falls verheiratet) oder rund 3.700 € - 3.800 € (falls alleinstehend). Die Klägerin war zum Stichtag 31.12.2001 verheiratet (Steuerklasse III/0) oder alleinstehend (Steuerklasse I/0). Im Folgenden wird davon ausgegangen, dass die Klägerin verheiratet war.

Die reale alte Startgutschrift (lt. Gericht) der Klägerin in Höhe von 76,82 € wird ermittelt durch den Formelbetrag nach § 18 Abs. 2 Nr. 1 und 2 BetrAVG, nicht jedoch bestimmt durch die Mindestrente nach § 18 Abs. 2 Nr. 4 BetrAVG bzw. die Mindeststartgutschrift nach § 9 Abs. 3 ATV. Die reale neue Anwartschaft liegt lt. Gericht bei 84,28 €, da aus systematischen Gründen ein Zuschlag gewährt werden kann.

Dann ergeben sich durch Rückrechnung (bis auf wenige Rundungscents genau) folgende angenäherten Werte:

1. **maßgebliche Voll-Leistung = Startgutschrift** 76,82 € : 0,254* = 302,44 €
(unabhängig vom Familienstand)
*) 2,25 % x 11,29 erreichte Pflichtversicherungsjahre
vom 17.09.1990 bis 31.12.2001

2. **maßgebliche Nettogesamtversorgung**
= **maßgebliche Voll-Leistung** 302,44 € + Näherungsrente 493,44 €
= 795,88 €

3. **maßgebliches Nettoarbeitsentgelt**
= **maßgebliche Nettogesamtversorgung** 795,88 € : 0,9175= 867,44 €

4. **maßgebliches gesamtversorgungsfähiges Entgelt =**
maßgebliches Nettoarbeitsentgelt 867,44 €
+ Steuern sowie Sozialabgaben 239,76 €* = 1.107,20 €**
***) Summe geschätzt; Lohnsteuer in 2001 lt. Steuerklasse III/0 zuzüglich
Solidaritätszuschlag + Arbeitnehmeranteil in 2001 zur
gesetzlichen Sozialversicherung + Arbeitnehmer-Umlage zur ZVK

Aus dem maßgeblichen gvE von 1.107,20 € lässt sich noch nicht eindeutig auf das Vollzeit-gvE der Klägerin schließen, wenn ein GBQ < 1 vorhanden ist, denn (Vollzeit-gvE) / GBQ = 1.107,20 € ist nicht eindeutig bzgl. Vollzeit-gvE bestimmt, wenn man nicht den GBQ kennt.

Der maßgebende Versorgungssatz (höchstens 91,75 %; ggf. gekürzt durch Teilzeit oder Beurlaubung ist 46,79 % (lt. Startgutschriftbescheid).

Aus dieser indirekten Angabe lässt sich schließen: **GBQ = 46,79 % / 91,75 % = 0,51.**

Somit ist aber auch das gesamtversorgungsfähige Brutto – **Vollzeitentgelt** der Klägerin bestimmt: Vollzeit gvE = (maßgebliches gvE) / GBQ = 1.107,20 € / 0,51

Vollzeit gvE = 2.170,96 €

Das monatliche Vollzeit - gvE von 2.170,96 € in 2001 liegt damit noch unter dem von der gesetzlichen Rentenversicherung ermittelten monatlichen Durchschnittsverdienst in 2001 von 2.352,62 €. Die Klägerin hat also eher unterdurchschnittliches Vollzeit - gvE und durch die Teilzeitbeschäftigung wird sie zur Geringverdienerin.

Für die eher geringverdienende verheiratete rentenferne Klägerin, deren Startgutschrift (bei einem maßgeblichen gvE von etwa 1.107,20 €) nach dem Formelbetrag nach § 18 Abs. 2 Nr. 1 BetrAVG ermittelt wurde, ergibt sich eine **Startgutschrift p.a. von 0,61 %** des maßgeblichen gesamtversorgungsfähigen Entgelts (gvE) aus 2001.

Damit ist auch erklärlich, warum gerade Gering(st)verdiener-Beispiele arbeitgeberseitig in Zeitschriften zur Demonstration verwendet werden, da hohe prozentuale <Startgutschriften p.a.> „hohe finanzielle Zuwächse“ suggerieren. Konsequenterweise unterschlagen werden in arbeitgebernahen Dokumenten die niedrigen prozentualen Startgutschriften p.a. bei durchschnittlich bis höher verdienenden Alleinstehenden und die sehr hohen prozentualen Startgutschriften p.a. für Verheiratete bei Höherverdienern.

Die Startgutschriftberechnung (nebst daraus folgender Zuschlagsermittlung) wurde durch einen von der obigen einfachen Rückrechnung unabhängigen Rechnungsweg auf andere Weise bis ins Detail abschätzend ermittelt und geprüft.

Die Klägerin kommt für einen Zuschlag in Betracht, denn reale Anwartschaft (neu) – reale Anwartschaft (alt) = 84,28 € - 76,82 € = 7,46 €. Das ist gegenüber der alten Startgutschrift eine Erhöhung um rund 9,7 Prozent.

Das OLG München lässt sich von dem durch die BVK gewährten prozentualen Zuschlag nicht beeindrucken und weicht nicht von der rechtssystematisch angezeigten Sichtweise ab, die andere Gerichte bereits dargelegt haben, nämlich dass der ursprüngliche gleichheitswidrige strukturelle Mangel der bisherigen Neureglung zum 31.12.2001 für rentenferne Versicherte durch die konkrete Ausgestaltung der Neuregelung nach dem Vergleichsmodell nicht behoben worden sei.

Die Klägerin erfüllt nach Kapitel 2.1 die notwendige Bedingung für einen Zuschlag zur alten Startgutschrift. Sie ist erst mit mehr als 33 Jahren in die Zusatzversorgungskasse (BVK) eingetreten. Damit ist für die verheiratete rentenferne Klägerin aus systematischen Gründen ein Zuschlag zu ihrer alten Startgutschrift prinzipiell wohl möglich.

Rentenferne Pflichtversicherte sind von einem Zuschlag zur alten Startgutschrift nämlich nur dann systematisch ausgeschlossen, wenn sie vor dem 25. Lebensjahr in die Zusatzversorgungskasse eingetreten sind oder wenn der Geburtsjahrgang 1961 oder jünger ist (siehe Anlage A und B dieses Standpunkts).

Die Klägerin ist nach Kapitel 2.2 auch von der juristischen Diskussion um die Vorteile/Nachteile der Anwendung des Näherungsverfahrens zur gesetzlichen Rente betroffen. Ohne Kenntnis der tatsächlichen gesetzlichen Rente bei Erreichen des 65. Lebensjahres ist ein Vergleich mit der fiktiv hochgerechneten gesetzlichen Rente nach dem Näherungsverfahren eigentlich prinzipiell nicht möglich.

Im Klagefall wurde (lt. Gericht) die fiktive gesetzliche Näherungsrente in Höhe von 493,44 € ermittelt.

Das geschätzte maßgebliche gesamtversorgungsfähige Entgelt in 2001 von rund 1.107 € der Klägerin in 2001 liegt unterhalb der Beitragsbemessungsgrenze (BBG) von 4.448,24 € in 2001. Arbeitnehmer und Arbeitgeber zahlen bei ihren monatlichen Entgelten nur bis zum Höchstsatz des BBG Beiträge in die gesetzliche Rentenversicherung ein. D.h. ab monatlichen Entgelten von 4.448,24 € (Stand 2001) und höher werden dennoch höchstens 1.600,50 € Näherungsrente von der persönlichen Nettogesamtversorgung abgezogen. Ob im Klagefall Vorteile oder Nachteile durch den Ansatz der Näherungsrente überwiegen, wäre zu untersuchen.

Die Klägerin ist auch betroffen von der Diskussion um die bis zum Stichtag 31.12.2001 bereits erreichten Pflichtversicherungsjahre (**m**) und theoretisch bis zum Rentenbeginn erreichbaren Pflichtversicherungsjahre (**n**) und der daraus resultierenden Vergleichsdiskussion um § 18 BetrAVG ($m \times 2,25\%$) bzw. § 2 BetrAVG (m/n bzw. $m/n - 7,5\%$), da es im Klagefall auf den alten bzw. neuen Formelbetrag ankommt.

Bei einem Eintrittsalter von mehr als 33 Jahren – wie bei der Klägerin - erfolgt nach Kapitel 2.3 eine **Kürzung der Nettogesamtversorgung**, indem das bisherige Nettoarbeitsentgelt mit einem im Vergleich zum für die Klägerin maximal möglichen Satz etwas niedrigeren Nettoversorgungssatz multipliziert wird. Da aber gleichzeitig die von der Nettogesamtversorgung abzuziehende Näherungsrente nicht gekürzt wird, sinkt auch die Voll-Leistung.

Im konkreten Klagefall ist der Nettoversorgungssatz (NVS) von ([**91,33** % x GBQ], bei GBQ=0,51) leicht gegenüber dem für die Klägerin maximal möglichen Satz von ([**91,75** % x GBQ], bei GBQ=0,51) gekürzt und demzufolge verringert sich die Voll-Leistung von 302,48 € auf 298,84 €.

Auch wenn das Oberlandesgericht München als Berufungsinstanz den Abzug von 7,5 Prozentpunkten als gleichheitswidrig ansieht, kann nach Kapitel 1.1 die Korrektur

der Zuschlagsberechnung nun nicht darin gesehen werden, einfach die willkürliche Kürzung von 7,5 Prozentpunkten in allen denkbaren Fällen zurückzunehmen, denn der Unverfallbarkeitsfaktor (eigentlich muss es heißen „Unverfallbarkeitsquotient“) **m/n** nach § 2 BetrAVG darf nicht isoliert mit dem Anteilssatz nach § 18 BetrAVG verglichen werden, da die Berechnungsgrundlagen völlig unterschiedlich sind (vgl. Anlage 2 dieses Standpunkts).

Die reine Rücknahme der Kürzung des Unverfallbarkeitsfaktors um 7,5 Prozentpunkte würde im vorliegenden Klagefall zu einem Zuschlag von durchaus bemerkenswerten und systematisch sehr fragwürdigen **40,54** % zur alten Startgutschrift führen, d.h. es gäbe einen Zuschlag von 31,14 € zur alten Startgutschrift von 76,82 € (vgl. Kapitel 1.1).

Im **3. Kapitel** dieser Dokumentation wird eine tabellarische Übersicht des Urteils des Oberlandesgerichts nebst ausgewählten Urteils-Zitaten erstellt.

Das Oberlandesgericht München äußert sich im Gegensatz zum Piloturteil des Oberlandesgerichts Karlsruhe nicht dazu, ob für rentenferne Versicherte z. Zt. eine Härtefallregelung getroffen werden kann oder nicht (mehr dazu am Ende von Kapitel 3.2.1).

1. Alternativen?

Nach der ersten Neuordnung der Zusatzversorgung des öffentlichen Dienstes zum Systemwechsel am 31.12.2001 folgten wegen der strittigen Übergangsregelungen (Startgutschriften) zahllose Klagen vor den Zivilgerichten, die schließlich zur Pilotentscheidung des BGH (Az. IV ZR 74/06 vom 14.11.2007 = BGHZ 174, 127) führten. Die Tarifparteien brauchten mehrere Jahre bis zum 30.05.2011 um neue rentenferne Übergangsregelungen zu finden, die nach deren Ansicht den Anforderungen des BGH – Urteils genügen. In der Formulierung nach RdNr. 6 des Urteils (Az. 25 U 3827/14 vom 22.05.2015) lautet die entsprechende neue Regelung (gemäß der BVK – Satzungssprache) unter Bezugnahme auf das Betriebsrentengesetz (BetrAVG):

Die Tarifparteien verständigten sich daraufhin am 30.05.2011 auf eine neue Regelung, die die Beklagte in ihre Satzung übernahm. Gemäß § 73 Abs. 1a der Satzung der Beklagten wird nunmehr bei Beschäftigten der rentenfernen Jahrgänge auch ermittelt, welche Anwartschaft sich bei einer Berechnung nach § 18 Abs. 2 BetrAVG unter Berücksichtigung eines Unverfallbarkeitsfaktors entsprechend § 2 Abs. 1 Satz 1 BetrAVG ergibt. Der sich danach ergebende Vomhundertsatz wird auf zwei Stellen nach dem Komma gemeinüblich gerundet und um 7,5 Prozentpunkte vermindert. Ist die hiernach - unter Berücksichtigung weiterer Besonderheiten - berechnete Anwartschaft höher als die bisher berechnete Anwartschaft, wird der Unterschiedsbetrag zwischen diesen beiden Anwartschaften ermittelt und als Zuschlag berücksichtigt (Vergleichsmodell). Die Summe aus bisheriger Startgutschrift und Zuschlag bildet die neue Startgutschrift.

Das Oberlandesgericht München kritisiert vor allem den Abzug von 7,5 Prozentpunkten vom sogenannten Unverfallbarkeitsfaktor und schreibt in RdNr. 44:

Zu beanstanden ist jedoch die Einführung eines Abzugs von 7,5 %-Punkten in die Vergleichsberechnung, die - rechnerisch belegbar, vgl. OLG Karlsruhe aaO, und von der Beklagten in der Berufung nicht bestritten - dazu führt, dass einerseits Versicherte der Jahrgänge 1948 ff., die mit 25 Jahren oder jünger bei der Beklagten pflichtversichert worden sind, und andererseits alle Versicherten der Geburtsjahrgänge 1961 und jünger keinen Zuschlag auf die bisherige Startgutschriften erhalten. Denn eine sachliche Rechtfertigung für diesen Abschlag bzw. Schwellenwert ist entgegen der Auffassung der Beklagten, die als Späteinsteiger im Sinne der BGH-Rechtsprechung nur solche ansehen will, die erst nach Vollendung des 25. Lebensjahrs in den öffentlichen Dienst eingetreten sind, auch unter Berücksichtigung der Beurteilungs-, Bewertungs- und Gestaltungsspielräume der Tarifpartner nicht erkennbar. Das erkennbare Bestreben der Beklagten, die finanzielle Zusatzbelastung durch die Neuregelung möglichst gering zu halten und daher die modifizierte Anwendung des § 2 Abs. 1 Satz 1 BetrAVG mit weiteren, möglichst pauschalierten Korrekturfaktoren zu versehen, ist zwar als solches nicht zu beanstanden. Ein derartiger Korrekturfaktor muss aber bei genereller Betrachtung trotzdem geeignet sein, dem von der Ausgangsentscheidung des BGH festgestellten

Gleichheitsverstoß abzuwenden - und daher ein Mindestmaß an Zielgenauigkeit erfüllen. Das ist bei dem 7,5 %-Abzug jedoch nicht der Fall.

Was müsste bei einer derartig – vom Oberlandesgericht – angemahnten, systematisch sauberen Lösung beachtet werden?

1.1. Rücknahme der Kürzung um 7,5 Prozentpunkte?

Welche Konsequenzen hätte diese Option? Ist dieses denkbare Szenario überhaupt tragfähig?

Wenn die Kürzung des Unverfallbarkeitsfaktors um 7,5 Prozentpunkte letztlich ersatzlos wegfallen sollte, hat dies zumindest für drei Gruppen von am 31.12.2001 verheirateten Rentnern erfreuliche finanzielle Auswirkungen:

- Zuschlag auf die bisherige Startgutschrift für **alle älteren Rentnern**, die **ab einem Alter von 20 Jahren und 7 Monaten** in den öffentlichen Dienst eingetreten sind und bisher keinen Zuschlag erhielten (mit einem geschätzten Anteil von 15 % aller Rentnern)
- Zuschlag auf die bisherige Startgutschrift auch für **alle jüngeren Rentnern**, die ebenfalls ab einem Alter von 20 Jahren und 7 Monaten in den öffentlichen Dienst eingetreten sind und bisher keinen Zuschlag erhielten (mit einem geschätzten Anteil von 25 % aller Rentnern)
- höhere Zuschläge für alle Rentnern, die bisher schon einen Zuschlag auf ihre bisherige Startgutschrift erhielten.

Der Kreis der zuschlagsberechtigten Rentnern könnte sich möglicherweise von momentan rund 10 % auf bis zu 50 % aller Rentnern erhöhen („kleine Ursache – große Wirkung“).

Ausgeschlossen vom Zuschlag blieben aber auch nach Wegfall des Abzugs von 7,5 Prozentpunkten noch folgende drei Gruppen:

- kein Zuschlag für Rentner, die **vor einem Alter von 20 Jahren und 7 Monaten** in den öffentlichen Dienst eingetreten sind (sog. Früheinsteiger mit einem geschätzten Anteil von 25 % aller Rentnern)¹,

¹ Nun würde **nach Wegfall der 7,5 % bzw. von 0,075** statt der alten Zuschlagsbedingung ($m/n - 0,075 > 0,0225m$) mathematisch gelten:

$$m/n > 0,0225m \text{ bzw. } 1/n > 0,0225 \text{ bzw. } n < 1/0,0225 \text{ bzw. } n < 44,44$$

Da die Anzahl **n** der erreichbaren Pflichtversicherungsjahre aus der Differenz zwischen 65 und dem Eintrittsalter **e**, also $n = 65 - e$, gebildet wird, lässt sich daraus schließen, ab welchem Eintrittsalter **e** die „neue“ Zuschlagsbedingung erfüllt wäre: $n = 65 - e < 44,44$ bzw. $e > 20,55$

d.h. e > 20,55 Jahre oder ab 20 Jahre und knapp 7 Monaten

Also ist die Frage, ob es überhaupt einen Zuschlag geben kann, künftig allein von der Anzahl der erreichbaren Pflichtversicherungsjahre (**n**) abhängig und damit vom Eintrittsalter (**e**). **Der Geburtsjahrgang spielt überhaupt keine Rolle mehr bei der Berechnung eines Zuschlags auf die bisherige Startgutschrift!**

- kein Zuschlag für am 31.12.2001 alleinstehende Rentenferne, bei denen der nach Zuschlag erhöhte Formelbetrag gem. § 18 Abs. 2 Nr. 1 BetrAVG weiterhin **unter dem Mindestbetrag** gem. § 18 Abs. 2 Nr. 4 liegt (sog. alleinstehende Durchschnitts- und Höherverdiener bis zu einem gesamtversorgungsfähigen Entgelt von geschätzten 4.000 € in 2001 mit einem geschätzten Anteil von 20 % aller Rentenfernen)
- ggf. kein Zuschlag für Rentenferne, die erst sehr spät in den öffentlichen Dienst eingetreten sind (sog. „Spätesteinsteiger“ mit einem Eintrittsalter von zum Beispiel 45 Jahren) und bei denen sich die gekürzte Voll-Leistung ausnahmsweise relativ stärker auswirkt als der höhere Unverfallbarkeitsfaktor (zum Beispiel bei Durchschnittsverdienern) mit einem geschätzten Anteil von 5 % aller Rentenfernen

Gäbe es die willkürliche Kürzung des Unverfallbarkeitsfaktors um 7,5 Prozentpunkte nach § 33 Abs. 1a. Nummer 1, Satz 4 ATV überhaupt nicht, würde auch ein am 31.12.2001 verheirateter und rentenferner Pflichtversicherter mit einem Eintrittsalter von 25 Jahren einen Zuschlag in Höhe von 11,1 % auf seine bisherige Startgutschrift bekommen (siehe die **fett** gedruckte Zahl in der Tabelle 1).

Dadurch vereinfacht sich auch die Berechnung der Zuschlagsquote, für die nun folgende Formel ohne den Abzug von 7,5 Prozentpunkten gilt:

$$ZQ I = \left[\left[\frac{m}{n} : (m \times 0,0225) \right] - 1 \right] \times 100 \quad \text{bzw.} \quad \left[\left[1 : (n \times 0,0225) \right] - 1 \right] \times 100$$

Eintrittsalter in Jahren

| Jg. | 20 | 21 | 22 | 23 | 24 | 25 | 26 | 27 | 28 | 29 | 30 | 31 | 32 | 33 |
|---------|----|-----|-----|-----|-----|-------------|----|----|------|------|----|------|------|------|
| 1947ff. | 0 | 1,0 | 3,4 | 5,8 | 8,4 | 11,1 | 14 | 17 | 20,1 | 23,5 | 27 | 30,7 | 34,7 | 38,9 |
| | % | % | % | % | % | % | % | % | % | % | % | % | % | % |

**Tabelle 1: Zuschlagsquote I bei fehlender Kürzung von m/n
(konstante Zuschlagsquote unabhängig vom Jahrgang)**

Konsequenz für den vorliegenden Klagefall:

Nach Rücknahme der Kürzung um 7,5 Prozentpunkte gäbe es für die Klägerin im vorliegenden Fall einen Zuschlag von rund 40,54% = $\left[\left[1 : (31,625 \times 0,0225) \right] - 1 \right] \times 100$ zur alten Startgutschrift, d.h. einen Zuschlag von 31,14 € zu alten Startgutschrift von 76,82 €.

Unter **Zuschlagsquote** ist der Zuschlag in Prozent der bisherigen Startgutschrift nach der evtl. künftigen Neuregelung ohne Abzug von 7,5 Prozentpunkten (Zuschlagsquote I nach Tabelle 1) oder der bisherigen Neuregelung mit Abzug von 7,5 Prozentpunkten (Zuschlagsquote II nach der folgenden Tabelle 2) zu verstehen.

Die neuen Zuschlagsquoten nach Tabelle 1 sind nun völlig unabhängig vom jeweiligen Geburtsjahrgang und steigen mit höherem Eintrittsalter an. Die bisherige Jahrgangsfalle für jüngere Jahrgänge ab 1961 besteht nicht mehr, da die Zuschlagsquote nur noch vom Eintrittsalter bzw. der Anzahl der erreichbaren Pflichtversicherungsjahre abhängig ist. Man mag nun einwenden, dass solch hohe Zuschlagsquoten wie beispielsweise 27 % bei einem Eintrittsalter von 30 Jahren oder

gar rund 39 % bei einem Eintrittsalter von 33 Jahre nicht gerechtfertigt seien. Dieser Einwand ist grundsätzlich sogar berechtigt, wenn auch aus einem ganz anderen Grund, wie noch gezeigt wird.

Im Vergleich zur Zuschlagsquote I ohne Abzug von 7,5 Prozentpunkten in Tabelle 1 wird in der folgenden Tabelle 2 die Wirkung einer Zuschlagsquote II mit Abzug von 7,5 Prozentpunkten dargestellt.

| | | Eintrittsalter in Jahren | | | | | | | | |
|------------|----|---------------------------------|------|------|-------|-------|-------|-------|-------|--|
| Jg. | 25 | 26 | 27 | 28 | 29 | 30 | 31 | 32 | 33 | |
| 1947 | 0% | 2,5% | 5,1% | 7,8% | 10,6% | 13,7% | 16,8% | 20,2% | 23,7% | |
| 1948 | 0% | 2,1% | 4,6% | 7,3% | 10,1% | 13,1% | 16,2% | 19,5% | 23,0% | |
| 1949 | 0% | 1,6% | 4,1% | 6,8% | 9,6% | 12,5% | 15,6% | 18,8% | 22,2% | |
| 1950 | 0% | 1,1% | 3,6% | 6,2% | 9,0% | 11,8% | 14,8% | 18,0% | 21,3% | |
| 1951 | 0% | 0,6% | 3,1% | 5,6% | 8,3% | 11,1% | 14,1% | 17,1% | 20,4% | |
| 1952 | 0% | 0,1% | 2,5% | 5,0% | 7,6% | 10,3% | 13,2% | 16,2% | 19,3% | |
| 1953 | 0% | 0,0% | 1,8% | 4,2% | 6,8% | 9,4% | 12,2% | 15,1% | 18,1% | |
| 1954 | 0% | 0,0% | 1,1% | 3,5% | 5,9% | 8,5% | 11,1% | 13,8% | 16,7% | |
| 1955 | 0% | 0,0% | 0,3% | 2,6% | 4,9% | 7,4% | 9,9% | 12,5% | 15,1% | |
| 1956 | 0% | 0,0% | 0,0% | 1,6% | 3,8% | 6,2% | 8,5% | 10,9% | 13,2% | |
| 1957 | 0% | 0,0% | 0,0% | 0,5% | 2,6% | 4,8% | 6,9% | 9,0% | 11,1% | |
| 1958 | 0% | 0,0% | 0,0% | 0% | 1,2% | 3,2% | 5,1% | 6,9% | 8,6% | |
| 1959 | 0% | 0,0% | 0,0% | 0% | 0% | 1,3% | 2,9% | 4,4% | 5,6% | |
| 1960 | 0% | 0,0% | 0,0% | 0% | 0% | 0% | 0,4% | 1,3% | 1,9% | |
| 1961 | 0% | 0,0% | 0,0% | 0% | 0% | 0% | 0% | 0% | 0% | |

**Tabelle 2: Zuschlagsquote II bei Kürzung von m/n um 7,5 Prozentpunkte
(Berechnung laut Tarifeinigung vom 30.5.2011)**

geboren zu Anfang des jeweiligen Jahres (z.B. 01.01.1948)

Berechnung der Zuschlagsquote:

$$ZQ II = [m/n - 0,075 - (m \times 0,0225)] : (m \times 0,0225)$$

$$= [((m/n - 0,075) : (m \times 0,0225)) - 1] \times 100$$

Wie absurd der willkürliche Abzug von 7,5 Prozentpunkten ist, zeigen die folgenden beiden Beispiele. Ein Anfang 1947 geborener Pflichtversicherter, der mit 25 Jahren in den öffentlichen Dienst eingetreten ist, hat einen Unverfallbarkeitsfaktor von $30/40 = 75 \%$. Nach Abzug von 7,5 Prozentpunkten bleiben nur noch 67,5 % übrig. Dies sind genau so viel wie bei der alten Regelung nach § 18 Abs. 2 Nr. 1 BetrAVG (= 30 erreichte Pflichtversicherungsjahre x 2,25 %).

Noch absurder ist das Beispiel eines am 01.01.1974 geborenen Pflichtversicherten mit Eintrittsalter 25 Jahre und einem Unverfallbarkeitsfaktor von $3/40 = 7,5 \%$. Nach Abzug von 7,5 Prozentpunkten fällt er sogar auf 0 % zurück im Vergleich zu den noch 6,75 % (= 3 erreichte Pflichtversicherungsjahre x 2,25 %) nach § 18 Abs. 2 Nr. 1 BetrAVG.

Die mehrfachen „0 %“ in der obigen Tabelle 2 markieren die bisher fehlenden Zuschläge bei einem Eintrittsalter von 25 Jahren und beim Jahrgang 1961. Ebenfalls

ohne Zuschlag bleiben bisher alle Pflichtversicherten mit einem Eintrittsalter von weniger als 25 Jahren oder alle ab 1962 geborenen Rentenfernen.

1.2. Vergleichsberechnung nach § 2 und § 18 BetrAVG auf dem Prüfstand

Egal, wie man es auch dreht und wendet, d.h. mit oder ohne eine Kürzung von 7,5 Prozentpunkten, ist zu beachten:

Der Unverfallbarkeitsfaktor **m/n** nach § 2 BetrAVG darf nicht isoliert mit dem Anteilssatz nach § 18 BetrAVG verglichen werden, da die Berechnungsgrundlagen völlig unterschiedlich sind:

- **Vollrente** (bei zum Beispiel 40 tatsächlich erreichbaren Pflichtversicherungsjahren) nach § 2 BetrAVG,
- aber **Voll-Leistung** (bei fiktiv 44,44... erreichbaren Pflichtversicherungsjahren) nach § 18 BetrAVG.

Es kommt also immer darauf an, auf welche Berechnungsgrundlage sich errechnete Prozentsätze beziehen. Wenn man jedoch die Berechnungsgrundlagen völlig außer acht lässt, ist der Vergleich von individuellem Unverfallbarkeitsfaktor nach § 2 BetrAVG mit pauschalem Anteilssatz nach § 18 BetrAVG wie ein Vergleich von Äpfeln mit Birnen.

Wenn man schon „**Unverfallbarkeitsfaktor**“ mit „**Anteilssatz**“ vergleichen will, dann müsste gleichzeitig auch die **tatsächliche Vollrente nach § 2 BetrAVG** mit der nur **fiktiven Voll-Leistung nach § 18 BetrAVG** verglichen werden. Erst das Zusammenspiel von Unverfallbarkeitsfaktor und Vollrente einerseits („**§ 2-Perspektive**“) mit Anteilssatz und Voll-Leistung andererseits („**§ 18-Perspektive**“) würde Sinn machen.

Das Landgericht Berlin hält sich in seinem Urteil (**Az. 23 O 144/13**) vom 22.01.2014 aus dieser Diskussion heraus und stellt in seiner Entscheidung zum Hilfsantrag 1a der dortigen Klägerin fest, **dass die Neuregelung der rentenfernen Startgutschriften vom 30.05.2011 unwirksam wegen eines Verstoßes gegen Art. 3 GG ist**, weil ein erheblicher Anteil der rentenfernen Pflichtversicherten wegen des Abzugs von 7,5 Prozentpunkten von der vom BGH geforderten Verbesserung vollständig ausgeschlossen ist. Der Hilfsantrag 1b der dortigen Klägerin, die Berechnung ohne Abzug des „Toleranzquotienten“ von 7,5 Prozentpunkten vorzunehmen, wurde abgewiesen.

Da die Tarifparteien eine Erhöhung des pauschalen Anteilssatzes von 2,25 % pro Pflichtversicherungsjahr gem. § 18 Abs. 2 Nr. 1 BetrAVG auf beispielsweise 2,5 % pro Jahr für rentenferne Pflichtversicherte mit längeren Ausbildungszeiten in jedem Fall vermeiden wollten und daher ganz auf den Unverfallbarkeitsfaktor setzten, kommt es nun möglicherweise zu den von ihnen nicht gewollten deutlichen Mehrkosten bei der Neuregelung der Startgutschriften.

Für die BVK und die anderen Zusatzversorgungskassen kann es richtig teuer werden, wenn die Kürzung des Unverfallbarkeitsfaktors ersatzlos gestrichen werden muss und eine neue – verfassungskonforme – Lösung zu suchen ist.

1.3. Verfassungskonforme Lösungssuche?

Die Tarifparteien sollten im eigenen Interesse darauf bedacht sein, endlich eine rechtssichere Übergangsregelung zu treffen. Sicherlich ist es nicht damit getan, an der höchst komplizierten Neuregelung vom 30.05.2011 nur Teile zu verändern (z.B. einen systematisch sehr fragwürdigen Wegfall des Abzugs von 7,5 Prozentpunkten vorzusehen). Am besten wäre ein kompletter Neustart. Vorschläge dazu haben die Verfasser dieses Standpunktes bereits im Dezember 2010² und im Juni 2011 (detaillierter) vorgelegt³.

Unabhängig von den Wünschen nach einer umfassenden Neuregelung der rentenfernen Startgutschriften wie z.B.

- der Wiedereinführung der Mindestversorgungsrenten (etwa nach § 44a VBLS a.F.) wie bei den kirchlichen Zusatzversorgungskassen,
- einer Nachheiratklausel wie im früheren Gesamtversorgungssystem,
- dem Ersatz des § 18 BetrAVG durch einen modifizierten § 2 BetrAVG mit Mindestversorgungsrente und Mindestgesamtversorgung,
- einer Mindestdynamisierung der Startgutschrift,

wird im Folgenden ein Berechnungsmodell erläutert, das auf die komplizierten Berechnungen des TdL-Vergleichsmodells verzichtet und Fallen für besonders betroffene alleinstehende Rentenferne vermeidet.

Dieses Modell soll transparent, kalkulationssicher und nachvollziehbar sein. Außerdem ist es von dem Gedanken getragen, dem Tenor des BGH-Urteils (Az. IV ZR 74/06) vom 14.11.2007 noch am ehesten entsprechen zu können.

1.3.1. Keine Berechnung des Unverfallbarkeitsfaktors nach § 2 BetrAVG

Eine Vergleichsberechnung nach § 2 BetrAVG mit Ermittlung des sog. erdienten Teilbetrages ist entbehrlich. Sie würde wegen einer Fülle von individuellen Berechnungen nicht nur einen ganz erheblichen Rechenaufwand bedeuten, sondern auch allen bisherigen Argumenten für die Einführung einer Sonderregelung bei der Zusatzversorgung im öffentlichen Dienst nach § 18 BetrAVG völlig widersprechen.

Die Ermittlung eines anteiligen **Unverfallbarkeitsfaktors** nach § 2 BetrAVG entsprechend dem vom BGH (Az. IV ZR 74/06) vorgeschlagenen zweiten Weg (siehe RNr. 149) ist, wie der BGH an anderer Stelle (siehe RNr. 126) mit Recht betont, nicht losgelöst von der Berechnungsmethode zur Voll-Leistung nach § 18 BetrAVG zu sehen, da es einen inneren Zusammenhang zwischen beiden Rechenschritten (Unverfallbarkeitsfaktor einerseits und Voll-Leistung andererseits) gibt. Der Versuch,

² http://www.startgutschriften-arge.de/3/SP_Vorsicht_Falle_Vergleichsmodell_TdL.pdf

³ http://www.startgutschriften-arge.de/3/SP_Pauschalmodell_Startgutschrift_2011.pdf

innere Zusammenhänge zwischen zwei „Stellschrauben“ aus verschiedenen Paragrafen (§ 2 versus § 18 BetrAVG) herstellen zu wollen, ist aber zum Scheitern verurteilt.

1.3.2. Keine Kürzung der Voll-Leistung nach § 18 BetrAVG

Eine Kürzung des höchstmöglichen Nettoversorgungssatzes von 91,75 % widerspricht dem Ziel der Berechnungsformel nach § 18 Abs. 2 Nr. 1 BetrAVG, die durchweg auf pauschale Annahmen setzt (91,75 % der Nettogesamtversorgung, Näherungsrente, jährlicher Anteilssatz von 2,25 %) und nur wenige individuelle Faktoren (gesamtversorgungsfähiges Entgelt, Anzahl der Pflichtversicherungsjahre sowie Gesamtbeschäftigungsquotient bei nicht durchgängiger Vollzeitbeschäftigung) berücksichtigt.

Wenn man die Stellschrauben „Voll-Leistung“ und „Anteilssatz von 2,25 %“ verändern will, müsste dies auch für die Stellschraube „Näherungsrente“ gelten. Damit würde aber die gesamte Berechnungsformel nach § 18 BetrAVG hinfällig und müsste durch eine grundsätzlich neue Berechnungsmethode (z.B. modifizierter § 2 BetrAVG mit Zusicherung von Mindestleistungen wie Mindestversorgungsrente, Mindestgesamtversorgung, Mindestrente nach Beiträgen und Mindeststartgutschrift) ersetzt werden.

1.3.3. Erhöhung des jährlichen Anteilssatzes auf maximal 2,5 %

Der BGH nennt in seinem Urteil (Az. IV ZR 74/06) die Veränderung des jährlichen Anteilssatzes von bisher 2,25 % als *einen* möglichen Weg, um die Ungleichbehandlung der Arbeitnehmer mit längeren Ausbildungszeiten zu beseitigen (siehe RdNr. 149). Als Veränderung kommt nur eine Erhöhung infrage, da aufgrund der längeren Ausbildungszeiten keine 44,44 Pflichtversicherungsjahre bis zum vollendeten 65. Lebensjahr erreicht werden können.

Die Erhöhung auf einen **pauschalen Anteilssatz von maximal 2,5 %** pro Jahr ist plausibel, da er bei 40 Pflichtversicherungsjahren zu 100 % Pflichtversicherungszeit führt. Auch der höchstmögliche Nettoversorgungssatz von 91,75 % zur Berechnung der Nettogesamtversorgung knüpft an 40 Pflichtversicherungsjahre bzw. an 40 gesamtversorgungsfähige Jahre an.

Der pauschale Anteilssatz von 2,5 % sollte wie der Nettoversorgungssatz ebenfalls ein Höchstsatz sein. Bei weniger als 40 Pflichtversicherungsjahren bis zum vollendeten 65. Lebensjahr steigt dieser Satz also nicht, da sich analog dazu auch der Nettoversorgungssatz bei mehr als 40 Pflichtversicherungsjahren nicht erhöht. Der pauschale Anteilssatz von 2,5 % für Arbeitnehmer mit längeren Ausbildungszeiten ist mit dem Nettoversorgungssatz von 91,75 % kompatibel, da in beiden Rechenschritten pauschal 40 Pflichtversicherungsjahre zugrunde gelegt werden.

Bereits im Juni 2011 gab es Vorschläge⁴ für eine Aufspaltung des jährlichen Anteilssatzes in Abhängigkeit vom Eintrittsalter bzw. der Anzahl der erreichbaren Pflichtversicherungsjahre:

⁴ Fischer/Siepe: Modifiziertes Pauschalmodell zur Umsetzung des BGH-Urteils vom 14.11.2007, Juni 2011, www.startgutschriften-arge.de/3/SP_Pauschalmodell_Startgutschrift_2011.pdf

- **1. Fall:** unterer Grenzwert von 2,25 % pro Jahr wie bisher bei 44,44 erreichbaren Pflichtversicherungsjahren und mehr bis zum vollendeten 65. Lebensjahr für alle Arbeitnehmer (**Mindestwert**).
- **2. Fall:** Zwischenwerte von 2,26 bis 2,49 % bei mehr als 40 und weniger als 44,44 erreichbare Pflichtversicherungsjahren für Arbeitnehmer mit längeren Ausbildungszeiten nach der Berechnungsformel Anteilssatz = 100 % : Anzahl der erreichbaren Pflichtversicherungsjahre
- **3. Fall:** oberer Grenzwert von 2,5 % pro Jahr bei bis zu 40 erreichbaren Pflichtversicherungsjahren für Arbeitnehmer mit längeren Ausbildungszeiten (**Höchstwert**).

Mit diesem sog. **modifizierten Anteilssatz** wird verhindert, dass alle rentenfernen Pflichtversicherten von der Erhöhung des bisherigen Anteilssatzes von 2,25 % auf nunmehr 2,5 % profitieren. Dies stünde im Widerspruch zum Tenor des BGH-Urteils vom 14.11.2007 (Az. IV ZR 74/06), wonach nur Arbeitnehmer mit längeren Ausbildungszeiten „innerhalb der Gruppe der rentenfernen Versicherten“ durch Ansatz des Anteilssatzes von 2,25 % benachteiligt werden.

Im 1. Fall (mehr als 44,44 erreichbare Pflichtversicherungsjahre bzw. Eintrittsalter höchstens 20 Jahre und 6 Monate) bliebe es aus Gründen des Bestandsschutzes bei dem bisherigen Anteilssatz von 2,25 %.

Im 2. Fall (mehr als 40 und weniger als 44,44 erreichbare Pflichtversicherungsjahre bzw. Eintrittsalter 20 Jahre und 6 Monate bis 24 Jahre und 11 Monate) kann der Anteilssatz durch die Berechnungsformel „100 % dividiert durch die Anzahl der erreichbaren Pflichtversicherungsjahre“ bzw. „1/n“, ermittelt werden, wobei unter n die Anzahl der erreichbaren Pflichtversicherungsjahre zu verstehen ist.

Nur im 2. Fall ist diese Berechnungsmethode kompatibel mit dem Unverfallbarkeitsfaktor **m/n** (mit m = erreichte Pflichtversicherungsjahre bis zum 31.12.2001 und n = erreichbare Pflichtversicherungsjahre bis zum vollendeten 65. Lebensjahr) ohne Abzug von 7,5 Prozentpunkten, da sich der neue Versorgungssatz aus der Multiplikation von neuem Anteilssatz 1/n mit m als Anzahl der bis zum 31.12.2001 erreichten Pflichtversicherungsjahre ergibt ($1/n \times m = m/n$) und bis auf einen minimalen Auf- bzw. Abrundungsfehler mit dem Unverfallbarkeitsfaktor übereinstimmt.

Im 3. Fall (höchstens 40 erreichbare Pflichtversicherungsjahre bzw. Eintrittsalter mindestens 25 Jahre) wird der bisherige Anteilssatz von 2,25 % auf einheitlich 2,5 % für jedes bis zum 31.12.2001 erreichte Pflichtversicherungsjahr erhöht.

Dazu das Beispiel der Klägerin im vorliegenden OLG-Urteil:

| | | |
|---|---|------------|
| Eintrittsalter 33,375 Jahre, | | |
| n = <u>erreichbare</u> Pflichtversicherungsjahre 31,625 (= 65. Lebensjahr minus | | |
| Eintrittsalter 33,375 Jahre), | | |
| m = <u>erreichte</u> Pflichtversicherungsjahre 11,29 bis zum 31.12.2001 (vom 17.09.1990 | | |
| bis zum 31.12.2001) | | |
| jährlicher Anteilssatz: | | = 2,5 % |
| neuer Versorgungssatz: | $2,5 \% \times m = 2,5 \% \times 11,29$ | = 28,225 % |

Nach dieser Berechnungsmethode würde die **neue Startgutschrift für die Klägerin** wie folgt ermittelt:

neu 28,225 % (statt bisher 25,4 %) der Voll-Leistung 302,48 € (siehe Seite 4)
= neue Startgutschrift 85,38 €

Zuschlag (neu) 8,56 € bzw. 11,11 % gegenüber der alten Startgutschrift von 76,82 €

Eine weitere Erhöhung des Anteilssatzes bei Späteinsteigern mit Hinweis auf einen höheren Unverfallbarkeitsfaktor (z.B. auf 2,86 % bei einem Eintrittsalter von 30 Jahren und einem neuen Versorgungssatz bzw. Unverfallbarkeitsfaktor von beispielsweise 57,14 % bei 20 erreichten Pflichtversicherungsjahren bis zum 31.12.2001) wäre verfehlt, da der Unverfallbarkeitsfaktor nicht isoliert von der Ermittlung der sog. Voll-Leistung (Nettogesamtversorgung bei 40 Pflichtversicherungsjahren minus Näherungsrente bei rund 45 Beitragsjahren) gesehen werden kann.

Wer beispielsweise erst mit 30 Jahren in den öffentlichen Dienst eintritt, könnte auch nur 35 Pflichtversicherungsjahre und damit nur 87,5 % der zur Ermittlung der pauschalen Nettogesamtversorgung angesetzten 40 Pflichtversicherungsjahre erreichen. Daher müsste die reduzierte Voll-Leistung bei 87,5 % der ungekürzten Voll-Leistung liegen. Der Unverfallbarkeitsfaktor von 57,14 % müsste sich somit auf 87,5 % der Voll-Leistung beziehen und dann einen neuen Versorgungssatz von 50 % ($= 87,5 \times 0,5714$) ergeben.

Zum gleichen Ergebnis kommt man aber bei einem auf 2,5 % erhöhten Anteilssatz und einer gleichzeitig ungekürzten Voll-Leistung. Der neue Versorgungssatz würde ebenfalls 50 % ($= 2,25 \% \times 20$ erreichte Pflichtversicherungsjahre) ausmachen.

Falsch wäre es daher, einen Anteilssatz von mehr als 2,5 % bzw. einen Unverfallbarkeitsfaktor mit einer ungekürzten Voll-Leistung zu kombinieren. Daher führt das einfache Auslassen des Abzugs von 7,5 Prozentpunkten vom Unverfallbarkeitsfaktor im 1. Fall zu unrichtigen Ergebnissen.

Nach einer aktuellen Veröffentlichung⁵ ist die stufenweise Veränderung des Anteilssatzes von mehr als 2,25 % bis zu weniger als 2,5 % für ein Eintrittsalter von 20 Jahren und 7 Monaten bis zu weniger als 25 Jahren (2. Fall) relativ problemlos umzusetzen. In diesem Fall kann der neue Anteilssatz ganz einfach berechnet werden, indem 100 % durch die Anzahl der bis zum 65. Lebensjahr erreichbaren Pflichtversicherungsjahre geteilt wird. Beispiel: Wer mit 22 Jahren in den öffentlichen Dienst eingetreten ist und somit 43 Pflichtversicherungsjahre bis zum vollendeten 65. Lebensjahr erreichen kann, kommt auf einen Anteilssatz von aufgerundet 2,33 % ($= 100 \% : 43$ Jahre). Bei einem Eintrittsalter von 23 Jahren und 42 erreichbaren Pflichtversicherungsjahren wären es entsprechend 2,38 % ($= 100 \% : 42$ Jahre) und bei einem Eintrittsalter von 24 Jahren mit 41 erreichbaren Pflichtversicherungsjahren 2,44 % ($= 100 \% : 41$ Jahre).

⁵ Wagner/Fischer: Die neue Zusatzversorgung im öffentlichen Dienst – eine kritische Zwischenbilanz für rentenferne Versicherte, erscheint in Neue Zeitschrift für Sozialrecht (NZS) Heft 17/2015, Sept. 2015

Der bisherige Anteilssatz von 2,25 % pro Jahr sollte indes beibehalten werden, wenn der Pflichtversicherte bis zu einem Alter von 20 Jahren und knapp 7 Monaten in den öffentlichen Dienst eingetreten ist. In diesem 3. Fall eines „Früheinsteigers“ sind mindestens 44,44.. Pflichtversicherungsjahre erreichbar. Eine Kürzung des Anteilssatzes von bisher 2,25 % bei einem Eintrittsalter von beispielsweise 17 bis 20 Jahren ist allerdings schon aus Besitzstandsgründen nicht möglich.

Ein aufgespaltener Anteilssatz von mindestens 2,25 % und höchstens 2,5 % pro erreichtem Pflichtversicherungsjahr bis 31.12.2001 darf jedoch nicht mit einem einheitlichen Anteilssatz von 2,5 % für alle rentenfernen Pflichtversicherten verwechselt werden, da von diesem einheitlichen Satz auch Pflichtversicherte ohne längere Ausbildungszeiten profitieren würden.

1.3.4. Erhöhung der Startgutschrift in Sonderfällen

In Sonderfällen liegt der Formelbetrag nach § 18 Abs. 2 BetrAVG auch bei höherem Anteilssatz im Vergleichsmodell noch unter den Mindestwerten (Mindestrente nach Beiträgen bzw. Mindeststartgutschrift). Davon wären auch bestimmte Arbeitnehmer mit längeren Ausbildungszeiten betroffen, die am 31.12.2001 alleinstehend oder alleinerziehend waren. Es kann aber beispielsweise nicht sein, dass ein Akademiker mit 40 Pflichtversicherungsjahren von der Erhöhung des Formelbetrags gar nichts hätte, weil er sich am Stichtag 31.12.2001 in der Lohnsteuerklasse I befand.

Um dies zu vermeiden, ist die Startgutschrift in Sonderfällen um den gleichen Prozentsatz zu erhöhen wie bei Betroffenen, bei denen schon die bisherige Startgutschrift über den Mindestwerten liegt. Bei einer Erhöhung des pauschalen Anteilssatzes auf beispielsweise 2,5 % für Arbeitnehmer mit längeren Ausbildungszeiten erhöht sich die **Startgutschrift dann für alle Betroffenen um 11,11 %**.

Fazit:

Das unter 1.3.1 bis 1.3.4 vorgestellte Modell vermeidet Fallen. Die Berechnung ist kalkulationssicher, transparent und trägt höchstwahrscheinlich den Überlegungen des BGH in vollem Maße Rechnung.

Genau diese Kriterien – Kalkulationssicherheit, Transparenz und Rechtssicherheit – sind bei der bisherigen Neuregelung der Tarifparteien vom 30.05.2011 nicht erfüllt. Dies haben die Urteile des OLG Karlsruhe vom 18.12.2014 (Az. 12 U 104/14), des LG Berlin vom 22.01.2014 (Az. 23 O 144/13), 11.02.2014 (Az. 7 O 149/13) und 27.03.2014 (Az. 7 O 208/13) sowie des OLG München 22.05.2015 (Az. 25 U 3827/14 und 25 U 4462/14) gezeigt. Das Urteil des Kammergerichts (Oberlandesgerichts) Berlin steht noch aus.

Zwar liegen anderslautende Urteile z.B. LG Karlsruhe vom 28.02.2014 (Az. 6 O 145/13), LG Köln vom 18.12.2013 (Az. 20 O 502/12) und des OLG Köln vom 26.08.2014 (Az. 7 U 8/14) vor, worauf beispielsweise die Rheinische Zusatzversorgungskasse in Köln ihre Pflichtversicherten bzw. Zusatzrentner in ihren Schreiben von Mitte Dezember 2014 verweist. Der Geschäftsführer der Rheinischen Zusatzversorgungskasse Köln geht jedoch zutreffend davon aus, dass zum Thema

„Neuberechnung der Startgutschrift nach dem Vergleichsmodell“ noch höchstrichterliche Entscheidungen angestrebt werden.

Weder die Landgerichte in Karlsruhe und Köln noch das Oberlandesgericht in Köln gehen aber auf den schweren Systemfehler ein, der durch den willkürlichen Abzug von 7,5 Prozentpunkten vom Unverfallbarkeitsfaktor entsteht.

Bezeichnend ist die nicht fehlerfreie Erläuterung des OLG Köln vom 26.08.2014 (Az. 7 U 8/14), die im vollen Wortlaut wie folgt wiedergegeben wird:

„Soweit der Kläger in diesem Zusammenhang darauf hinweist, durch den Abschlagsprozentsatz von 7,5 % werde die Personengruppe, die über derartige Ausbildungszeiten und Vordienstzeiten verfüge, einseitig gleichheitswidrig im Verhältnis zu Versicherten ohne diese Zeiten benachteiligt, so verkennt dies, dass der 7,5-Prozentabzug von den Tarifvertragsparteien zur Umsetzung der Grundsatzentscheidung des Bundesgerichtshofs vom 14.11.2007 – IV ZR 74/06 – im Rahmen der ihnen zuzubilligenden privatautonomen Gestaltungsfreiheit (Art. 9 Abs. 3 GG) durch den 5. Änderungsstarifvertrag vereinbart worden ist, um die vom Bundesgerichtshof als gleichheitswidrig bemängelte rentenrechtliche Behandlung rentenferner Jahrgänge bezogen auf die sog. Späteinsteiger „verfassungskonform“ zu verbessern. Ein Zuschlag zur Startgutschrift für sämtliche Zugehörige bestimmter Jahrgänge ist vom Bundesgerichtshof in diesem Zusammenhang gerade nicht gefordert worden. Ein solcher Zuschlag wäre im Übrigen auch sinnwidrig, da die Benachteiligung der sog. Späteinsteiger, also solcher Beschäftigter, die erst mit hohem Lebensalter in den öffentlichen Dienst eingestellt worden sind und zusatzversichert werden, zu beseitigen war“.

Falsch ist bereits die Bezeichnung „Abschlagsprozentsatz von 7,5 %“ bzw. „7,5-Prozent-Abzug“. Hier verwechselt das OLG Köln Prozentsatz mit Prozentpunkten. Laut Neuregelung der Tarifparteien vom 30.05.2011 soll der Unverfallbarkeitsfaktor um 7,5 Prozentpunkte (nicht um 7,5 %) vermindert werden. Läge der Unverfallbarkeitsfaktor beispielsweise bei 50 %, so ergäbe sich nach Abzug von 7,5 Prozentpunkten ein restlicher Prozentsatz von 42,5 %. Dies entspräche aber einem Abzug von sogar 15 % ($= 7,5 \times 100 / 50$).

Die „verfassungskonforme“ Verbesserung kann nicht allein auf die durch Art. 9 Abs. 3 GG gebotene Tarifautonomie bzw. die danach „zuzubilligende privatautonome Gestaltungsfreiheit“ rechtfertigt werden. Auch Tarifentscheidungen dürfen trotz der auch vom Bundesgerichtshof betonten Einschätzungsprärogative den Gleichheitsgrundsatz nach Art. 3 GG nicht verletzen. Wäre dies doch erlaubt, käme dies einer Tarifwillkür gleich. Dann könnten die Tarifparteien beispielsweise auch beschließen, männlichen Pflichtversicherten grundsätzlich einen doppelt so hohen Zuschlag zu gewähren im Vergleich zu weiblichen Pflichtversicherten.

Der Hinweis des OLG Köln, dass ein Zuschlag für sämtliche rentenfernen Pflichtversicherten vom Bundesgerichtshof gerade nicht gefordert wurde, ist zwar richtig.

Übersehen wird aber, dass eine solche Forderung nach einem einheitlichen Zuschlag (z.B. 2,5 % statt 2,25 % der Voll-Rente pro Pflichtversicherungsjahr bis Ende 2001) den Kritikern der Neuregelung wie beispielsweise den Verfassern dieses Standpunkts wahrheitswidrig unterstellt wurde. Fischer/Siepe haben aber sowohl im Dezember 2010 als auch im Juni 2011 in ihren bereits in Kapitel 1.3.1 zitierten Standpunkten ihre Forderung nach einem **modifizierten Pauschalsatz** begründet und eben nicht einen Zuschlag für alle rentenfernen Pflichtversicherten gefordert.

Es würde Fischer/Siepe als Verfasser dieses Standpunktes nicht wundern, wenn ihnen demnächst unterstellt würde, sie würden ohne Einschränkungen einen Unverfallbarkeitsfaktor ohne Abzug von 7,5 Prozentpunkten fordern. Daher sei an dieser Stelle noch einmal auf ihre Forderung nach einem modifizierten Anteilssatz bzw. einer Aufspaltung des Anteilssatzes für drei Fälle (siehe Kapitel 1.3.3) hingewiesen.

Von einer isolierten Übernahme des Unverfallbarkeitsfaktors in eine zweite Nachbesserung halten die Verfasser dieses Standpunktes nichts. Sie schließen sich damit der Ansicht von Matthias Konrad (Referent für Satzungsfragen bei der VBL) an, der bereits in einem früheren Kommentar (siehe ZTR 6/2008, 454; vgl. auch Anlage 2 dieses Standpunkts)) vor einer isolierten Übertragung des Unverfallbarkeitsfaktors gem. § 2 auf § 18 BetrAVG warnte, da diese zu einem erneuten Systembruch führen könnte. Konrad sah darin zu Recht eine Vermengung von pauschalen Berechnungen (Voll-Leistung nach § 18 BetrAVG) und individuellen Berechnungen (Unverfallbarkeitsfaktor nach § 2 BetrAVG) sowie außerdem einen erheblichen Verwaltungsaufwand. Dieser zutreffenden Kritik von Konrad haben die Verfasser dieses Standpunkts nichts hinzuzufügen.

2. Analyse der Startgutschrift aus dem OLG-Urteil

Die im Urteil angegebenen Daten des Klagefalls OLG München 25 U 3827/14 sind:

| | |
|--|-------------------------|
| Weibliche Klägerin, geboren am (vom Gericht angegeben!) | 30.04.1957 |
| Familienstand am 31.12.2001: | ?? |
| Eintritt in die Zusatzversorgungskasse BVK: (vom Gericht angegeben!) | 17.09.1990 |
| Eintrittsalter in die BVK: (33 Jahre vom Gericht angegeben!) | 33 Jahre und 4,5 Monate |
| Gesamtversorgungsfähiges Entgelt (gvE): | ?? |
| Fiktives Nettoentgelt (Steuerklasse III): | ?? |
| Fiktive gesetzliche Rente: (vom Gericht angegeben!) | 493,44 € |
| Startgutschrift (alt): (vom Gericht angegeben!) | 76,82 € |

Dass die Klägerin – wie vom OLG München angegeben – bereits seit dem 01.07.2007 eine volle Erwerbsminderung erleidet, ist für die Nachprüfung der rentenfernen Startgutschrift und der Zuschlagsberechnung und deren sachliche Bewertung ohne Belang.

In dieser Dokumentation geht es u.a. darum - anhand der vom Oberlandesgericht München angegebenen (ausgewählten) Versicherungsdaten der Klägerin - auf die Struktur und Eigenarten ihrer rentenfernen Startgutschrift zu schließen. Da die Daten im OLG-Urteil jedoch nicht vollständig angegeben sind, sind einige wenige zusätzliche Annahmen zu treffen bzw. ein Rückgriff auf den alten Startgutschriftbescheid der Zusatzversorgungskasse (BVK) vorzunehmen, um Eindeutigkeit zu erreichen.

Die BVK macht es den Richtern wie auch der Klägerin nicht leicht, sich die Angaben der Startgutschrift logisch und transparent zu erschließen. Da gehen andere Zusatzversorgungskassen deutlich kundenfreundlicher vor.

Die BVK erläutert in Ihrem Bescheid vom Januar 2003 eben nicht Schritt für Schritt (wie das andere Zusatzversorgungskassen tun), wie sie auf das maßgebliche gesamtversorgungsfähige Entgelt kommt, wie der Gesamtversorgungsquotient (GBQ) zustande kommt, wie konkret die Abzüge vom Brutto – gvE ermittelt werden, wie die Mindestrente nach § 35 der bisherigen BVK – Satzung errechnet wird. Auch der BVK - Bescheid über einen Zuschlag vom November 2012 erhält nur den Erhöhungsbetrag, nicht jedoch die Vergleichsberechnung, die zum Zuschlag geführt hat.

Die Autoren dieses Standpunktes verwenden den Begriff der <Maßgeblichkeit>. Eine Datengröße ist maßgeblich, wenn sie eine primäre oder daraus abgeleitete Größe ist, die für die Berechnung der Startgutschrift bzw. des Zuschlags notwendig ist und sie/ihn eindeutig bestimmt.

Das OLG hat im Urteil nur *einige* für die Startgutschrift **maßgeblichen** Daten angegeben. Aus dem **maßgeblichen** gvE lässt sich z.B. noch nicht eindeutig auf das Vollzeit-gvE der Klägerin schließen, denn (Vollzeit-gvE) / GBQ = (maßgebliches gvE) ist nicht eindeutig bzgl. Vollzeit-gvE bestimmt, wenn man nicht den GBQ kennt.

Das ist erst aus dem originalen Startgutschriftbescheid der BVK vom Januar 2003 erkennbar, denn dort steht:

Der maßgebende Versorgungssatz (höchstens 91,75 %; ggf. gekürzt durch Teilzeit oder Beurlaubung ist 46,79 %.

Aus dieser indirekten Angabe lässt sich erschließen:

$$\text{GBQ} = 46,79 \% / 91,75 \% = 0,51$$

Damit ist aber auch das gesamtversorgungsfähige Brutto – **Vollzeitentgelt** der Klägerin bestimmt: Vollzeit-gvE = (maßgebliches gvE) / GBQ = 1.107,20 € / 0,51.

$$\text{Vollzeit gvE} = 2.170,96 \text{ €}$$

(vgl. Kapitel 2.1)

Das monatliche Vollzeit - gvE von 2.170,96 € in 2001 liegt damit noch unter dem von der gesetzlichen Rentenversicherung ermittelten monatlichen Durchschnittsverdienst in 2001 von 2.352,62 €. Die Klägerin hat also eher unterdurchschnittliches Vollzeit - gvE und durch die Teilzeitbeschäftigung wird sie zur Geringverdienerin.

Die obige Übersicht hat drei unbekannte voneinander unabhängige Größen:

- Familienstand am 31.12.2001 (später nachweisbar: verheiratet)
- **Maßgebliches** gesamtversorgungsfähiges Entgelt (gvE) (später logisch erschließbar: rund 1.107,20 €)
- **Maßgebliches** fiktives Nettentgelt (später logisch erschließbar: rund 867,49 €)
- Mindestrente nach § 18 Abs. 2 Nr. 4 BetrAVG (später abschätzbar auf 41,95 €)

Die Klägerin ist lt. Gericht zum **17.09.1990** in die Zusatzversorgungskasse eingetreten.

Daraus lässt sich folgern:

- bis zum 31.12.2001 bereits erreichte BVK – Pflichtversicherungsmonate (m): **135,43 Monate = 11,29 Jahre** (bis zum 31.12.2001 lagen lt. Startgutschriftbescheid keine BVK - Unterbrechungszeiten vor)
- bis zum Renteneintritt (65+0 LJ) theoretisch erreichbare BVK - Pflichtversicherungsmonate (n): **379,47 Monate = 31,62 Jahre**
- der **Formelbetrag** nach § 18 Abs. 2 Nr. 1 und 2 BetrAVG beträgt **76,82 €**

Die folgenden Kapitel-Abschnitte belegen - sich logisch aus den vom Gericht angegebenen Versicherungsdaten der Klägerin Schritt für Schritt erschließend - in einer guten Annäherung Umfang und Eigenarten der rentenfernen Startgutschrift und des Zuschlags zur Startgutschrift.

Es ergibt sich aus dem nächsten Kapitelabschnitt 2.1:

- Die am 30.04.1957 geborene verheiratete Klägerin hat bei einem iterativ geschätzten **maßgebliches** gvE in 2001 von 1.107,20 € gemäß der Angaben des OLG eine Startgutschrift von 76,82 € erhalten.
- Die Pflichtversicherung der Klägerin muss bis zum 31.12.2001 ununterbrochen bestanden haben und ihre alte Startgutschrift wurde durch den **Formelbetrag nach § 18 Abs. 2 Nr. 1 BetrAVG** bestimmt.
- Die Klägerin war am 31.12.2001 noch nicht 20 volle Pflichtversicherungsjahre in der Zusatzversorgungskasse. Daher steht ihr nicht die Mindeststartgutschrift gemäß nach § 9 Abs. 3 ATV bzw. z.B. nach § 37 Abs. 3 VBLS n.F. oder vergleichbaren BVK Paragrafen zu. Und: Die Mindestrente nach § 18 Abs. 2 Nr. 4 BetrAVG ist kleiner als der Formelbetrag nach § 18 Abs. 2 Nr. 1 BetrAVG.

2.1. Welche Größen haben die ZVK-Anwartschaft bestimmt

| Lfd. Nr. | genäherte Nachrechnung | OLG MU 25 U 3827/14 |
|----------|---|-----------------------|
| 1 | Geburtsdatum | 30.04.1957 |
| 2 | Eintritt in ZVK | 17.09.1990 |
| 3 | fiktive StKI. Am 31.12.2001 | 3 |
| 4 | 1999 zVE (Vollzeit) | |
| 5 | 2000 zVE (Vollzeit) | |
| 6 | 2001 zVE (Vollzeit) | |
| 7 | gesamtversorgungsfähiges Vollzeitentgelt (gvE) | 2.170,97 € |
| 8 | Gesamtbeschäftigungsquotient (GBQ) | 0,51 |
| 9 | gvE x GBQ | 1.107,20 € |
| 10 | ZVK-Umlagesatz Arbeitgeber (AG) für NAG | 4,75% |
| 11 | ZVK-Umlagesatz Arbeitnehmer (AN) für NAG | 1,25% |
| 12 | Fiktive Abzüge (bei fiktiver StKI. 3 bzw. 1) | 239,71 € |
| 13 | Fiktives Nettoarbeitentgelt (NAG) | 867,49 € |
| 14 | NAG/GBQ | 1.700,96 € |
| 15 | Höchstversorgungssatz (HVS) | 0,9175 |
| 16 | aus Startgutschriftbescheid HVS x GBQ | 0,4679 |
| 17 | Gesamtversorgung (GV): = NAG x HVS x GBQ | 795,88 € |
| 18 | fiktive gesetzl. Näherungsrente (NR) | 493,44 € |
| 19 | Voll-Leistung (VL) | 302,44 € |
| 20 | PFL-Versicherung (von-bis) | 17.09.1990-31.12.2001 |
| 21 | davon Pflichtvers. in Jahren (PFL) | 11,29 |
| 22 | Versorgungssatz(VS):= PFL x 2,25 v.H | 0,2540 |
| 23 | Betriebsrente aus Voll-Leistung: VL x VS | 76,82 € |
| 24 | Mindestrente (geschätzt) bzw. real 43,76 € | 41,95 € |
| 25 | Formelbetrag §18 Abs2 Nr. 1 u. 2 BetrAVG | 76,82 € |
| 26 | Mindest-STG (soziale Komponenten) in € | 0,00 € |
| 27 | Startgutschrift zum 31.12.2001 in EUR | 76,82 € |
| 28 | =Maximum aus Mindestrente, Formelbetrag | |
| 29 | und Mindest-Startgutschrift | |
| 30 | Startgutschrift zum 31.12.2001 in VP | 19,21 |
| 31 | gvZ (Jahre) | 39,81 |
| 32 | m (Jahre) | 11,29 |
| 33 | n (Jahre) | 31,62 |
| 34 | m/n | 35,69% |
| 35 | m/n - 7,5 | 28,20% |
| 36 | m x 2,25% | 25,39% |
| 37 | Maximum aus m*2,25% und m/n-7,5 | 28,20% |
| 38 | NVS=gvZ x 2,294% x GBQ | 46,58% |
| 39 | NVS ungekürzt x GBQ | 46,79% |
| 40 | pers. NGV | 792,31 € |
| 41 | pers. Voll-Leistung | 298,87 € |
| 42 | Formelbetrag(neu) | 84,28 € |
| 43 | | |
| 44 | Formelbetrag(alt) | 76,82 € |
| 45 | STG(neu) = Maximum von STG(alt) und Formelbetrag(neu) | 84,28 € |

Tabelle 3: Zusammenfassung der Ergebnisse der Überprüfung des Klagefalls

Legende:

m = Anzahl der bis zum 31.12.2001 erreichten Pflichtversicherungsjahre
n = Anzahl der bis zum Rentenbeginn theoretisch erreichbaren Pflichtversicherungsjahre
zvE = zusatzversorgungspflichtiges Entgelt/Jahr
gvE = gesamtversorgungsfähiges Entgelt/Monat (Stichtag 31.12.2001)
gvZ = gesamtversorgungsfähige Zeit (unter Einschluss der hälftigen Zeiten ab dem 17. LJ)
GBQ = gesamtbeschäftigungsquotient
Netto = Nettogehalt (StKl. I) zum gvE (Stichtag 31.12.2001)
NVS ungekürzt = Nettoversorgungssatz 91,75 % des Nettogehalts
NVS (ggf. gekürzt) = gvZ x 2,294 %
NR = fiktive gesetzliche Rente nach Näherungsverfahren
STG (alt) = bisherige Startgutschrift für am 31.12.2001 alleinstehende Rentenferne
= Maximum aus lfd. Nr. 14 bis 16
pers. NGV = persönliche Nettogesamtversorgung = Netto x NVS = Netto x (gvZ x 2,294 %)
pers. Voll-Leistung = pers. NGV minus NR
Formelbetrag(neu) = pers. Voll-Leistung x (Maximum aus m x 2,25% und m/n – 7,5)
Formelbetrag(alt) = [Netto x (NVS ungekürzt) minus NR] x m x 2,25 %

Die detaillierte Nachprüfung der der Realität angenäherten Startgutschrift- und Zuschlagsberechnung erfolgt mit einem frei zugänglichen unabhängigen Programm⁶ im Anhang (**Anlage 4**).

Dort findet man für die fiktiven Steuerklassen I und III einige Tabellen zum Klagefall:

- Eingabemaske
- Fiktives Nettogehalt
- Fiktive gesetzliche Rente im Näherungsverfahren
- Startgutschrift
- Zuschlagsberechnungen

Die Fakten der unabhängigen Analyse können in der Tabelle 3 auf einer einzigen Seite zusammengefasst werden.

Die Ergebnisse der Nachprüfung stimmen bzgl. der Höhe der Startgutschrift (76,82 €) mit der vom Gericht zitierten realen Startgutschrift von 76,82 € überein. Das für die alte Startgutschrift maßgebliche gesamtversorgungsfähige Entgelt (gvE) in 2001 – vom Gericht nicht angegeben – wird etwa bei 1.107 € liegen.

Die Klägerin erhält nach Tabelle 3 **einen Zuschlag** auf ihre alte Startgutschrift (denn: Anwartschaft neu minus Anwartschaft alt = 7,46 €).

Es wird in Kapitel 2.1.1 zunächst bewiesen, innerhalb welcher Bandbreite das maßgebliche gesamtversorgungsfähige Entgelt (gvE) der Klägerin liegen muss.

2.1.1. Schlussfolgerung von der Näherungsrente auf das gvE

Schlussfolgerungen aus den Angaben des Gerichts:

- Bei einer fiktiven gesetzlichen Rente von 493,44 € liegt das maßgebliche gesamtversorgungsfähige Entgelt (gvE) unter der Beitragsbemessungsgrenze in 2001 von 4.448,24 €.

⁶ http://www.startgutschriften-arge.de/7/Fischer_STG.zip

| Ermittlung Quotient von Näherungsrente zu gvE(800€ - 7000€) | | | | | | | | | | | |
|---|----------------|---------------|--------------|-------------|-------------|----------------|-------------|---------------|----------------|-----------------|--|
| gvE | BBG | gvE/BBG | Differenz | Redfak | ST | BEZ | ZF | KE | NR | NR/BEZ | |
| lfd. Nr. 1 | lfd. Nr. 2 | lfd. Nr. 3 | lfd. Nr. 6 | lfd. Nr. 7 | lfd. Nr. 8 | lfd. Nr. 12 | lfd. Nr. 13 | lfd. Nr. 14 | lfd. Nr. 15 | | |
| 800 | 4448,24 | 17,98 | 0,00 | 0,00 | 1,09 | 800 | 1 | 0,9086 | 356,53 | 0,445663 | |
| 900 | 4448,24 | 20,23 | 0,00 | 0,00 | 1,09 | 900 | 1 | 0,9086 | 401,10 | 0,445667 | |
| 1000 | 4448,24 | 22,48 | 0,00 | 0,00 | 1,09 | 1000 | 1 | 0,9086 | 445,67 | 0,445670 | |
| 1100 | 4448,24 | 24,73 | 0,00 | 0,00 | 1,09 | 1100 | 1 | 0,9086 | 490,24 | 0,445673 | |
| 1200 | 4448,24 | 26,98 | 0,00 | 0,00 | 1,09 | 1200 | 1 | 0,9086 | 534,80 | 0,445667 | |
| 1300 | 4448,24 | 29,23 | 0,00 | 0,00 | 1,09 | 1300 | 1 | 0,9086 | 579,37 | 0,445669 | |
| 1400 | 4448,24 | 31,47 | 0,00 | 0,00 | 1,09 | 1400 | 1 | 0,9086 | 623,94 | 0,445671 | |
| 1500 | 4448,24 | 33,72 | 0,00 | 0,00 | 1,09 | 1500 | 1 | 0,9086 | 668,50 | 0,445667 | |
| 1600 | 4448,24 | 35,97 | 0,00 | 0,00 | 1,09 | 1600 | 1 | 0,9086 | 713,07 | 0,445669 | |
| 1700 | 4448,24 | 38,22 | 0,00 | 0,00 | 1,09 | 1700 | 1 | 0,9086 | 757,64 | 0,445671 | |
| 1800 | 4448,24 | 40,47 | 0,00 | 0,00 | 1,09 | 1800 | 1 | 0,9086 | 802,20 | 0,445667 | |
| 1900 | 4448,24 | 42,71 | 0,00 | 0,00 | 1,09 | 1900 | 1 | 0,9086 | 846,77 | 0,445668 | |
| 2000 | 4448,24 | 44,96 | 0,00 | 0,00 | 1,09 | 2000 | 1 | 0,9086 | 891,34 | 0,445670 | |
| 2100 | 4448,24 | 47,21 | 0,00 | 0,00 | 1,09 | 2100 | 1 | 0,9086 | 935,90 | 0,445667 | |
| 2200 | 4448,24 | 49,46 | 0,00 | 0,00 | 1,09 | 2200 | 1 | 0,9086 | 980,47 | 0,445668 | |
| 2300 | 4448,24 | 51,71 | 0,00 | 0,00 | 1,09 | 2300 | 1 | 0,9086 | 1025,04 | 0,445670 | |
| 2400 | 4448,24 | 53,95 | 0,00 | 0,00 | 1,09 | 2400 | 1 | 0,9086 | 1069,60 | 0,445667 | |
| 2500 | 4448,24 | 56,20 | 0,00 | 0,00 | 1,09 | 2500 | 1 | 0,9086 | 1114,17 | 0,445668 | |
| 2600 | 4448,24 | 58,45 | 0,00 | 0,00 | 1,09 | 2600 | 1 | 0,9086 | 1158,74 | 0,445669 | |
| 2700 | 4448,24 | 60,70 | 0,00 | 0,00 | 1,09 | 2700 | 1 | 0,9086 | 1203,30 | 0,445667 | |
| 2800 | 4448,24 | 62,95 | 0,00 | 0,00 | 1,09 | 2800 | 1 | 0,9086 | 1247,87 | 0,445668 | |
| 2900 | 4448,24 | 65,19 | 0,00 | 0,00 | 1,09 | 2900 | 1 | 0,9086 | 1292,44 | 0,445669 | |
| 3000 | 4448,24 | 67,44 | 0,00 | 0,00 | 1,09 | 3000 | 1 | 0,9086 | 1337,00 | 0,445667 | |
| 3100 | 4448,24 | 69,69 | 0,00 | 0,00 | 1,09 | 3100 | 1 | 0,9086 | 1381,57 | 0,445668 | |
| 3200 | 4448,24 | 71,94 | 2,00 | 0,01 | 1,08 | 3200 | 1 | 0,9086 | 1407,82 | 0,439944 | |
| 3300 | 4448,24 | 74,19 | 5,00 | 0,04 | 1,06 | 3300 | 1 | 0,9086 | 1423,48 | 0,431358 | |
| 3400 | 4448,24 | 76,43 | 7,00 | 0,05 | 1,04 | 3400 | 1 | 0,9086 | 1447,15 | 0,425632 | |
| 3500 | 4448,24 | 78,68 | 9,00 | 0,06 | 1,03 | 3500 | 1 | 0,9086 | 1469,68 | 0,419909 | |
| 3600 | 4448,24 | 80,93 | 11,00 | 0,08 | 1,01 | 3600 | 1 | 0,9086 | 1491,07 | 0,414186 | |
| 3700 | 4448,24 | 83,18 | 14,00 | 0,10 | 0,99 | 3700 | 1 | 0,9086 | 1507,72 | 0,409600 | |
| 3800 | 4448,24 | 85,43 | 16,00 | 0,11 | 0,98 | 3800 | 1 | 0,9086 | 1519,52 | 0,399874 | |
| 3900 | 4448,24 | 87,68 | 18,00 | 0,13 | 0,96 | 3900 | 1 | 0,9086 | 1537,19 | 0,394151 | |
| 4000 | 4448,24 | 89,92 | 20,00 | 0,14 | 0,95 | 4000 | 1 | 0,9086 | 1553,71 | 0,388428 | |
| 4100 | 4448,24 | 92,17 | 23,00 | 0,16 | 0,93 | 4100 | 1 | 0,9086 | 1567,34 | 0,379839 | |
| 4200 | 4448,24 | 94,42 | 25,00 | 0,18 | 0,92 | 4200 | 1 | 0,9086 | 1571,29 | 0,374117 | |
| 4300 | 4448,24 | 96,67 | 27,00 | 0,19 | 0,90 | 4300 | 1 | 0,9086 | 1584,09 | 0,368393 | |
| 4400 | 4448,24 | 98,92 | 29,00 | 0,20 | 0,89 | 4400 | 1 | 0,9086 | 1595,74 | 0,362668 | |
| 4500 | 4448,24 | 100,00 | 30,00 | 0,21 | 0,88 | 4448,24 | 1 | 0,9086 | 1600,50 | 0,359805 | |
| 4600 | 4448,24 | 100,00 | 30,00 | 0,21 | 0,88 | 4448,24 | 1 | 0,9086 | 1600,50 | 0,359805 | |
| 4700 | 4448,24 | 100,00 | 30,00 | 0,21 | 0,88 | 4448,24 | 1 | 0,9086 | 1600,50 | 0,359805 | |
| 4800 | 4448,24 | 100,00 | 30,00 | 0,21 | 0,88 | 4448,24 | 1 | 0,9086 | 1600,50 | 0,359805 | |
| 4900 | 4448,24 | 100,00 | 30,00 | 0,21 | 0,88 | 4448,24 | 1 | 0,9086 | 1600,50 | 0,359805 | |
| 5000 | 4448,24 | 100,00 | 30,00 | 0,21 | 0,88 | 4448,24 | 1 | 0,9086 | 1600,50 | 0,359805 | |
| 5100 | 4448,24 | 100,00 | 30,00 | 0,21 | 0,88 | 4448,24 | 1 | 0,9086 | 1600,50 | 0,359805 | |
| 5200 | 4448,24 | 100,00 | 30,00 | 0,21 | 0,88 | 4448,24 | 1 | 0,9086 | 1600,50 | 0,359805 | |
| 5300 | 4448,24 | 100,00 | 30,00 | 0,21 | 0,88 | 4448,24 | 1 | 0,9086 | 1600,50 | 0,359805 | |
| 5400 | 4448,24 | 100,00 | 30,00 | 0,21 | 0,88 | 4448,24 | 1 | 0,9086 | 1600,50 | 0,359805 | |
| 5500 | 4448,24 | 100,00 | 30,00 | 0,21 | 0,88 | 4448,24 | 1 | 0,9086 | 1600,50 | 0,359805 | |
| 5600 | 4448,24 | 100,00 | 30,00 | 0,21 | 0,88 | 4448,24 | 1 | 0,9086 | 1600,50 | 0,359805 | |
| 5700 | 4448,24 | 100,00 | 30,00 | 0,21 | 0,88 | 4448,24 | 1 | 0,9086 | 1600,50 | 0,359805 | |
| 5800 | 4448,24 | 100,00 | 30,00 | 0,21 | 0,88 | 4448,24 | 1 | 0,9086 | 1600,50 | 0,359805 | |
| 5900 | 4448,24 | 100,00 | 30,00 | 0,21 | 0,88 | 4448,24 | 1 | 0,9086 | 1600,50 | 0,359805 | |
| 6000 | 4448,24 | 100,00 | 30,00 | 0,21 | 0,88 | 4448,24 | 1 | 0,9086 | 1600,50 | 0,359805 | |
| 6100 | 4448,24 | 100,00 | 30,00 | 0,21 | 0,88 | 4448,24 | 1 | 0,9086 | 1600,50 | 0,359805 | |
| 6200 | 4448,24 | 100,00 | 30,00 | 0,21 | 0,88 | 4448,24 | 1 | 0,9086 | 1600,50 | 0,359805 | |
| 6300 | 4448,24 | 100,00 | 30,00 | 0,21 | 0,88 | 4448,24 | 1 | 0,9086 | 1600,50 | 0,359805 | |
| 6400 | 4448,24 | 100,00 | 30,00 | 0,21 | 0,88 | 4448,24 | 1 | 0,9086 | 1600,50 | 0,359805 | |
| 6500 | 4448,24 | 100,00 | 30,00 | 0,21 | 0,88 | 4448,24 | 1 | 0,9086 | 1600,50 | 0,359805 | |
| 6600 | 4448,24 | 100,00 | 30,00 | 0,21 | 0,88 | 4448,24 | 1 | 0,9086 | 1600,50 | 0,359805 | |
| 6700 | 4448,24 | 100,00 | 30,00 | 0,21 | 0,88 | 4448,24 | 1 | 0,9086 | 1600,50 | 0,359805 | |
| 6800 | 4448,24 | 100,00 | 30,00 | 0,21 | 0,88 | 4448,24 | 1 | 0,9086 | 1600,50 | 0,359805 | |
| 6900 | 4448,24 | 100,00 | 30,00 | 0,21 | 0,88 | 4448,24 | 1 | 0,9086 | 1600,50 | 0,359805 | |
| 7000 | 4448,24 | 100,00 | 30,00 | 0,21 | 0,88 | 4448,24 | 1 | 0,9086 | 1600,50 | 0,359805 | |

Tabelle 4: Nahrungsweiser Zusammenhang von gvE und NR

Legende:

gvE: gesamtversorgungsfähiges Entgelt

NR: Nahrungsverfahren zur Ermittlung der fiktiven gesetzlichen Rente

Die Abkürzungen in obiger Tabelle 4 beziehen sich auf die folgende technische Beschreibung des Nahrungsverfahrens zur Ermittlung der fiktiven gesetzlichen Rente (Beispiel für gvE 1.107,20 €).

Man kann also mit Hilfe von Tabelle 4 aus der Angabe der fiktiven gesetzlichen Nahrungsrente approximative, für ein maßgebliches gvE unterhalb der Beitragsbemessungsgrenze (BBG) in 2001 von 4.448,24 €, Rückschlüsse ziehen auf das zugrundeliegende maßgebliche gesamtversorgungsfähige Entgelt (gvE). Im vorliegenden Fall liegt wegen der fiktiven gesetzlichen Nahrungsrente von 493,44 € das maßgebliche gvE der Klägerin gemäß obiger Tabelle 4 wohl ganz in der Nähe von 1.100 €, sodass die fiktive gesetzliche Nahrungsrente direkt zur Abschätzung des maßgeblichen gvE herangezogen werden kann.

Iterative Variationen mit dem bereits erwähnten Fischer_STG – Rechner für das maßgebliche gvE in € (zwischen 1.100 und 1.200 liefern bei einem maßgeblichen gvE von **1.107,20 €** exakt den realen Startgutschriftbetrag von 76,82 € (wie er vom OLG München angegeben wurde).

Die Pflichtversicherung der Klägerin muss bis zum 31.12.2001 ununterbrochen bestanden haben, sonst gäbe es größere Abweichungen von der realen Anwartschaft von 76,82 € zu den fiktiven Anwartschaften zum 31.12.2001 bei angenommenen maßgeblichen gvE's von 1.100 € - 1.200 €.

| gesetzliche Rente im Näherungsverfahren | | | | | | | | | |
|--|--|---|--|--|--|------------|----------------|-----------------|-------------------------------------|
| 25 U 3827/14 | | | | | | | | | |
| Startgutschrift rentenfern | | | | | | | | | |
| Fiktive Arbeitsentgelte und Versorgungssätze | | | | | | | | | |
| Lfd. Nr. | | | | | | StKL. I | StKL. III/0 | | |
| 1 | maßgebliches Vollzeit gv | Bruttoarbeitsentgelt pro Monat: | | | | 2.170,98 € | 2.170,98 € | | |
| 2 | maßgebliches Vollzeit | Nettoarbeitsentgelt pro Monat: | | | | 1.610,08 € | 1.700,96 € | | |
| 3 | persönlicher Brutto-Versorgungssatz = GBQ x 75,00 % : | | | | | 38,25% | 38,25% | | |
| 4 | persönlicher Netto-Versorgungssatz = GBQ x 91,75 % : | | | | | 46,79% | 46,79% | | |
| 5 | fikt. Vollzeitnetto x persönlicher Nettoversorgungssatz: | | | | | 1.477,18 € | 1.560,55 € | | Nettogesamtversorgung (NGV) |
| 6 | fikt. Vollzeitbrutto x persönlicher Bruttoversorgungssatz: | | | | | 830,40 € | 830,40 € | | Bruttogesamtversorgung (BGV) |
| 7 | | | | | | | | | |
| 8 | | | | | | | | | |
| 9 | Gesetzliche Rente im Näherungsverfahren | | | | | | | | |
| 10 | | | | | | | | | |
| 11 | Formel: | NR = (VJ x ST x BEZ x ZF x KF)/100 | | | | | | | |
| 12 | | | | | | | | | |
| 13 | Ermittlung des Steigerungssatzes ST: | Monatsentgelt begrenzt auf 8700 DM (BBG)= | | | | | 4.448,24 € | BBG | |
| 14 | | | | | | | | | |
| 15 | Verhältnis (maßgebliches Vollzeitbruttoentgelt *GBQ)/BBG jedoch maximal 100 %: | | | | | | 24,89 | | |
| 16 | Steigerungsfaktor (bei Bezügen unter 70 % des BBG) mindestens: | | | | | | 1,09 | 1,09 | |
| 17 | Falls gvE > 70 % BBG: Prozentuale Differenz zu 70 % des BBG: | | | | | | 0 | | |
| 18 | Falls gvE > 70 % BBG: Verminderungsfaktor je ein Prozent Differenz zu 70 % des BBG: | | | | | | 0,007 | 0 | |
| 19 | verbleibt der Steigerungsfaktor: | | | | | | | 1,0900 | |
| 20 | | | | | | | | | |
| 21 | VJ= | Versicherungsjahre (45 Jahre für Durchschnittsrentner) | | | | | | 45 | |
| 22 | ST= | Steigerungssatz (angepasst nach obiger Vorschrift) | | | | | | 1,0900 | |
| 23 | BEZ= | Maßgebliche Bezüge aus Blatt "Eingabe" (lfd.Nr. 18) (ggf. begrenzt durch BBG) | | | | | | 1.107,20 € | |
| 24 | ZF= | Zugangsfaktor (1 bei Altersrente) | | | | | | 1,0 | |
| 25 | KF= | Korrekturfaktor | | | | | | 0,9086 | |
| 26 | NR= | gesetzliche Rente im Näherungsverfahren | | | | | | 493,44 € | |

Tabelle 5: Beispiel: Berechnungsschema der gesetzl. Rente im Näherungsverfahren

Das maßgebliche gesamtversorgungsfähige Entgelt der Klägerin liegt also mit Sicherheit ganz nahe an 1.107,20 €.

Für weitere Schlussfolgerungen arbeiten wir der Einfachheit halber mit der Zahl von 1.107,20 € gvE. Diese Annahme schmälert nicht die Richtigkeit der dazu getroffenen Aussagen.

Nun ist zunächst in Kapitel 2.1.2 abzuschätzen, wie hoch die **Mindestrente nach § 18 Abs. 2 Nr. 4 BetrAVG** sein könnte gegenüber den anderen Größen **Formelbetrag nach § 18 Abs. 2 Nr. 1 BetrAVG** und **Mindeststartgutschrift nach § 9 Abs. 2 ATV**.

2.1.2. Abschätzung der Mindestrente nach § 18 Abs. 2 Nr. 4 BetrAVG

Die **Mindestrente** nach § 18 Abs. 2 Nr. 4 BetrAVG ist der Mindestbetrag von jeweils 0,375 % des tatsächlich erzielten Entgelts für jedes Pflichtversicherungsjahr während der gesamten Pflichtversicherungszeit bis Ende 2001 nach § 18 Abs. 2 Nr. 4 BetrAVG (Höhe hängt von den tatsächlich erzielten Entgelten einschließlich der tatsächlichen Entgeltentwicklung sowie der Anzahl der erreichten Pflichtversicherungsjahre bis Ende 2001 ab)

Die Berechnung der exakten **Mindestrente** setzt voraus, dass auch sämtliche in der Pflichtversicherungszeit bis Ende 2001 erzielten Entgelte des rentenfernen Pflichtversicherten genau bekannt sind. Dazu müssten die originalen Versicherungszeiten und –entgelte z.B. aus dem alten Startgutschriftbescheid vorliegen. Die Mindestrente ist jedoch als Zahl im OLG – Urteil nicht angeben.

| m Jahre in ZVK | Mind.rente | Mind.rente |
|-------------------|------------|--------------------|
| | % p.a. | % p.a. gerundet |
| 38 | 0,2060 | 0,21 |
| 37 | 0,2103 | 0,21 |
| 36 | 0,2148 | 0,21 |
| 35 | 0,2194 | 0,22 |
| 34 | 0,2242 | 0,22 |
| 33 | 0,2292 | 0,23 |
| 32 | 0,2344 | 0,23 |
| 31 | 0,2396 | 0,24 |
| 30 | 0,2449 | 0,24 |
| 29 | 0,2503 | 0,25 |
| 28 | 0,2557 | 0,26 |
| 27 | 0,2610 | 0,26 |
| 26 | 0,2664 | 0,27 |
| 25 | 0,2719 | 0,27 |
| 24 | 0,2776 | 0,28 |
| 23 | 0,2833 | 0,28 |
| 22 | 0,2889 | 0,29 |
| 21 | 0,2940 | 0,29 |
| 20 | 0,2992 | 0,30 |
| 19 | 0,3042 | 0,30 |
| 18 | 0,3096 | 0,31 |
| 17 | 0,3146 | 0,31 |
| 16 | 0,3199 | 0,32 |
| 15 | 0,3248 | 0,32 |
| 14 | 0,3298 | 0,33 |
| 13 | 0,3345 | 0,33 |
| 12 | 0,3396 | 0,34 |
| 11 | 0,3444 | 0,34 |
| 10 | 0,3485 | 0,35 |
| 9 | 0,3523 | 0,35 |
| 8 | 0,3551 | 0,36 |
| 7 | 0,3583 | 0,36 |
| 6 | 0,3609 | 0,36 |
| 5 | 0,3636 | 0,36 |
| 4 | 0,3670 | 0,37 |
| 3 | 0,3709 | 0,37 |
| 2 | 0,3750 | 0,37 |
| 1 | 0,3792 | 0,38 |

Tabelle 6: Mindestrente in Prozent des gvE p.a.

Man muss also eine Schätzung vornehmen. Die näherungsweise Mindestrente (bzw. Mindestrente p.a.) kann man ermitteln unter der Voraussetzung, dass sich die Entgelte prozentual genau so entwickelt haben wie die tariflich vereinbarten Entgelte.

Nach Analyse einer Vielzahl von tatsächlichen Entgelt- und Versicherungsverläufen lag die tatsächliche Mindestrente p.a. der rentenfernen Pflichtversicherten in aller Regel unter der auf diese Weise recht optimistisch ermittelten Mindestrente p.a.. Dies ist hauptsächlich durch Entgeltsprünge infolge eines beruflichen Aufstiegs bedingt, da längere Anfangszeiten mit deutlich niedrigeren Entgelten das Niveau der

Mindestrente weiter nach unten drücken. Es gilt die Beziehung: Mindestrente = Mindestrente in % des gvE p.a. x Anzahl **m** der bis 31.12.2001 erreichten ZVK – Pflichtversicherungsjahre.

gvE = 1.107,20 € geschätzt,
m = 11 Jahre abgerundet,
Mindestrente in % p.a. (bei m=11): = 0,003444 nach Tabelle 6

Mindestrente = 0,003444 x 1.107,20 € x 11 = 41,95 €

Für die Startgutschriftberechnung des Klagefalls geht neben dem geschätzten gvE von 1.107,20 € nun auch die optimistisch geschätzte **Mindestrente nach § 18 Abs. 2 Nr. 4 BetrAVG** ein.

Die vom Gericht angegebene reale Startgutschrift von 76,82 € liegt deutlich über der Mindestrente nach § 18 Abs. 2 Nr. 4 BetrAVG in Höhe von geschätzten 41,95 €. Die reale Mindestrente nach real geleisteten Versicherungsbeiträgen liegt (lt. Startgutschriftsbescheid) nicht weit davon entfernt bei 43,76 €.

Im nächsten Schritt ist in Kapitel 2.1.3 abzuschätzen, wie hoch der **Formelbetrag nach § 18 Abs. 2 Nr. 1 BetrAVG** ist im Verhältnis zur **Mindestrente nach § 18 Abs. 2 Nr. 4 BetrAVG** bzw. zur **Mindeststartgutschrift nach § 9 Abs. 2 ATV**.

2.1.3. Abschätzung des Formelbetrags nach § 18 Abs. 2 Nr. 1 BetrAVG

Bei 11,29 Pflichtversicherungsjahren bis 31.12.2001 folgt dann für eine ZVK-Anwartschaft nach Formelbetrag (siehe die folgende Tabelle 7):

- Verheiratet: 6,76 € x 11,29 Jahre = 76,32 € bei gvE 1.100 €
- Verheiratet: 7,38 € x 11,29 Jahre = 83,32 € bei gvE 1.200 €

Die geschätzte ZVK - Anwartschaft nach Formelbetrag liegt in einer Schwankungsbreite von etwa 7 € um die reale Startgutschrift von 76,82 € der Klägerin, wenn man annimmt, dass sie zum Stichtag 31.12.2001 verheiratet war.

Wenn die Klägerin am 31.12.2001 alleinstehend gewesen wäre, müsste das gvE bei mehr als 3.700 € gelegen haben, um auf die gleiche reale Startgutschrift von 76,82 € zu kommen (siehe die 3.700 € bzw. 3.800 € Zeile in Tabelle 7; aus m= 11,29 und STG I (p.a.) = 6,63 € bzw. 7,07 € folgt die Startgutschrift für die fiktiv rentenfernen Alleinstehenden zwischen 74,85 € und 79,82 €.)

Wenn die Klägerin am 31.12.2001 alleinstehend gewesen wäre, müsste das gvE zwischen 3.700 € und 3.800 € gelegen haben, dann aber wäre nach Tabelle 4 eine gesetzliche Näherungsrente zwischen 1.500 € und 1.519 € die Folge. Das steht aber im Widerspruch zu der Angabe des OLG München, dass die gesetzliche Näherungsrente nur 493,44 € betrage.

Konsequenz: Die Klägerin muss am 31.12.2001 verheiratet gewesen sein.

Sowohl für den Fall **verheiratet** wie auch für den Fall **alleinstehend** liegt der Formelbetrag jeweils über der Mindestrente nach § 18 Abs. 2 Nr. 4 BetrAVG.

| Startgutschrift in Prozent und € pro Jahr nach der Grundformel in § 18 Abs. 2 Nr.1 BetrAVG (Quotient aus Voll-Leistung p.a. und gesamtversorgungsfähigem Entgelt (gvE)) | | | | | | |
|---|------------|------------|--------------|-------------|--------------|-------------|
| gvE(€) | Voll-Leist | Voll-Leist | STG I | STG I | STG III | STG III |
| gvE(€) | Stkl. I | Stkl. III | (p.a.) in % | (p.a.) in € | (p.a.) in % | (p.a.) in € |
| 4448,24 | 571,98 € | 1.061,44 € | 0,29% | 12,87 € | 0,54% | 23,88 € |
| 800,00 | 218,56 € | 218,56 € | 0,61% | 4,92 € | 0,61% | 4,92 € |
| 900,00 | 240,13 € | 245,88 € | 0,60% | 5,40 € | 0,61% | 5,53 € |
| 1000,00 | 251,81 € | 273,19 € | 0,57% | 5,67 € | 0,61% | 6,15 € |
| 1100,00 | 259,46 € | 300,51 € | 0,53% | 5,84 € | 0,61% | 6,76 € |
| 1200,00 | 265,91 € | 327,83 € | 0,50% | 5,98 € | 0,61% | 7,38 € |
| 1300,00 | 266,61 € | 355,15 € | 0,46% | 6,00 € | 0,61% | 7,99 € |
| 1400,00 | 267,18 € | 382,32 € | 0,43% | 6,01 € | 0,61% | 8,60 € |
| 1500,00 | 264,12 € | 408,46 € | 0,40% | 5,94 € | 0,61% | 9,19 € |
| 1600,00 | 260,81 € | 434,59 € | 0,37% | 5,87 € | 0,61% | 9,78 € |
| 1700,00 | 260,30 € | 446,79 € | 0,34% | 5,86 € | 0,59% | 10,05 € |
| 1800,00 | 259,79 € | 457,10 € | 0,32% | 5,85 € | 0,57% | 10,28 € |
| 1900,00 | 257,96 € | 466,90 € | 0,31% | 5,80 € | 0,55% | 10,51 € |
| 2000,00 | 256,13 € | 475,12 € | 0,29% | 5,76 € | 0,53% | 10,69 € |
| 2100,00 | 253,69 € | 481,81 € | 0,27% | 5,71 € | 0,52% | 10,84 € |
| 2200,00 | 249,92 € | 485,00 € | 0,26% | 5,62 € | 0,50% | 10,91 € |
| 2300,00 | 246,20 € | 488,95 € | 0,24% | 5,54 € | 0,48% | 11,00 € |
| 2400,00 | 241,12 € | 492,66 € | 0,23% | 5,43 € | 0,46% | 11,08 € |
| 2500,00 | 236,11 € | 496,03 € | 0,21% | 5,31 € | 0,45% | 11,16 € |
| 2600,00 | 229,71 € | 497,98 € | 0,20% | 5,17 € | 0,43% | 11,20 € |
| 2700,00 | 223,43 € | 498,47 € | 0,19% | 5,03 € | 0,42% | 11,22 € |
| 2800,00 | 215,71 € | 496,40 € | 0,17% | 4,85 € | 0,40% | 11,17 € |
| 2900,00 | 208,14 € | 493,83 € | 0,16% | 4,68 € | 0,38% | 11,11 € |
| 3000,00 | 199,15 € | 489,62 € | 0,15% | 4,48 € | 0,37% | 11,02 € |
| 3100,00 | 190,27 € | 486,22 € | 0,14% | 4,28 € | 0,35% | 10,94 € |
| 3200,00 | 198,25 € | 500,64 € | 0,14% | 4,46 € | 0,35% | 11,26 € |
| 3300,00 | 217,01 € | 530,20 € | 0,15% | 4,88 € | 0,36% | 11,93 € |
| 3400,00 | 231,58 € | 554,63 € | 0,15% | 5,21 € | 0,37% | 12,48 € |
| 3500,00 | 248,32 € | 582,31 € | 0,16% | 5,59 € | 0,37% | 13,10 € |
| 3600,00 | 266,42 € | 612,11 € | 0,17% | 5,99 € | 0,38% | 13,77 € |
| 3700,00 | 294,68 € | 652,10 € | 0,18% | 6,63 € | 0,40% | 14,67 € |
| 3800,00 | 314,09 € | 682,60 € | 0,19% | 7,07 € | 0,40% | 15,36 € |
| 3900,00 | 333,07 € | 713,89 € | 0,19% | 7,49 € | 0,41% | 16,06 € |
| 4000,00 | 353,43 € | 747,34 € | 0,20% | 7,95 € | 0,42% | 16,82 € |
| 4100,00 | 365,13 € | 792,01 € | 0,21% | 8,67 € | 0,43% | 17,82 € |
| 4200,00 | 406,82 € | 826,04 € | 0,22% | 9,15 € | 0,44% | 18,59 € |
| 4300,00 | 428,02 € | 860,90 € | 0,22% | 9,63 € | 0,45% | 19,37 € |
| 4400,00 | 450,75 € | 897,97 € | 0,23% | 10,14 € | 0,46% | 20,20 € |
| 4500,00 | 484,73 € | 946,28 € | 0,24% | 10,91 € | 0,47% | 21,29 € |
| 4600,00 | 529,53 € | 1.004,68 € | 0,26% | 11,91 € | 0,49% | 22,61 € |
| 4700,00 | 573,74 € | 1.064,24 € | 0,27% | 12,91 € | 0,51% | 23,95 € |
| 4800,00 | 616,20 € | 1.121,99 € | 0,29% | 13,86 € | 0,53% | 25,24 € |
| 4900,00 | 659,22 € | 1.179,40 € | 0,30% | 14,83 € | 0,54% | 26,54 € |
| 5000,00 | 701,12 € | 1.236,48 € | 0,32% | 15,78 € | 0,56% | 27,82 € |
| 5100,00 | 744,10 € | 1.294,81 € | 0,33% | 16,74 € | 0,57% | 29,13 € |
| 5200,00 | 785,97 € | 1.351,23 € | 0,34% | 17,68 € | 0,58% | 30,40 € |
| 5300,00 | 828,95 € | 1.407,33 € | 0,35% | 18,65 € | 0,60% | 31,66 € |
| 5400,00 | 871,93 € | 1.464,67 € | 0,36% | 19,62 € | 0,61% | 32,96 € |
| 5500,00 | 913,83 € | 1.520,18 € | 0,37% | 20,56 € | 0,62% | 34,20 € |
| 5600,00 | 955,70 € | 1.575,29 € | 0,38% | 21,50 € | 0,63% | 35,44 € |
| 5700,00 | 998,68 € | 1.630,06 € | 0,39% | 22,47 € | 0,64% | 36,68 € |
| 5800,00 | 1.040,59 € | 1.684,59 € | 0,40% | 23,41 € | 0,65% | 37,90 € |
| 5900,00 | 1.083,57 € | 1.740,36 € | 0,41% | 24,38 € | 0,66% | 39,16 € |
| 6000,00 | 1.126,51 € | 1.794,14 € | 0,42% | 25,35 € | 0,67% | 40,37 € |
| 6100,00 | 1.168,42 € | 1.847,68 € | 0,43% | 26,29 € | 0,68% | 41,57 € |
| 6200,00 | 1.211,40 € | 1.902,45 € | 0,44% | 27,26 € | 0,69% | 42,81 € |
| 6300,00 | 1.253,27 € | 1.955,34 € | 0,45% | 28,20 € | 0,70% | 44,00 € |
| 6400,00 | 1.296,25 € | 2.007,88 € | 0,46% | 29,17 € | 0,71% | 45,18 € |
| 6500,00 | 1.338,15 € | 2.060,02 € | 0,46% | 30,11 € | 0,71% | 46,35 € |
| 6600,00 | 1.381,13 € | 2.113,64 € | 0,47% | 31,08 € | 0,72% | 47,56 € |
| 6700,00 | 1.423,00 € | 2.165,12 € | 0,48% | 32,02 € | 0,73% | 48,72 € |
| 6800,00 | 1.465,98 € | 2.216,34 € | 0,49% | 32,98 € | 0,73% | 49,87 € |
| 6900,00 | 1.507,89 € | 2.267,25 € | 0,49% | 33,93 € | 0,74% | 51,01 € |
| 7000,00 | 1.550,87 € | 2.319,55 € | 0,50% | 34,89 € | 0,75% | 52,19 € |

Tabelle 7: Näherungsweise Startgutschrift in Prozent und € pro Jahr nach der Grundformel § 18 Abs. 2 Nr. 1 BetrAVG

Für die geringverdienende verheiratete rentenferne Klägerin, deren Startgutschrift (bei einem maßgeblichen gvE von etwa 1.107,20 €) nach dem Formelbetrag nach § 18 Abs. 2 Nr. 1 BetrAVG ermittelt wurde, ergibt sich somit nach Tabelle 7 eine **Startgutschrift p.a. von 0,61 %** des gesamtversorgungsfähigen Entgelts (gvE).

2.1.4. Visualisierung der Startgutschrift (Formelbetrag) in Prozent/Jahr

Die Tabelle 7 kann man in einer Abbildung 1 visualisieren und noch nach einem anderen interessanten Gesichtspunkt auswerten.

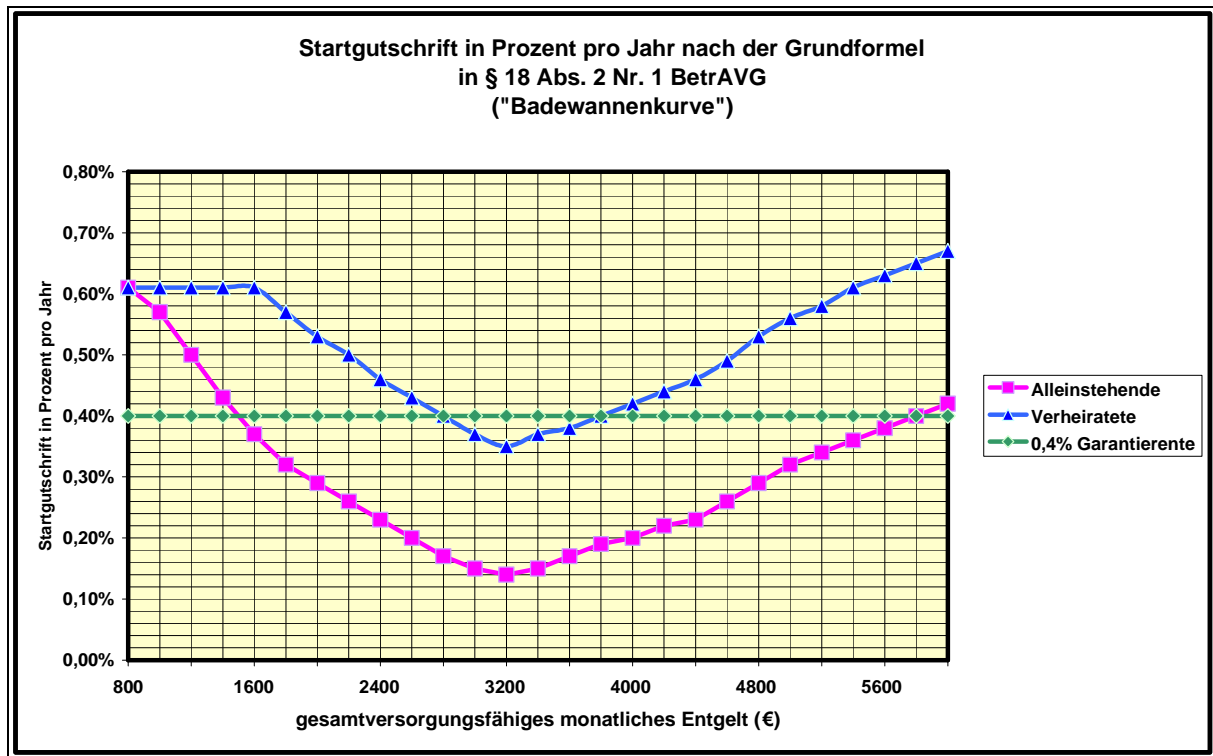


Abbildung 1: Visualisierung der Startgutschrift in Prozent pro Jahr

Aus Tabelle 7 und Abbildung 1 wird nun recht deutlich sichtbar, in welchem Bereich der <Startgutschrift p.a.> sich die gering(st)verdienende rentenferne Klägerin befindet.

Bei geringen gesamtversorgungsfähigen Entgelten von Verheirateten bis etwa 1.600 € liegen die **Startgutschriften in Prozent pro Jahr ZVK - Versicherungszeit** am höchsten, nämlich über 0,6 % p.a.. Derartig hohe **Startgutschriften in Prozent pro ZVK-Pflichtversicherungsjahr** sind für Durchschnitts- und Höherverdiener nicht möglich. Die geringsten Prozentsätze pro Jahr sind zu verzeichnen mit 0,14 % p.a. für Alleinstehende und 0,35 % p.a. für Verheiratete.

Damit ist auch erklärlich, warum gerade Gering(st)verdiener – Beispiele arbeitgeberseitig in Zeitschriften⁷ zur Demonstration verwendet werden, da hohe prozentuale Startgutschriften p.a. „hohe finanzielle Zuwächse“ suggerieren. Konsequenterweise unterschlagen werden in arbeitgebernahen Dokumenten die niedrigen prozentualen Startgutschriften p.a. bei durchschnittlich bis höher verdienenden Alleinstehenden und die sehr hohen prozentualen Startgutschriften p.a. für

⁷ z.B. S. Hebler: „Zusatzversorgung - Verbesserungen bei den Startgutschriften der Späteinsteiger“ (ZTR, Zeitschrift für Tarif-, Arbeits- und Sozialrecht des öffentlichen Dienstes, Heft 9/2011, 534-538)

Verheiratete bei Hochverdienern. Das wurde bereits in einem früheren Standpunkt⁸ ausführlich gewürdigt.

Das Landgericht Berlin (z.B. 23 O 144/13 vom 22.01.2014 bzw. 7 O 208/13 vom 27.03.2014 veröffentlicht in JURIS), das Oberlandesgericht Karlsruhe (12 U 104/14 vom 18.12.2014 veröffentlicht in JURIS) und z.B. das Landgericht München (12 O 19581/13 vom 13.03.2015) wie auch das Oberlandesgericht München (25 U 3830/14 vom 22.05.2015) behandeln rentenferne Klagefälle, die aufgrund des frühen Eintrittsalters vor dem vollendeten 25. Lebensjahr kategorisch von einem Zuschlag ausgeschlossen sind.

Das Landgericht Berlin (7 O 149/13 vom 27.03.2014) behandelt einen rentenfernen Klagefall, der aufgrund des Geburtsdatums, 1961 oder später, kategorisch von einem Zuschlag ausgeschlossen ist.

Das Oberlandesgericht München (25 U 4462/14 vom 22.05.2015; veröffentlicht in JURIS) behandelt einen rentenfernen Klagefall, der kategorisch von einem Zuschlag ausgeschlossen ist, da dort die Startgutschrift nicht nach dem Formelbetrag nach § 18 Abs 2 Nr. 2 BetrAVG, sondern durch die Mindestrente nach § 18 Abs. 2 Nr. 4 BetrAVG bestimmt wurde.

Das Oberlandesgericht München (25 U 1031/14 vom 22.05.2015; veröffentlicht in JURIS) behandelt außerdem einen rentenfernen Klagefall, wo zwar die Unverbindlichkeit der Neuregelung der rentenfernen Startgutschrift festgestellt wurde, Ansprüche der Klägerin gemäß den Regeln der früheren Gesamtversorgung vom OLG zurückgewiesen wurde.

Zum Untersuchungsgegenstand dieses Standpunkts:

Das Oberlandesgericht München (25 U 3827/14 vom 22.05.2015; veröffentlicht in JURIS) wählt nun den Klagefall einer geringverdienenden Klägerin aus, die erst mit 33,375 Jahren in der Zusatzversorgungskasse BVK pflichtversichert wurde. Sie erhält sogar einen kleinen Zuschlag zu ihrer alten Startgutschrift, die eine **Startgutschrift p.a. von 0,61 %** ihres gesamtversorgungsfähigen Entgelts (gvE) von rund 1.107 € ausmacht.

Das OLG München lässt sich von dem durch die BVK gewährten prozentualen p.a. Zuschlag nicht beeindrucken und weicht nicht von der rechtssystematisch angezeigten Sichtweise ab, die andere Gerichte bereits dargelegt haben, nämlich dass der ursprüngliche gleichheitswidrige strukturelle Mangel der bisherigen Neuregelung zum 31.12.2001 für rentenferne Versicherte durch die konkrete Ausgestaltung der Neuregelung (nach dem Vergleichsmodell) nicht behoben worden sei.

In der RdNr. 27-28 schreibt das OLG München (25 U 3827/14):

...Wenn nun aber die zur Heilung unternommene Satzungsänderung - wie von der Klägerin behauptet – ihrerseits wieder zum Teil gegen Art. 3 GG verstößt, wäre die Übergangsregelung für die rentenfernen Versicherten

⁸ http://www.startgutschriften-arge.de/3/SP_Zahlenbeispiele_ZTR.pdf

erneut insgesamt nicht wirksam und wären damit die auf dieser Basis errechneten, bestätigten Startgutschriften mangels ausreichender Rechtsgrundlage unverbindlich. Den Tarifvertragsparteien stünden dann wiederum - wie bereits nach dem BGH-Urteil aus dem Jahr 2007 - zahlreiche Wege offen, eine erkannte Verfassungswidrigkeit zu beheben. In diesem Rahmen bestünde auch für die Klägerin bei Unverbindlichkeit der streitgegenständlichen Startgutschrift zumindest die Möglichkeit, dass sie im Zuge einer weiteren Neuregelung eine Besserstellung erfährt. Für die Zulässigkeit der Feststellungsklage genügt diese jedenfalls nicht fernliegende Möglichkeit, nicht erforderlich ist insoweit eine Gewissheit (ebenso OLG Karlsruhe, Urteil vom 18.12.2014 - 12 U 104/14, Rn. 36, 37 bei juris).

Die Klägerin macht insofern ein eigenes rechtliches Interesse geltend, es geht ihr um die Verbindlichkeit der ihr erteilten Startgutschrift und die etwaige Verkürzung ihrer eigenen Zusatzrentenansprüche, falls eine gleichheitssatzkonforme Neuregelung zu einer höheren Berechnung ihrer Anwartschaft bis zur Systemumstellung führen würde als die bisherige. Dass eine verfassungskonforme Neuregelung zu einer Besserstellung auch der Klägerin führen könnte, zeigt bereits der Umstand, dass diese bereits im Zuge des jetzigen Vergleichsmodells einen Zuschlag zur ursprünglichen Startgutschrift erhalten hat, der beispielsweise bei Entfallen oder einer Verringerung des 7,5 % - Abschlags höher wäre. Bereits das Bestehen einer solchen Verbesserungsmöglichkeit, die bei Verbindlichkeit der Startgutschrift entfallen würde, reicht als Nachteil aus, um eine rechtlich erhebliche Betroffenheit der Klägerin zu begründen.

und nach RdNr. 41

Der so verstandene strukturelle Mangel wird durch das mit § 73 Abs. 1a der Satzung der Beklagten eingeführte Vergleichsmodell - schon unter Zugrundelegung des eigenen Vorbringens der Beklagten - nicht behoben. Der Senat teilt im Wesentlichen die im Urteil des OLG Karlsruhe (unter Ziffer B. 3. b) aa) und bb), Rn. 50 - 72 bei juris) ausführlich dargelegte Auffassung, dass durch das Vergleichsmodell in seiner konkreten Ausgestaltung mit dem Abzug bzw. Schwellenwert von 7,5 %-Punkten weiterhin relevante und abgrenzbare Gruppen Versicherter ohne rechtfertigenden Grund vom Erreichen des 100 %-Wertes ausgeschlossen sind. Auf diese Ausführungen des OLG Karlsruhe wird zunächst Bezug genommen.

2.1.5. Notwendige Zuschlagsbedingung ist erfüllt

Die Satzungsgeber machen einen Vergleich von Versorgungsprozentsätzen nach § 18 BetrAVG und § 2 BetrAVG.

Der Versorgungsprozentsatz nach § 18 BetrAVG beträgt 2,25 % pro Jahr der Pflichtversicherung. Nach 44,44... Jahren wären 100 % erreicht (oder anders: $100/44,44.. = 2,25$ Punkte pro Jahr)

Man vergleicht nach § 18 BetrAVG den Quotienten aus erreichten Pflichtversicherungsjahre (**m**) und 44.44.. $\langle m/44,44.. \rangle$

mit einem Quotienten nach § 2 BetrAVG (Unverfallbarkeitsquotient) aus (**m**) und bis zum 65.+0 LJ theoretisch erreichbaren Pflichtversicherungsjahre (**n**), $\langle m/n \rangle$

Also: $m/44,44.. < m/n$ oder $m \cdot 100/44,44.. < 100 \cdot m/n$
Oder $m \cdot 2.25 < 100 \cdot m/n$ oder $0,0225 \cdot m < m/n$

Die Satzungsgeber haben festgelegt, dass der Versorgungsprozentsatz nach § 2 BetrAVG um 7,5 Prozentpunkte vermindert werden und erst dann ein Vergleich mit dem verdienten Versorgungsprozentsatz nach § 18 BetrAVG stattfindet:

Zuschlag nach Willen der Satzungsgeber nur dann, wenn

$$\boxed{0,0225 \cdot m < m/n - 0,075 \quad \text{oder} \quad m/n - 0,0225 \cdot m - 0,075 > 0 \quad (\text{wenn } n \geq 32)}$$

Das ist die notwendige Zuschlagsbedingung für $n \geq 32$.

Im Klagefall ist nun in die Ungleichung einzusetzen: $m = 11,29$ und $n = 31,62$.

Daher folgt:

$11,29/31,62 - 0,0225 \times 11,29 - 0,075 = + 0,028$, d.h. die Zuschlagsbedingung liefert im konkreten Klagefall einen positiven Wert. **Also ist die Zuschlagsbedingung erfüllt.**

Der konkrete Klagefall lässt sich systematisch einordnen:

Zuschläge sind überhaupt nur möglich ab einem Eintrittsalter von mehr als 25 Jahren und bei Jahrgängen bis 1960.

Das ist sofort ersichtlich aus der folgenden Abbildung 2:

Im Schnittpunkt der 1957er – Zeile und der Eintrittsalter –Spalte (EA) für 33 steht eine **1**.

Oder anders formuliert:

Rentenferne Versicherte mit Eintrittsalter vor dem **vollendeten 25. Lebensjahr** bzw. **ab Geburtsjahrgang 1961** sind generell vom Zuschlag ausgeschlossen sind, da die **notwendige** Bedingung für einen Zuschlag

$$\boxed{\begin{aligned} m/n - 0,075 > m \times 0,0225 \\ \text{oder gleichbedeutend:} \\ 1/n - 0,0225 - 0,075/m > 0 \end{aligned}}$$

nicht erfüllt (NE; Zelle=0) ist.

Es lassen sich jedoch auch weitere Gruppen rentenferner Versicherter bestimmen, die von einem Zuschlag zu ihrer Startgutschrift ausgeschlossen sind⁹.

Für Späteinsteiger mit einem Eintrittsalter von 26 bis 33 Jahren gilt die Regel: „Je jünger (älter) der rentenferne Pflichtversicherte, desto niedriger (höher) fällt der evtl. Zuschlag aus“. Bei gleichem Eintrittsalter sinkt der Unverfallbarkeitsfaktor für jüngere Späteinsteiger und sie erhalten eine geringere Zuschlagsquote im Vergleich zu älteren Späteinsteigern.

Zu Anmerkungen zum Unverfallbarkeitsfaktor sei verwiesen auf **Anlage 2**.

| Orientierungsrahmen ³ für die persönlichen Grunddaten bei der rentenfernen Startgutschrift | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | |
|---|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|
| Geb.Jahrgang, Eintrittsalter (EA) in ZVK,erreichbare ZVK-Jahre(n) bis 65+0 LJ ,bis 1.01.2002 erreichte ZVK-Jahre (m); | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | |
| Notwendige Bedingung für einen Zuschlag: $1/n - 0,0225 - 0,075/m > 0$; | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | |
| 1 = Bedingung erfüllt! 0 = Bedingung NICHT erfüllt! | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | |
| EA | 20 | 21 | 22 | 23 | 24 | 25 | 26 | 27 | 28 | 29 | 30 | 31 | 32 | 33 | 34 | 35 | 36 | 37 | 38 | 39 | 40 | 41 | 42 | 43 | 44 | 45 | 46 | 47 | 48 | 49 | 50 |
| n | 45 | 44 | 43 | 42 | 41 | 40 | 39 | 38 | 37 | 36 | 35 | 34 | 33 | 32 | 31 | 30 | 29 | 28 | 27 | 26 | 25 | 24 | 23 | 22 | 21 | 20 | 19 | 18 | 17 | 16 | 15 |
| 1947 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 1 | 1 | 1 | 1 | 1 | 1 | 1 | 1 | 1 | 1 | 1 | 1 | 1 | 1 | 1 | 1 | 1 | 1 | 1 | 1 | 1 | 1 | 1 | 1 | |
| 1948 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 1 | 1 | 1 | 1 | 1 | 1 | 1 | 1 | 1 | 1 | 1 | 1 | 1 | 1 | 1 | 1 | 1 | 1 | 1 | 1 | 1 | 1 | 1 | 1 | |
| 1949 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 1 | 1 | 1 | 1 | 1 | 1 | 1 | 1 | 1 | 1 | 1 | 1 | 1 | 1 | 1 | 1 | 1 | 1 | 1 | 1 | 1 | 1 | 1 | 1 | |
| 1950 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 1 | 1 | 1 | 1 | 1 | 1 | 1 | 1 | 1 | 1 | 1 | 1 | 1 | 1 | 1 | 1 | 1 | 1 | 1 | 1 | 1 | 1 | 1 | 1 | |
| 1951 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 1 | 1 | 1 | 1 | 1 | 1 | 1 | 1 | 1 | 1 | 1 | 1 | 1 | 1 | 1 | 1 | 1 | 1 | 1 | 1 | 1 | 1 | 1 | 1 | |
| 1952 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 1 | 1 | 1 | 1 | 1 | 1 | 1 | 1 | 1 | 1 | 1 | 1 | 1 | 1 | 1 | 1 | 1 | 1 | 1 | 1 | 1 | 1 | 1 | 0 | |
| 1953 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 1 | 1 | 1 | 1 | 1 | 1 | 1 | 1 | 1 | 1 | 1 | 1 | 1 | 1 | 1 | 1 | 1 | 1 | 1 | 1 | 1 | 1 | 0 | 0 | |
| 1954 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 1 | 1 | 1 | 1 | 1 | 1 | 1 | 1 | 1 | 1 | 1 | 1 | 1 | 1 | 1 | 1 | 1 | 1 | 1 | 1 | 1 | 0 | 0 | 0 | |
| 1955 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 1 | 1 | 1 | 1 | 1 | 1 | 1 | 1 | 1 | 1 | 1 | 1 | 1 | 1 | 1 | 1 | 1 | 1 | 1 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | |
| 1956 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 1 | 1 | 1 | 1 | 1 | 1 | 1 | 1 | 1 | 1 | 1 | 1 | 1 | 1 | 1 | 1 | 1 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | |
| 1957 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 1 | 1 | 1 | 1 | 1 | 1 | 1 | 1 | 1 | 1 | 1 | 1 | 1 | 1 | 1 | 1 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | |
| 1958 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 1 | 1 | 1 | 1 | 1 | 1 | 1 | 1 | 1 | 1 | 1 | 1 | 1 | 1 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | |
| 1959 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 1 | 1 | 1 | 1 | 1 | 1 | 1 | 1 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | |
| 1960 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 1 | 1 | 1 | 1 | 1 | 1 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | |
| 1961 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | |
| 1962 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | |
| 1963 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | |
| 1964 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | |
| 1965 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | |
| 1966 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | |
| 1967 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | |
| 1968 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | |
| 1969 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | |
| 1970 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | |

Abbildung 2: Kein Zuschlag für Rentenferne mit Eintrittsalter 25 oder jünger bzw. für Rentenferne ab Geburtsjahr 1961

Jüngere Jahrgänge werden durch die Neuregelung nach § 33 Abs. 1a ATV eindeutig diskriminiert. Gegenüber älteren Jahrgängen (z.B. 1947) erhalten sie bei identischem Eintrittsalter geringere Zuschlagsquoten und gehen spätestens ab Jahrgang 1961 bei der Zuschlagsberechnung in jedem Falle leer aus. Wer Ende 1959 geboren ist, muss bereits bei einem Eintrittsalter von 26 bis 30 Jahren auf einen Zuschlag verzichten. Der Grund für diese deutliche Benachteiligung von jüngeren Jahrgängen liegt vor allem in der willkürlichen Kürzung des Unverfallbarkeitsfaktors um 7,5 Prozentpunkte.

Daraus resultiert die absurde Wirkung, dass die Höhe der Zuschläge und Zuschlagsquoten nicht nur vom Eintrittsalter, sondern ganz wesentlich auch vom **Geburtsjahrgang** abhängig ist.

⁹ http://www.startgutschriften-arge.de/3/SP_Details_Zuschlagsausschluss_Rentenferne.pdf

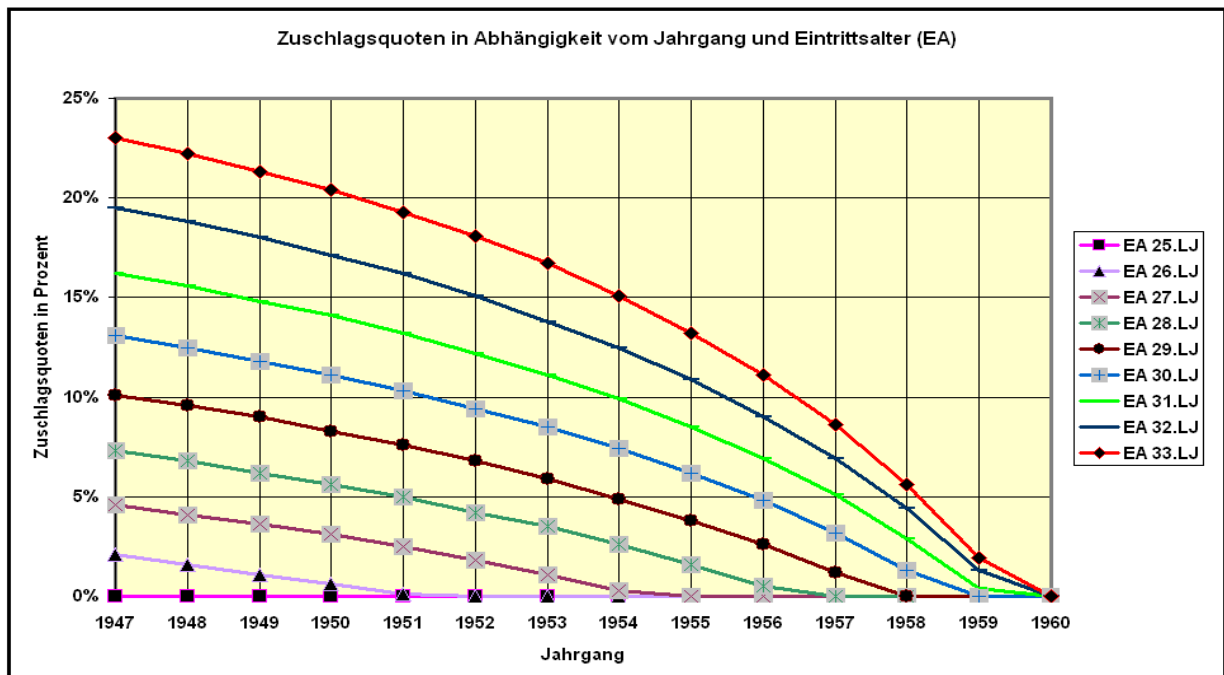


Abbildung 3: Wie die Zuschlagsquoten für jüngere Späteinsteiger sinken

Eine solche „**Jahrgangsabhängigkeit**“ wird aber im BGH-Urteil vom 14.11.2007 (Az. IV ZR 74/06) überhaupt nicht erwähnt. Dort ist ausschließlich von Rentenfernen mit längeren Ausbildungszeiten die Rede, was die Tarifparteien dann mit dem Begriff „Späteinsteiger“ übersetzt haben. Die am Verhandlungstermin am 14.11.2007 teilnehmenden Rechtsanwälte können sich auch nicht erinnern, dass die Differenzierung zwischen älteren und jüngeren Späteinsteigern bei den damals für die VBL und den Revisionskläger vortragenden Rechtsanwälten bzw. bei den Richtern irgendeine Rolle spielte.

Die Tarifparteien haben den **Unverfallbarkeitsfaktor** jedoch als Grundlage für ihre Tarifeinigung genommen und diesen auch noch willkürlich um 7,5 Prozentpunkte gekürzt. Dadurch sind jüngere Jahrgänge in die **Jahrgangsfalle** geraten. Diese Jahrgangsfalle lässt sich auf dreifache Weise beschreiben:

Jahrgangsfalle

- Je jünger, desto geringer die Zuschlagsquote bei gleichem Eintrittsalter (z.B. beim Eintrittsalter 30 Jahre: nur 1,3 % bei Jahrgang 1959 im Vergleich zu 13,7 % Zuschlagsquote bei Jahrgang 1947)
- Je jünger, desto später muss das Eintrittsalter für einen möglichen Zuschlag liegen (z.B. ab 30 Jahre für Jahrgang 1959, aber bereits ab 26 Jahre für Jahrgang 1947)
- Kein Zuschlag ab Jahrgang 1961

Nicht mehr die Länge der Ausbildungszeiten bzw. das Eintrittsalter ist das entscheidende Kriterium für die Höhe des Zuschlags und der Zuschlagsquote,

sondern der Geburtsjahrgang. Dies heißt für Späteinsteiger: „**Je jünger, desto schlechter sind die Aussichten auf einen Zuschlag**“.

2.1.6. Einordnung des Klagefalls

In einer früheren Arbeit¹⁰ hatten Fischer/Siepe bereits für bestimmte Gehaltsgruppen (gvE bis 1.400 €, bis 2.800 €, bis 4.200 €, bis 5.600 €) nachgewiesen, welche der Größen (siehe die Begrifflichkeiten in **Anlage 1**)

- alter Formelbetrag
- Mindestrente
- Mindeststartgutschrift
- neuer Formelbetrag nach § 33 Abs. 1a ATV

bestimmend für die alte und neue Anwartschaft (d.h. alte bzw. neue Startgutschrift) sind.

Die Mindeststartgutschrift nach § 9 Abs. 2 ATV bestimmt sich im Klagefall aus:

Volle ZVK-Jahre ($m \geq 20$) bis 31.12.2001 \times 1,84 Versorgungspunkte (VP) \times 4 € \times GBQ, d.h.

0 Jahre \times 1,84 VP \times 4 € \times GBQ = 0 € (**Mindeststartgutschrift**)

da $m < 20$ Jahre ist (d.h. bis zum 31.12.2001 waren keine 20 vollen Pflichtversicherungsjahre erreicht), gibt es im Klagefall keine Mindeststartgutschrift!

Die **ZVK – Anwartschaft zum 31.12.2001** ist das Maximum der Größen:

- **Formelbetrag** nach § 18 Abs2 Nr. 2 BetrAVG 76,82 €
- **Mindeststartgutschrift** nach § 9 Abs. 3 ATV 0,00 €
- **Mindestrente** nach § 18 Abs. 2 Nr. 4 BetrAVG (geschätzt) 41,95 €

Die geschätzte ZVK – Anwartschaft zum 31.12.2001 der Klägerin in Höhe von 76,82 € ist also bestimmt durch den **Formelbetrag** nach § 18 Abs. 2 Nr. 1 und 2 BetrAVG.

¹⁰ http://www.startgutschriften-arge.de/3/SP_Keine_Zuschlaege_bei_Alleinstehenden.pdf

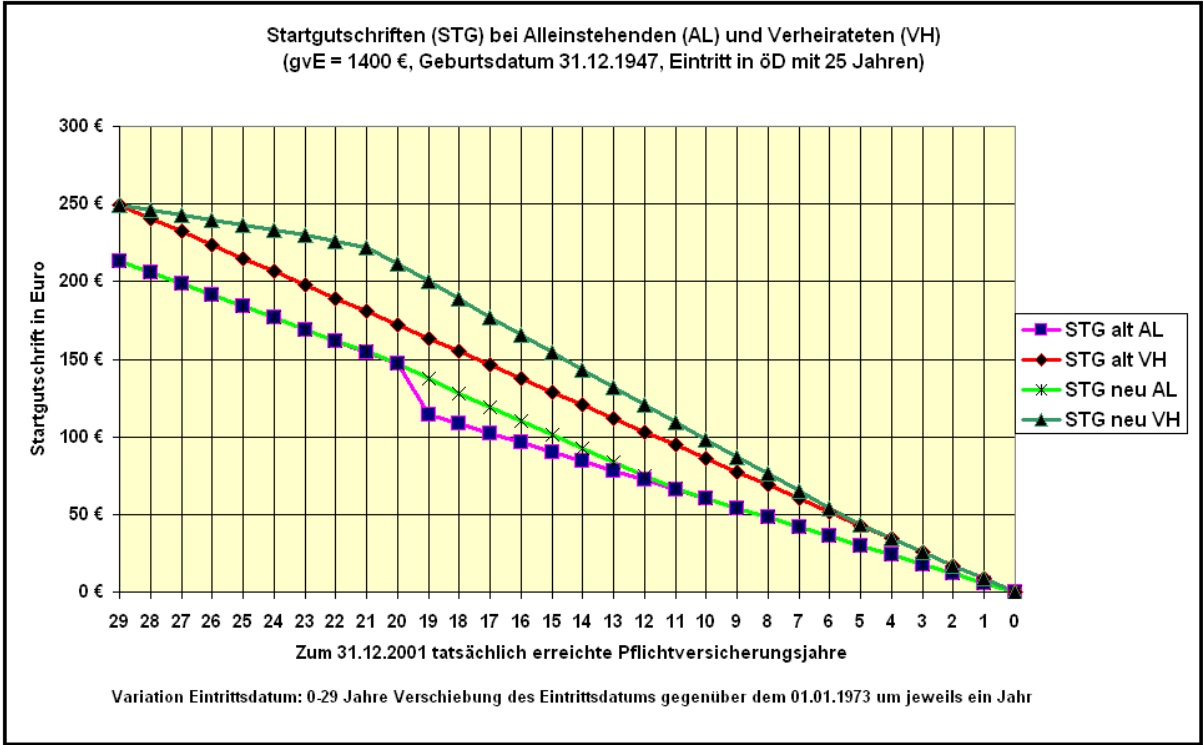


Abbildung 4: Bisherige und neue Startgutschriften für alleinstehende und verheiratete Späteinsteiger im Vergleich (gvE 1400 €) (Demonstrationsbeispiel)

| | 1.400 € | 1.400 € | 1.400 € | 1.400 € | 1.400 € | 1.400 € | 1.400 € | 1.400 € | 1.400 € | 1.400 € | 1.400 € |
|----|---------------|---------------|---------------|---------------|---------------|----------------|---------------|------------------------------|------------------------------|----------------|----------------|
| m | STG alt AL | STG neu AL | STG alt VH | STG neu VH | ZQ AL in % | Zuschlag VH | ZQ VH in % | Verlust AL/VH alt in € | Verlust AL/VH neu in € | VQ alt in % | VQ neu in % |
| 29 | 213,44 € | 213,44 € | 249,46 € | 249,46 € | 0,0% | 0,00 € | 0,0% | 36,02 € | 36,02 € | 14,4% | 14,4% |
| 28 | 206,08 € | 206,08 € | 240,86 € | 245,79 € | 0,0% | 4,93 € | 2,0% | 34,78 € | 39,71 € | 14,4% | 16,2% |
| 27 | 198,72 € | 198,72 € | 232,25 € | 242,96 € | 0,0% | 10,71 € | 4,6% | 33,53 € | 44,24 € | 14,4% | 18,2% |
| 26 | 191,36 € | 191,36 € | 223,65 € | 239,98 € | 0,0% | 16,33 € | 7,3% | 32,29 € | 48,62 € | 14,4% | 20,3% |
| 25 | 184,00 € | 184,00 € | 215,05 € | 236,80 € | 0,0% | 21,75 € | 10,1% | 31,05 € | 52,80 € | 14,4% | 22,3% |
| 24 | 176,64 € | 176,64 € | 206,45 € | 233,48 € | 0,0% | 27,03 € | 13,1% | 29,81 € | 56,84 € | 14,4% | 24,3% |
| 23 | 169,28 € | 169,28 € | 197,85 € | 229,96 € | 0,0% | 32,11 € | 16,2% | 28,57 € | 60,68 € | 14,4% | 26,4% |
| 22 | 161,92 € | 161,92 € | 189,24 € | 226,21 € | 0,0% | 36,97 € | 19,5% | 27,32 € | 64,29 € | 14,4% | 28,4% |
| 21 | 154,56 € | 155,31 € | 180,64 € | 222,24 € | 0,5% | 41,60 € | 23,0% | 26,08 € | 66,93 € | 14,4% | 30,1% |
| 20 | 147,20 € | 147,20 € | 172,04 € | 211,49 € | 0,0% | 39,45 € | 22,9% | 24,84 € | 64,29 € | 14,4% | 30,4% |
| 19 | 114,22 € | 137,29 € | 163,44 € | 200,04 € | 20,2% | 36,60 € | 22,4% | 49,22 € | 62,75 € | 30,1% | 31,4% |
| 18 | 108,20 € | 128,09 € | 154,84 € | 188,64 € | 18,4% | 33,80 € | 21,8% | 46,64 € | 60,55 € | 30,1% | 32,1% |
| 17 | 102,19 € | 119,01 € | 146,23 € | 177,29 € | 16,5% | 31,06 € | 21,2% | 44,04 € | 58,28 € | 30,1% | 32,9% |
| 16 | 96,18 € | 109,99 € | 137,63 € | 165,93 € | 14,4% | 28,30 € | 20,6% | 41,45 € | 55,94 € | 30,1% | 33,7% |
| 15 | 90,17 € | 101,04 € | 129,03 € | 154,57 € | 12,1% | 25,54 € | 19,8% | 38,86 € | 53,53 € | 30,1% | 34,6% |
| 14 | 84,16 € | 92,27 € | 120,43 € | 143,29 € | 9,6% | 22,86 € | 19,0% | 36,27 € | 51,02 € | 30,1% | 35,6% |
| 13 | 78,15 € | 83,58 € | 111,83 € | 132,00 € | 6,9% | 20,17 € | 18,0% | 33,68 € | 48,42 € | 30,1% | 36,7% |
| 12 | 72,14 € | 75,01 € | 103,22 € | 120,71 € | 4,0% | 17,49 € | 16,9% | 31,08 € | 45,70 € | 30,1% | 37,9% |
| 11 | 66,12 € | 66,66 € | 94,62 € | 109,54 € | 0,8% | 14,92 € | 15,8% | 28,50 € | 42,88 € | 30,1% | 39,1% |
| 10 | 60,11 € | 60,11 € | 86,02 € | 98,34 € | 0,0% | 12,32 € | 14,3% | 25,91 € | 38,23 € | 30,1% | 38,9% |
| 9 | 54,10 € | 54,10 € | 77,42 € | 87,19 € | 0,0% | 9,77 € | 12,6% | 23,32 € | 33,09 € | 30,1% | 38,0% |
| 8 | 48,09 € | 48,09 € | 68,82 € | 76,10 € | 0,0% | 7,28 € | 10,6% | 20,73 € | 28,01 € | 30,1% | 36,8% |
| 7 | 42,08 € | 42,08 € | 60,21 € | 65,10 € | 0,0% | 4,89 € | 8,1% | 18,13 € | 23,02 € | 30,1% | 35,4% |
| 6 | 36,07 € | 36,07 € | 51,61 € | 54,13 € | 0,0% | 2,52 € | 4,9% | 15,54 € | 18,06 € | 30,1% | 33,4% |
| 5 | 30,06 € | 30,06 € | 43,01 € | 43,26 € | 0,0% | 0,25 € | 0,6% | 12,95 € | 13,20 € | 30,1% | 30,5% |
| 4 | 24,05 € | 24,05 € | 34,41 € | 34,41 € | 0,0% | 0,00 € | 0,0% | 10,36 € | 10,36 € | 30,1% | 30,1% |
| 3 | 18,03 € | 18,03 € | 25,81 € | 25,81 € | 0,0% | 0,00 € | 0,0% | 7,78 € | 7,78 € | 30,1% | 30,1% |
| 2 | 12,02 € | 12,02 € | 17,20 € | 17,20 € | 0,0% | 0,00 € | 0,0% | 5,18 € | 5,18 € | 30,1% | 30,1% |
| 1 | 6,01 € | 6,01 € | 8,60 € | 8,60 € | 0,0% | 0,00 € | 0,0% | 2,59 € | 2,59 € | 30,1% | 30,1% |
| 0 | 0,00 € | 0,00 € | 0,00 € | 0,00 € | 0,0% | 0,00 € | 0,0% | 0,00 € | 0,00 € | 0,0% | 0,0% |

Tabelle 8: Steigende Verluste für alleinstehende Späteinsteiger (gVE 1400 €)
(Demonstrationsbeispiel: geboren 31.12.1947, gesamtversorgungsfähiges Entgelt 1.400 €, alleinstehend bzw. verheiratet am 31.12.2001, Eintritt in den öffentlichen Dienst ab 1.1.1973)

m = Anzahl der bis zum 31.12.2001 erreichten Pflichtversicherungsjahre
STG alt AL = bisherige Startgutschrift für am 31.12.2001 alleinstehende Rentenferne
(die blau hintergrund-gefärbten Beträge als Mindeststartgutschrift,
die übrigen als Formelbetrag orange hintergrund-gefärbt)
STG alt VH = bisherige Startgutschrift für am 31.12.2001 verheiratete Rentenferne
als Formelbetrag orange hintergrund-gefärbt)
STG neu VH = neue Startgutschrift für verheiratete Rentenferne nach Neuregelung
als Formelbetrag orange hintergrund-gefärbt)
ZQ = Zuschlagsquote (Zuschlag für Alleinstehende bzw. Verheiratete in % der bisherigen
Startgutschrift)
VQ = Verlustquote (alter bzw. neuer Verlust für Alleinstehende in % der bisherigen bzw. neuen
Startgutschrift für Verheiratete)

Das gesamtversorgungsfähige Vollzeit-Entgelt (gvE) der Klägerin wurde in Kapitel 2.1.3 geschätzt zu 1.107,20 €.

Selbst noch bis zu einem gvE von 1.400 € werden alte und neue Startgutschrift komplett dominiert durch den **Formelbetrag** nach § 18 Abs. 2 Nr. 2 BetrAVG (orange STG-alt VH/STG-neu VH – Spalten der Tabelle 8).

Der Formelbetrag nach § 18 Abs. 2 Nr. 1 BetrAVG ist bei einem geschätzten Vollzeit-gvE von 1.107,20 € deutlich größer als die Mindestrente nach § 18 Abs. 2 Nr. 4 BetrAVG bzw. die Mindeststartgutschrift nach § 9 Abs. 3 ATV.

Der Klagefall ordnet sich somit systematisch ein in diejenige Fallgruppe von geringverdienenden (bis gvE 1.400€) verheirateten rentenfernen Versicherten, deren alte und neue Startgutschrift komplett durch den Formelbetrag bestimmt wird.

2.2. Erkenntnisse aus den Grunddaten der Klägerin

Erkenntnis A:

Startgutschrift (alt) der verheirateten Klägerin wird bestimmt durch den Formelbetrag nach § 18 Abs. 2 Nr. 2 BetrAVG in Höhe von 76,82 €.

Erkenntnis B:

Das Näherungsverfahren zur Ermittlung der gesetzlichen Rente wird nur wirksam bei der Berechnung der Größe <Formelbetrag nach § 18 Abs. 2 Nr. 2 BetrAVG>.

Im Klagefall wurde die Startgutschrift durch den Formelbetrag ermittelt, nicht jedoch bestimmt durch die Mindestrente nach § 18 Abs. 2 Nr. 4 BetrAVG bzw. die Mindeststartgutschrift nach § 9 Abs. 3 ATV.

Die Klägerin ist also von der juristischen Diskussion um die Vorteile/Nachteile der Anwendung des Näherungsverfahrens zur gesetzlichen Rente betroffen. Ohne Kenntnis der tatsächlichen gesetzlichen Rente bei Erreichen des 65. Lebensjahres ist ein Vergleich mit der fiktiv hochgerechneten gesetzlichen Rente nach dem Näherungsverfahren eigentlich prinzipiell nicht möglich.

Im Klagefall wurde lt. Gericht die fiktive gesetzliche Näherungsrente zu 493,44 € ermittelt.

Das geschätzte maßgebliche gvE von 1.107,20 € des Klägerin in 2001 liegt niedriger als die Beitragsbemessungsgrenze (BBG) (4448,24 €) in 2001. Arbeitnehmer und Arbeitgeber zahlen auch bei deutlich höheren monatlichen Entgelten nur bis zum Höchstsatz des BBG in die gesetzliche Rentenversicherung ein. D.h. Ab monatlichen Entgelten von 4.448,24 € und höher werden dennoch höchstens 1.600,50 € Näherungsrente von der persönlichen Nettogesamtversorgung abgezogen.

Ob im Klagefall Vorteile oder Nachteile durch den Ansatz der Näherungsrente überwiegen, wäre zu untersuchen.

Erkenntnis C:

Die Klägerin ist auch betroffen von der Diskussion um die bis zum Stichtag 31.12.2001 bereits erreichten Pflichtversicherungsjahre (**m**) und theoretisch bis zum Rentenbeginn erreichbaren Pflichtversicherungsjahre (**n**) und der daraus resultierenden Vergleichsdiskussion um § 18 BetrAVG ($m \times 2,25\%$) bzw. § 2 BetrAVG (m/n bzw. $m/n - 7,5\%$), da es im Klagefall auf den alten bzw. neuen Formelbetrag ankommt.

Die verheiratete rentenferne Klägerin ist nicht systematisch von einem Zuschlag auf seine alte Startgutschrift ausgeschlossen, da sie erst nach dem vollendeten 25. Lebensjahr in die Pflichtversicherung der Zusatzversorgungskasse eingetreten ist.

Randbemerkung zum Familienstand:

Die Satzungsgeber (wie auch Gerichte) vermeiden meist Hinweise auf die am Stichtag 31.12.2001 vorliegende fiktive Steuerklasse, sprich um den am 31.12.2001 geltenden Familienstand.

Damit umgeht man jedoch die sachlogische und juristische Auseinandersetzung um die Besonderheiten für am Stichtag **rentenferne Alleinstehende**, denn die Neuregelung der rentenfernen Startgutschriften nach dem 30.05.2011 hält einige Systemfehler bereit.

Für die Bestimmung der alten Startgutschrift bei Verheirateten ist vor allem der Formelbetrag nach § 18 Abs. 2 Nr. 2 BetrAVG wirksam.

Es wurde bei der Satzungsänderung nach dem 30.05.2011 offenbar nur auf eine Modifikation des Formelbetrages abgestellt, das Augenmerk jedoch nicht auch auf die Wirkung (den Einfluss) von Mindestrente und Mindeststartgutschrift gelegt, die großen Einfluss auf die Bestimmung der alten Startgutschrift bei Alleinstehenden haben.

2.3. Kürzung der Nettogesamtversorgung im Klagefall

Die Voll-Leistung wird bis einschließlich 32 erreichbaren Pflichtversicherungsjahren (**n**) infolge der Halbanrechnung noch nicht gekürzt. Zu den 32 Pflichtversicherungsjahren (**n**) wird nämlich die Hälfte der nicht durch Umlagejahre gedeckten Jahre zwischen dem 17. und 65. Lebensjahr hinzugezählt. Also gilt: 32 Pflichtversicherungsjahre + $\frac{1}{2}$ von $(48 - 32)$ Jahre = $32 + \frac{1}{2}$ von 16 = $32 + 8 = 40$ Jahre. Da der Nettoversorgungssatz von maximal 91,75 % nach der linearen Staffel ab 40 Jahren erreicht wird, bleiben Nettoversorgungssatz, Nettogesamtversorgung und Voll-Leistung unangetastet. Die von der Nettogesamtversorgung abzuziehende gesetzliche Näherungsrente wird nicht gekürzt.

Aus der Systemfehler-Studie von Fischer/Siepe¹¹ (Auszüge kann man nachlesen in **Anlage 3** des vorliegenden Standpunkts) ist ersichtlich:

¹¹ http://www.startgutschriften-arge.de/6/Systemfehler_Langfassung.pdf

Bei einem Eintrittsalter von mehr als 33 Jahren erfolgt eine **Kürzung der Nettogesamtversorgung**, indem das bisherige Nettoarbeitsentgelt mit einem im Vergleich zum Höchstsatz (91,75 % des Nettoarbeitsentgelts ggf. 91,75 % x GBQ) niedrigeren Nettoversorgungssatz multipliziert wird. Da aber gleichzeitig die von der Nettogesamtversorgung abzuziehende Nahrungsrente nicht gekürzt wird, sinkt die Voll-Leistung relativ stark insbesondere bei Durchschnittsverdienern.

In der Praxis wären Zusatzberechnungen nach § 33 Abs. 1a Nr. 2 ATV für ein Eintrittsalter von nicht mehr als 33 Jahren entbehrlich, da die Voll-Leistung bei einem Eintrittsalter bis zu 33 Jahre überhaupt nicht gekürzt wird. Begründung: Bei einem Eintrittsalter von 25 bis 33 Jahre liegt die bis zum vollendeten 65. Lebensjahr erreichbare Pflichtversicherungszeit (**n**) zwischen **40** und 32 Jahren. Da bei der Ermittlung der gesamtversorgungsfähigen Zeit (**gvZ**) noch die Hälfte der Zeit vom vollendeten 17. Lebensjahr bis zum Eintrittsalter von 25 bis 33 Jahren hinzugezählt wird, kommen noch 4 bis 8 Jahre hinzu, so dass sich die gesamtversorgungsfähige Zeit auf 44 und 40 Jahre erhöht.

Die Berechnung der individuellen persönlichen Voll-Leistung ist daher nur bei einem Eintrittsalter von mehr als 33 Jahren erforderlich.

Die Klägerin war als **Späteinsteigerin** mit 33 Jahren und 4,5 Monaten eine am 31.12.2001 verheiratete Rentenferne, daher wird ihr im Klagefall die Nettogesamtversorgung gekürzt.

Nach Tabelle 3 des Klagefalls wird das aus der Betrachtung ihrer gesamtversorgungsfähigen Zeit (gvZ) von 39,81 Jahren und ihres Eintrittsalters (EA) von 33,375 Jahren in den öffentlichen Dienst deutlich:

Eintrittsalter(EA) = 33,375 Jahre

$gvZ = 65 - EA + 0,5(EA - 17) = 31,625 + 0,5 \times 16,375 = 39,81 < 40$

$39,8125 \times 2,294 \% \times GBQ = 91,33 \% \times 0,51 = 46,58$

d.h. der für die Klägerin maßgebliche Nettoversorgungssatz (NVS) von 46,58 %, ist leicht gegenüber dem für sie maximal möglichen Satz (lt. Startgutschriftbescheid) von 91,75 % x GBQ = 46,97 % gekürzt und dem zufolge verringert sich die Voll-Leistung von 302,48 € auf 298,84 €.

Modifikationen der Voll-Leistung führen – unabhängig vom konkreten Klagefall - zu teilweise grotesken Auswirkungen.

- Es gibt keinen Zuschlag für verheiratete Durchschnitts- und Höherverdiener mit Eintrittsalter ab 41 Jahre
- Verheiratete Spitzenverdiener unter den Späteinsteigern erhalten sehr hohe Zuschläge, während die Durchschnittsverdiener fast immer leer ausgehen.
- Für alleinstehende Durchschnitts- und Höherverdiener errechnen sich nach der Neuregelung in bestimmten Fällen sogar negative neue persönliche Voll-Leistungen

(siehe dazu auch Textauszüge in **Anlage 3** des vorliegenden Standpunkts).

3. Ausgewählte Anmerkungen zum OLG-Urteil

Das Urteil des Oberlandesgerichts München (Az: 25 U 3827/14) vom 22.05.2014 bezieht Stellung zu den von der Klägerin angemahnten Klagepunkten.

Inwieweit die dort vorgebrachte gerichtliche Argumentation höchstrichterlich Bestand haben wird, ist abzuwarten.

Die Autoren beschränken sich einige Randnummern des Urteils.

Dazu wird in Kapitel 3.1 zunächst die Struktur des Urteils des Oberlandesgerichts in Stichworten tabellarisch dargestellt.

In Kapitel 3.2 werden dann einige Randnummern zitiert.

3.1. Struktur des OLG-Urteils

| Randnummern | Stichworte |
|-------------|--|
| 1 | Verbale klägerische Bitte um erneute Erklärung der Unverbindlichkeit der geänderten BVK – Satzung für rentenferne Versicherte |
| 2 | Angabe einiger Versicherungsdaten des Klagefalls |
| 3-6 | Beschreibung der aktuellen Satzungslage incl. der Zuschlags-/Vergleichsberechnung |
| 7 | Angabe weiterer Versicherungsdaten des Klagefalls (Startgutschrift, gesetzl. Näherungsrente usw. |
| 8-10 | Zusammenfassung der Ablehnungsgründe der Vorinstanz (Landgericht) |
| 11-13 | Zusammenfassung der Berufungsgründe der Klägerin |
| 14-17 | Klageanträge |
| 18-19 | Anträge zur Klageabweisung durch Beklagte (BVK) |
| 20-21 | Zusammenfassung der Klageabweisungs - begründung der Beklagten (BVK) |
| 22-26 | Aussagen des OLG München zur Zulässigkeit und Begründetheit der Klage |
| 27-28 | Bereits das Bestehen einer Verbesserungsmöglichkeit, die bei Verbindlichkeit der Startgutschrift entfallen würde, reicht als Nachteil aus, um eine rechtlich erhebliche Betroffenheit der Klägerin zu begründen. |
| 29-31 | Die Anforderungen an eine verfassungsrechtliche individuelle Beschwerde sind andere als die an das zivilrechtliche |

| | |
|-------|---|
| | Feststellungsinteresse; jedenfalls liegt keine unzulässige „Popularklage“ (abstrakte Normenkontrollklage) in dem Sinne vor, dass es der Klägerin um die Klärung abstrakter Rechtsfragen oder sie nicht unmittelbar betreffender Rechtsverhältnisse ginge. |
| 32-33 | Das OLG München erkennt keine Rechtsverletzungen in Bezug auf Eigentum |
| 34 | Übergangsregelungen weiterhin mit Gleichheitsgrundrecht nicht vereinbar |
| 35-36 | Tarifautonomie, Einschätzungsprärogative |
| 37-39 | Begründung des OLG München incl. Interpretation der BGH Entscheidung IV ZR 74/06; Strukturelle Mängel der Übergangsregelungen sind nicht behoben |
| 40-46 | Kritische inhaltlich-systematische Auseinandersetzung mit den ablehnenden Entscheidungsgründen der Vorinstanz Erläuterung des systematischen Ausschlusses bestimmter Gruppen rentenferner Versicherter von einem Zuschlag |
| 47 | Der Abzug von 7,5 Prozentpunkten ist nicht durch das BGH-Urteil IV ZR 74/06 zu rechtfertigen |
| 48-49 | Keine Rechtfertigung für den Ausschluss von rentenfernen Versicherten ab Jahrgang 1961 von einem Zuschlag |
| 50 | Im Rahmen der Tarifautonomie haben die Tarifparteien aus verschiedenen ihnen zur Verfügung stehenden Lösungswegen einen zu wählen, der den vom BGH festgestellten, bislang nicht behobenen strukturellen Mangel behebt. |
| 51 | Aussagen des OLG München zur qualitativen und quantitativen Beurteilung des Näherungsverfahrens bei der pauschalen Ermittlung der gesetzlichen Rente |
| 52-62 | Erläuterung von Prozesskostenfragen |

Tabelle 9: Randnummern mit Stichworten zum OLG - Urteil 25 U 3827/14

3.2. Zum Urteil des OLG München 25 U 3827/14

3.2.1. Kernaussagen des OLG-Urteils

RdNr. 12:

Die Berufung tritt der Verneinung bereits des Feststellungsinteresses durch das Landgericht entgegen. Die Klägerin habe einen Anspruch auf eine verfassungskonforme Berechnung ihrer Rentenanwartschaften und brauche nicht hinzunehmen, dass die Berechnung auf Basis einer verfassungswidrig erkannten Norm erfolgt sei. Da auf das Urteil des BGH hin keine ordnungsgemäße Nachbesserung der Satzungsregelungen erfolgt sei, verbleibe es bei der Rechtswidrigkeit der ergangenen Ausgangsbescheide. Zur Begründetheit wiederholt und vertieft die Klägerin ihr erstinstanzliches Vorbringen, dass die von den Tarifvertragsparteien getroffenen neuen Vereinbarungen sowie die von den Zusatzversorgungskassen generierten neuen Satzungsregelungen den Vorgaben des BGH aus dem Urteil vom 14.11.2007 in keiner Weise Genüge leisten würden. Die in den Neuregelungen implizierten strukturellen Mängel qualifizierten diese erneut wegen sachwidriger Ungleichbehandlung bestimmter Gruppen - insbesondere der „jüngeren Späteinsteiger“ - als verfassungswidrig, was erneut zur Rechtswidrigkeit und damit Unverbindlichkeit aller den rentenfern Versicherten erteilten Überprüfungsberechnungen führe. Dabei stützt sich die Klägerin nunmehr ergänzend auf ein nach der hier angefochtenen Entscheidung ergangenes Urteil des OLG Karlsruhe vom 18.12.2014, Az. 12 U 104/14. In diesem wird - wie schon in mehreren Urteilen der 23. und 7. Zivilkammer des Landgerichts Berlin in 2013 und 2014 zu vergleichbaren Fällen - sowohl ein Feststellungsinteresse unabhängig davon bejaht, ob der jeweilige Kläger zu dem nach BGH gleichheitssatzwidrig benachteiligten Personenkreis gehört, als auch in der Sache eine auf dem neuen Vergleichsmodell beruhende Startgutschrift für unverbindlich erklärt, da der ursprüngliche gleichheitswidrige strukturelle Mangel durch die konkrete Ausgestaltung der Neuregelung nicht behoben worden sei. Die Ausführungen des OLG Karlsruhe seien überzeugend. Die Neuregelung setze zumindest für einen beachtlichen Teil der sogenannten Späteinsteiger die vom BGH festgestellte Ungleichbehandlung fort, was zum einen durch die Struktur des Vergleichsmodells bedingt, zum anderen durch Anwendung des eingefügten Schwellenwerts von 7,5 % vorgegeben sei. Dies belege auch der eigene Vortrag der Zusatzversorgungskasse und die Berechnungen des OLG Karlsruhe. Die Neuregelungen seien als Nachbesserungsregelungen zu qualifizieren. Es sei den Tarifparteien im Rahmen ihrer Einschätzungsprärogative und ihrer Beurteilungs- und Bewertungsspielräume nicht erlaubt gewesen, einen bereits in einem gerichtlichen Verfahren festgestellten Gleichheitsverstoß nur für einen Teil des betroffenen Personenkreises und für diesen nur mit Einschränkungen zu korrigieren. Daneben hält die Klägerin ihre weiteren Einwendungen gegen die Neuregelung in Hinblick auf die ausschließliche Anwendung des Näherungsverfahrens sowie in Hinblick auf eine behauptete Verletzung des Eigentumsschutzes aufrecht.

RdNr. 26-29

...Die Parteien streiten über die Wirksamkeit der Überprüfungsberechnung der Startgutschrift der Klägerin, die nach Änderung des Tarifvertrages und der entsprechenden Satzung auf die BGH-Entscheidung vom 14.11.2007 hin erfolgt ist, und durch die die Beklagte den Wert der zum Umstellungsstichtag erlangten

Rentenanwartschaft der Klägerin in Form einer verbindlichen Startgutschrift festschreiben möchte. Die Beklagte berührt sich insofern eines Rechts gegenüber der Klägerin und ein Feststellungsurteil wie beantragt ist geeignet, diese Gefahr zu beseitigen.

Dies ergibt sich aus folgendem: Der Bundesgerichtshof hat in der vorangegangenen Entscheidung die Startgutschriften für die rentenfernen Versicherten wegen Verstoßes gegen den Gleichheitssatz für unverbindlich erklärt und den Tarifvertragsparteien bzw. den Versorgungseinrichtungen eine Neuregelung und „Heilung“ aufgegeben. Diese sollte durch die erfolgte Änderung des Tarifvertrages und der Satzung der jeweiligen Zusatzversorgungskasse erreicht werden. Die streitgegenständliche Überprüfungsrechnung bestätigt in Umsetzung dieser Vorgaben die ursprüngliche Startgutschrift - ergänzt um einen (geringen) Zuschlag. Wenn nun aber die zur Heilung unternommene Satzungsänderung - wie von der Klägerin behauptet - ihrerseits wieder zum Teil gegen Art. 3 GG verstößt, wäre die Übergangsregelung für die rentenfernen Versicherten erneut insgesamt nicht wirksam und wären damit die auf dieser Basis errechneten, bestätigten Startgutschriften mangels ausreichender Rechtsgrundlage unverbindlich. Den Tarifvertragsparteien stünden dann wiederum - wie bereits nach dem BGH-Urteil aus dem Jahr 2007 - zahlreiche Wege offen, eine erkannte Verfassungswidrigkeit zu beheben. In diesem Rahmen bestünde auch für die Klägerin bei Unverbindlichkeit der streitgegenständlichen Startgutschrift zumindest die Möglichkeit, dass sie im Zuge einer weiteren Neuregelung eine Besserstellung erfährt. Für die Zulässigkeit der Feststellungsklage genügt diese jedenfalls nicht fernliegende Möglichkeit, nicht erforderlich ist insoweit eine Gewissheit (ebenso OLG Karlsruhe, Urteil vom 18.12.2014 - 12 U 104/14, Rn. 36, 37 bei juris).

Die Klägerin macht insofern ein eigenes rechtliches Interesse geltend, es geht ihr um die Verbindlichkeit der ihr erteilten Startgutschrift und die etwaige Verkürzung ihrer eigenen Zusatzrentenansprüche, falls eine gleichheitssatzkonforme Neuregelung zu einer höheren Berechnung ihrer Anwartschaft bis zur Systemumstellung führen würde als die bisherige. Dass eine verfassungskonforme Neuregelung zu einer Besserstellung auch der Klägerin führen könnte, zeigt bereits der Umstand, dass diese bereits im Zuge des jetzigen Vergleichsmodells einen Zuschlag zur ursprünglichen Startgutschrift erhalten hat, der beispielsweise bei Entfallen oder einer Verringerung des 7,5 % - Abschlags höher wäre. Bereits das Bestehen einer solchen Verbesserungsmöglichkeit, die bei Verbindlichkeit der Startgutschrift entfallen würde, reicht als Nachteil aus, um eine rechtlich erhebliche Betroffenheit der Klägerin zu begründen.

Dagegen kann die Beklagte auch nicht mit Erfolg einwenden, dass das Bundesverfassungsgericht in Beschlüssen vom 08.05.2012, Az. 1 BvR 1065/03 und 1 BvR 1082/03, Verfassungsbeschwerden von Versicherten mangels ausreichend substantiierten Vortrags zur individuellen Beschwer bezüglich Art. 3 GG als unzulässig ansah. Die Anforderungen an eine verfassungsrechtliche individuelle Beschwer sind andere als die an das zivilrechtliche Feststellungsinteresse; jedenfalls liegt nach obigen Ausführungen keine unzulässige „Popularklage“ (abstrakte Normenkontrollklage) in dem Sinne vor, dass es der Klägerin um die Klärung abstrakter Rechtsfragen oder sie nicht unmittelbar betreffender Rechtsverhältnisse ginge.

RdNr. 40-41

Auch der hiesige Senat versteht - wie das OLG Karlsruhe - die Ausführungen des Bundesgerichtshofs dahin, dass das bisherige Übergangsrecht einer Überprüfung am Maßstab des Gleichheitsgrundrechts nicht standhält, weil auch Versicherte, die nach ihrer Schulentlassung eine für den angestrebten Beruf im öffentlichen Dienst notwendige Ausbildung sofort begonnen und zügig abgeschlossen, sodann eine zusatzversorgungspflichtige Beschäftigung aufgenommen und bis zur Systemumstellung fortgesetzt haben, keine Startgutschrift erhalten, mit der sie den 100%-Wert noch erreichen könnten und sie insoweit ohne rechtfertigenden Grund anders behandelt werden als Versicherte, auf die diese Annahmen nicht zutreffen, die also etwa unmittelbar nach Schulentlassung eine duale Ausbildung im öffentlichen Dienst begonnen haben. Anders gewendet lag bisher eine Regelung vor, bei der wesentlich Gleiches - nämlich Treue zum öffentlichen Dienst von der Schulentlassung bis zur Systemumstellung - bei der Ermittlung der Startgutschriften ungleich behandelt wurde, abhängig davon, wie lange die - von der Ausbildungsdauer abhängige - Zeit der Berufstätigkeit war.

Der so verstandene strukturelle Mangel wird durch das mit § 73 Abs. 1a der Satzung der Beklagten eingeführte Vergleichsmodell - schon unter Zugrundelegung des eigenen Vorbringens der Beklagten - nicht behoben. Der Senat teilt im Wesentlichen die im Urteil des OLG Karlsruhe (unter Ziffer B. 3. b) aa) und bb), Rn. 50 - 72 bei juris) ausführlich dargelegte Auffassung, dass durch das Vergleichsmodell in seiner konkreten Ausgestaltung mit dem Abzug bzw. Schwellenwert von 7,5 %-Punkten weiterhin relevante und abgrenzbare Gruppen Versicherter ohne rechtfertigenden Grund vom Erreichen des 100 %-Wertes ausgeschlossen sind. Auf diese Ausführungen des OLG Karlsruhe wird zunächst Bezug genommen.

RdNr. 44-50

Zu beanstanden ist jedoch die Einführung eines Abzugs von 7,5 %-Punkten in die Vergleichsberechnung, die - rechnerisch belegbar, vgl. OLG Karlsruhe aaO, und von der Beklagten in der Berufung nicht bestritten - dazu führt, dass einerseits Versicherte der Jahrgänge 1948 ff., die mit 25 Jahren oder jünger bei der Beklagten pflichtversichert worden sind, und andererseits alle Versicherten der Geburtsjahrgänge 1961 und jünger keinen Zuschlag auf die bisherige Startgutschrift erhalten. Denn eine sachliche Rechtfertigung für diesen Abschlag bzw. Schwellenwert ist entgegen der Auffassung der Beklagten, die als Späteinsteiger im Sinne der BGH-Rechtsprechung nur solche ansehen will, die erst nach Vollendung des 25. Lebensjahrs in den öffentlichen Dienst eingetreten sind, auch unter Berücksichtigung der Beurteilungs-, Bewertungs- und Gestaltungsspielräume der Tarifpartner nicht erkennbar. Das erkennbare Bestreben der Beklagten, die finanzielle Zusatzbelastung durch die Neuregelung möglichst gering zu halten und daher die modifizierte Anwendung des § 2 Abs. 1 Satz 1 BetrAVG mit weiteren, möglichst pauschalierten Korrekturfaktoren zu versehen, ist zwar als solches nicht zu beanstanden. Ein derartiger Korrekturfaktor muss aber bei genereller Betrachtung trotzdem geeignet sein, dem von der Ausgangsentscheidung des BGH festgestellten Gleichheitsverstoß abzuhelpen - und daher ein Mindestmaß an Zielgenauigkeit erfüllen. Das ist bei dem 7,5 %-Abzug jedoch nicht der Fall.

Für die Annahme der Beklagten, als benachteiligte Späteinsteiger im Sinne der BGH-Entscheidung vom 14.11.2007 seien nur solche rentenferne Versicherte zu betrachten, die erst nach Vollendung des 25. Lebensjahres in den öffentlichen Dienst

eingetreten sind, bietet diese Entscheidung keine Grundlage. Rechnerisch sind beim Erfordernis von 44,44 Pflichtversicherungsjahren zum Erreichen der Volleistung von der gerügten Nichterreichbarkeit trotz Treue zum öffentlichen Dienst ab der Schulentlassung bis zum 65. Lebensjahr bereits Versicherte ab einem Eintrittsalter von 20,56 Jahren betroffen. Bei Ansatz einer Altersgrenze von 25 Jahren werden gerade typische Späteinsteiger, die nach dem Schulabschluss zügig ihre für den Eintritt in den öffentlichen Dienst erforderliche Ausbildung, sei es ein Studium oder auch eine Meisterausbildung, durchgeführt haben und dann nach einer Ausbildungsdauer von 3, 5 oder auch 7 Jahren noch vor Erreichen des 26. Lebensjahres in den öffentlichen Dienst eingetreten sind, von einem Zuschlag völlig ausgeschlossen. Wer beispielsweise nach einem „normalen“ Studium mit 23 Jahren in den öffentlichen Dienst eingetreten ist und in diesem bis zum 65. Lebensjahr verbleibt, bekommt wegen des 7,5 %-Abzugs keinen Zuschlag, kann aber weiterhin wegen der lediglich 42 verbleibenden Pflichtversicherungsjahre höchstens 94,5 % der Volleistung erreichen. Gerade der Personenkreis, der ersichtlich im Fokus der Entscheidung des Bundesgerichtshofs stand, wird also weiter gleichheitswidrig gegenüber solchen Pflichtversicherten benachteiligt, die unmittelbar nach Beendigung der Schulausbildung versicherungspflichtig in den öffentlichen Dienst eingetreten sind und dort eine Ausbildung absolviert haben oder ohne weitere Ausbildung tätig waren. Denn Letztere haben rechnerisch ohne Weiteres die Möglichkeit, eine Vollrente zu erreichen. Bei Ersteren wirkt sich die nach der Entscheidung des Bundesgerichtshofes vom 14.11.2007 durch § 73 Abs. 1a der Satzung der Beklagten vorgenommene Korrektur überhaupt nicht aus, so dass für sie nach wie vor keine rechnerische Möglichkeit besteht, der Vollrente auch nur näherzukommen.

Lediglich Versicherte, die überproportional lange in einer solchen Ausbildung waren oder zwischendurch Auszeiten eingelegt hatten und daher - oder auch aus irgendwelchen sonstigen Gründen - bei Eintritt in den öffentlichen Dienst 26 Jahre oder älter waren, werden durch die zusätzliche Startgutschrift in einem gewissen Umfang (auch bei ihnen wird durch den 7,5 %-Abzug die Ausbildungszeit nur zum Teil berücksichtigt) begünstigt.

Diese Ungleichbehandlung ist nicht durch sachliche Gründe geboten. Der 7,5 %-Abzug verringert zwar die finanzielle Belastung, die sich für die Beklagte durch die Vergleichsberechnung entsprechend § 2 Abs. 1 Satz 1 BetrAVG für später in den öffentlichen Dienst eingetretene Versicherte ergibt. Dieser Gesichtspunkt mag es rechtfertigen, die vom BGH erkannten überproportionalen Nachteile für die betroffenen Personengruppe nur begrenzt auszugleichen. Ein vernünftiger, aus der Natur der Sache folgender oder sonst sachlich einleuchtender Grund für die gerade beschriebene Differenzierung lässt sich jedoch - auch unter Berücksichtigung der Beurteilungs-, Bewertungs- und Gestaltungsspielräume der Tarifpartner - nicht erkennen. Es handelt sich auch nicht um eine Belastung, die nur unter Schwierigkeiten vermeidbar wäre, lediglich eine verhältnismäßig kleine Zahl von Personen betrifft und bei der der Verstoß gegen den Gleichheitssatz nicht sehr intensiv wäre.

Darüber hinaus kommen auch Versicherte ab dem Jahrgang 1961 aus rechnerischen Gründen überhaupt nicht in den Genuss einer zusätzlichen Startgutschrift, ohne dass hierfür ausreichende sachliche Gründe ersichtlich wären. Entgegen der Auffassung der Beklagten kann allein die Überlegung, dass ältere Versicherte als schutzwürdiger

angesehen werden können als jüngere, da Letztere eher die Möglichkeit haben, weitere Anwartschaften aufzubauen, oder die, dass jüngere Arbeitnehmer teilweise erst die Mindestrente erreicht hatten, die vorliegende Ausschlussregelung nicht rechtfertigen. Diese Frage ist anders zu beurteilen als die Einführung der Stichtagsregelung mit der grundsätzlichen Unterscheidung rentennaher und rentenferner Versicherter. Überlegungen zur allgemeinen Schutzwürdigkeit können es rechtfertigen, insgesamt in das Betriebsrentenniveau jüngerer Versicherter stärker einzugreifen als in dasjenige älterer Versicherter. Hier geht es aber darum, dass durch die Neuregelung gezielt dem gleichheitssatzwidrigen strukturellen Mangel einer überproportionalen Benachteiligung rentenferner Versicherter mit langen Ausbildungszeiten gegenüber anderen rentenfernen Versicherten abgeholfen werden sollte - das muss systematisch in sich stimmig erfolgen (so auch OLG Karlsruhe, aaO, Rn. 60).

Auch sonstige rechtfertigende Gründe für die vorliegende Regelung sind nicht ersichtlich; dass sich solche etwa aus praktischen oder finanziellen Erfordernissen heraus ergeben könnten, wie beispielsweise Vereinfachungserfordernissen in Hinblick auf den Verwaltungsaufwand oder auf fehlende Finanzierungsmöglichkeiten, wurde von der Beklagten nicht dargelegt.

Der nach wie vor bestehende Verstoß der Übergangsregelung gegen den Gleichheitssatz führt dazu, dass - wie mit dem Hauptantrag beantragt - die von der Beklagten erteilte Startgutschrift für unverbindlich zu erklären ist.....

Das Oberlandesgericht München äußert sich im Gegensatz zum Piloturteil des Oberlandesgerichts Karlsruhe nicht dazu, ob für rentenferne Versicherte z. Zt. eine Härtefallregelung getroffen werden kann oder nicht.

Zum Härtefall-Ausgleich:

Das OLG Karlsruhe nimmt in seinem Urteil vom 20.12.2007 (Az. 12 U 100/06) Bezug auf die BGH-Entscheidung und interpretiert sie hinsichtlich des Härtefallausgleichs in Einzelfällen wie folgt (siehe RdNr. 65): „Des weiteren hat der BGH (Az. IV ZR 74/06) einen Härtefall in Einzelfällen für möglich gehalten, soweit er den Tarifparteien aufgegeben hat, die von ihm für unwirksam erachtete Startgutschriftregelung für die rentenfernen Jahrgänge zu überarbeiten (siehe Seiten 57 und 67 des BGH-Urteils unter B III 4g und C III)“.

Bei der Überarbeitung der unwirksamen Startgutschrift-Berechnung für die rentenfernen Jahrgänge hätten die Tarifparteien also auch eine Härtefallregelung für Einzelfälle treffen können. Dies ist aber nicht erfolgt, da sich die Neuregelung ausschließlich auf § 33 Abs. 1a ATV inkl. Protokollnotiz dazu beschränkt. Daher müssen künftig Land- und Oberlandesgerichte wie beispielsweise das OLG Karlsruhe weiterhin entscheiden, ob ein Härtefallausgleich in Einzelfällen infrage kommt.

Bislang sehen sich Landgerichte und Oberlandesgerichte außerstande, Härtefälle für rentenferne Versicherte – wegen einer fehlenden verfassungskonformen und noch nicht rechtsgültigen Satzung für Rentenferne zu entscheiden, wie aus einem Hinweisbeschluss des OLG Karlsruhe zum Az. 12 U 418/14 vom 22.04.2015 hervorgeht:

„Die Frage, ob im Falle des Klägers von einem Härtefall auszugehen ist, lässt sich auf Basis der Rechtsansicht des Senats (vgl. Urteil vom 18.12.2014 - 12 U 104/14) nicht beurteilen, da die VBLS für die Berechnung der Startgutschriften rentenferner Jahrgänge nicht verfassungskonform sein dürfte. Erst wenn feststeht, wie die Startgutschrift des Klägers zu berechnen ist, kann beurteilt werden, ob der Kläger unverhältnismäßig schwer von der Satzungsänderung betroffen ist.“

Internetquelle des vorliegenden Dokuments:

http://www.startgutschriften-arge.de/3/SP_Einschaetzungen_zu_25_U_3827_14.pdf

Tabellenverzeichnis

| | |
|---|----|
| Tabelle 1: Zuschlagsquote I bei fehlender Kürzung von m/n | 11 |
| Tabelle 2: Zuschlagsquote II bei Kürzung von m/n um 7,5 Prozentpunkte | 12 |
| Tabelle 3: Zusammenfassung der Ergebnisse der Überprüfung des Klagefalls | 24 |
| Tabelle 4: Näherungsweise Zusammenhang von gvE und NR | 26 |
| Tabelle 5: Beispiel: Berechnungsschema der gesetzl. Rente..... | 27 |
| Tabelle 6: Mindestrente in Prozent des gvE p.a..... | 28 |
| Tabelle 7: Näherungsweise Startgutschrift in Prozent und € pro Jahr..... | 30 |
| Tabelle 8: Steigende Verluste für alleinstehende Späteinsteiger (gvE 1400 €) | 39 |
| Tabelle 9: Randnummern mit Stichworten zum OLG - Urteil 25 U 3827/14 | 44 |
| Tabelle 10: Legendenübersicht zur Zuschlagsberechnung..... | 61 |
| Tabelle 11: Indirekter Beweis für Eintritt in den ö.D. mit exakt 25 Jahren..... | 62 |
| Tabelle 12: Beispiel rentenferner Versicherter mit Eintritt in den ö.D. ab 1972 | 63 |
| Tabelle 13: Indirekter Beweis für Eintritt in den ö.D. mit 21 Jahren | 64 |
| Tabelle 14: Beispiel rentenferner Versicherter mit Eintritt in den ö.D. ab 1968 | 64 |
| Tabelle 15: Legendenübersicht zur Zuschlagsberechnung..... | 65 |
| Tabelle 16: Indirekter Beweis für Eintritt in den ö.D. mit 40 Jahren | 66 |
| Tabelle 17: Beispiel für am 01.01.1961 geborene rentenferne Versicherte | 67 |
| Tabelle 18: Beispiel für am 01.01.1962 geborene rentenferne Versicherte | 68 |
| Tabelle 19: Zuschlag bei Eintritt in den ö.D. mit 32 Jahren und Geburtsdatum 01.01.1960..... | 69 |

Abbildungsverzeichnis

| | |
|---|----|
| Abbildung 1: Visualisierung der Startgutschrift in Prozent pro Jahr | 31 |
| Abbildung 2: Kein Zuschlag für Rentenferne mit Eintrittsalter 25 oder jünger..... | 35 |
| Abbildung 3: Wie die Zuschlagsquoten für jüngere Späteinsteiger sinken | 36 |
| Abbildung 4: Bisherige und neue Startgutschriften für alleinstehende und | 38 |

Anlage A: Bedingungen für einen Zuschlag zur Startgutschrift

Anhang A1: Notwendige Bedingung für einen Zuschlag zur Startgutschrift

Gemäß der jeweils neuesten ZVK – Satzung erfolgt eine Vergleichsberechnung der Versorgungsätze (v.H. Sätze) nach § 18 BetrAVG und § 2 BetrAVG (Unverfallbarkeitsfaktor).

Es findet also nach Wunsch der Satzungsgeber eine Vermischung des Unverfallbarkeitsfaktors nach § 2 BetrAVG mit der übrigen Formel nach § 18 BetrAVG statt, die bis zur Berechnung der Voll-Leistung nicht geändert wird. Ferner werden 7,5 Prozentpunkte vom Unverfallbarkeitsfaktor abgezogen.

Die aktuellen ZVK - Satzungen, die diesen Vergleich aufgenommen haben, sind bisher noch nicht einer endgültigen gerichtlichen Überprüfung unterzogen worden.

Es gibt inzwischen eine kostenlose, unabhängige und sehr schnelle Nachprüfungsmöglichkeit der rentenfernen Startgutschrift incl. der Zuschlagsberechnung wie auch einer rentennahen Startgutschrift:

http://www.startgutschriften-arge.de/7/Fischer_STG.zip

http://www.startgutschriften-arge.de/7/Fischer_ZV.zip

Kleiner Exkurs:

Die Satzungsgeber machen einen Vergleich von Versorgungsprozentsätzen nach § 18 BetrAVG und § 2 BetrAVG.

Der Versorgungsprozentsatz nach § 18 BetrAVG beträgt 2,25 % pro Jahr der Pflichtversicherung. Nach 44,44.... Jahren wären 100 % erreicht (oder anders: $100/44,44.. = 2,25$ Punkte pro Jahr)

Man vergleicht nach § 18 BetrAVG den Quotienten aus erreichten Pflichtversicherungsjahre (m) und $44,44.. <m/44,44..>$

mit einem Quotienten nach § 2 BetrAVG (Unverfallbarkeitsquotient) aus (m) und bis zum 65.+0 LJ theoretisch erreichbaren Pflichtversicherungsjahre (n), $<m/n>$

Also: $m/44,44.. < m/n$ oder $m*100/44,44.. < 100*m/n$

Oder $m*2.25 < 100*m/n$ oder $0,0225*m < m/n$

Die Satzungsgeber haben festgelegt, dass der Versorgungsprozentsatz nach § 2 BetrAVG um 7,5 Prozentpunkte vermindert werden und erst dann ein Vergleich mit dem verdienten Versorgungsprozentsatz nach § 18 BetrAVG stattfindet:

Zuschlag nach Willen der Satzungsgeber nur dann, wenn

$$\boxed{0,0225*m < m/n - 0,075 \quad \text{oder} \quad m/n - 0,0225*m - 0,075 > 0 \quad (\text{wenn } n \geq 32)}$$

Das ist die notwendige Zuschlagsbedingung für $n \geq 32$.

Grundsätzlich gilt: Ist der rentenferne Pflichtversicherte bis zum vollendeten 33. Lebensjahr in den öffentlichen Dienst eingetreten, wird die pauschale Voll-Leistung nach § 18 Abs. 2 Nr. 1 BetrAVG nicht gekürzt. Späteinsteiger mit einem Eintrittsalter von 26 bis 33 Jahren kommen somit in den „Genuss“ eines gegenüber dem Anteilssatz nach § 18 BetrAVG deutlich höheren Unverfallbarkeitsfaktors nach Abzug von 7,5 Prozentpunkten. Die bisher nach § 18 Abs. 2 Nr. 1 BetrAVG ermittelte Voll-Leistung ändert sich also nicht.

Nur in **Sonderfällen** mit einem Eintrittsalter von mehr als 33 Jahren erfolgt eine Kürzung der Voll-Leistung. Sicherlich stellen rentenferne Pflichtversicherte, die erst nach vollendetem 33. Lebensjahr in den öffentlichen Dienst eingetreten sind, die Ausnahme dar. In diesem eher atypischen Fall sind also weniger als 32 Pflichtversicherungsjahre bis zum Rentenbeginn erreichbar.

Die notwendige Bedingung für einen Zuschlag wird zwar bei fast allen Späteinsteigern der Jahrgänge 1947 bis 1960 mit einem Eintrittsalter von mehr als 33 Jahren erfüllt, da der Unverfallbarkeitsfaktor auch nach Abzug von 7,5 Prozentpunkten mehr oder minder deutlich über dem Anteilssatz nach § 18 Abs. 2 Nr. 1 BetrAVG liegt.

Allerdings wird eine hochkomplizierte Zusatzberechnung fällig, an deren Ende eine gekürzte Voll-Leistung steht, auf die dann der höhere Berechnungssatz (Unverfallbarkeitsfaktor minus 7,5 Prozentpunkte) angewandt wird.

Anhang A2: Notwendige Bedingung Zuschlag zur Startgutschrift (mathem. Analyse)

Mathematische Analyse des sog. „Hebler“-Effekts (siehe § 33 Abs.1a Satz 1 Nr. 1 und 2 ATV)

Unverfallbarkeitsfaktor nach § 2 Abs. 1 Satz 1 BetrAVG

./ 7,5 Prozentpunkte

./ vom-Hundert-Satz nach § 18 Abs. 2 Nr. 1 Satz 1 BetrAVG

= Abweichung nach Abzug von 7,5 Prozentpunkten

also:

$$A = m/n - 0,075 - m \times 0,0225$$

mit A = Abweichung nach Abzug von 7,5 Prozentpunkten

m/n = Unverfallbarkeitsfaktor in % nach § 2 Abs. 1 Satz 1 BetrAVG

m = bis zum 31.12.2001 erreichte Pflichtversicherungsjahre

n = bis zum vollendeten 65. Lebensjahr erreichbare Pflichtversicherungsjahre

- 0,075 = Abzug von 7,5 Prozentpunkten

m x 0,0225 = bis zum 31.12.2001 erreichte Pflichtversicherungsjahre x Anteilssatz nach § 18 Abs. 2 Nr. 1 Satz 1 BetrAVG

Division von A durch m ergibt:

$$1/n - 0,075/m - 0,0225 = 1/n - 0,0225 - 0,075/m$$

notwendige Bedingung für einen Zuschlag ist:

$$1/n - 0,0225 - 0,075/m > 0 \text{ bzw. } 1/n - 0,0225 > 0,075/m$$

Fallunterscheidungen:

- 1.) $n \geq 40 \wedge m < 30$: $1/n - 0,0225 = \max. 0,0025$ und $0,075/m > 0,0025$, also ist die notwendige Bedingung nicht erfüllt, Zuschlag auf bisherige Startgutschrift ist ausgeschlossen
- 2.) $32 < n < 40$: Zuschlag auf Formelbetrag nach § 18 Abs. 2 Nr. 1 BetrAVG möglich, falls $1/n - 0,0225 > 0,075/m$ mit $n = m + 10 + J - 1947 + M/12$,
J = Geburtsjahrgang (1947 bis 1961) und M = Geburtsmonat (1 für Jan. bis 12 für Dez.)
- 3.) $n < 32$: Bedingung für einen Zuschlag hängt von Zusatzberechnungen ab, da eine Kürzung von Nettoversorgungssatz, Nettog Gesamtversorgung und Voll-Leistung in Abhängigkeit von der Gesamtversorgungsfähigen Zeit erfolgt (siehe § 33 Abs. 1a Satz 1 Nummer 2 ATV)

Anhang A3: Orientierungsrahmen für Zuschlagsbedingung

Bei einem Eintritt in den öffentlichen Dienst vor dem 25. Lebensjahr oder ab Jahrgang 1961 gibt es grundsätzlich keinen Zuschlag. Einen Zuschlag bei Eintritt in den öD nach dem 25. Lebensjahr kann es für alleinstehende Rentenferne mit Steuerklasse I/0 am 31.12.2001 nur in den seltenen Fällen bei Höher- und Spitzenverdienern geben, wenn die nach der Formel in § 18 Abs. 2 BetrAVG ermittelte Startgutschrift über dem Mindestbetrag nach historischen Entgelten und der Mindeststartgutschrift (Soziale Komponenten) liegt.

Das lässt sich auch leicht beweisen (siehe Tabelle mit dem Orientierungsrahmen 3).

Man kann Studien von Fischer / Siepe heranziehen, um die obige Aussage zu belegen und dort auch weitere klassifizierende Feststellungen treffen. Andererseits ist es auch möglich, die notwendige Bedingung („Hebler-Effekt“, siehe Anhang A2) für einen Zuschlag zur Startgutschrift zu visualisieren. Dabei helfen sogenannte **„Orientierungsrahmen“** für die Grunddaten von rentenfernen Versicherten (siehe die folgenden Tabellen).

| Orientierungsrahmen 1 für die persönlichen Grunddaten bei der rentenfreien Startgutschrift | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | |
|---|------|------|------|------|------|------|------|------|------|------|------|------|------|------|------|------|------|------|------|------|------|------|------|------|------|------|------|------|------|------|------|
| Geburtsjahrgang, Eintrittsjahr(EA) in ZVK, erreichbare ZVK-Jahre(bis 65+0 LJ) und ZVK-Eintrittsjahr | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | |
| EA | 20 | 21 | 22 | 23 | 24 | 25 | 26 | 27 | 28 | 29 | 30 | 31 | 32 | 33 | 34 | 35 | 36 | 37 | 38 | 39 | 40 | 41 | 42 | 43 | 44 | 45 | 46 | 47 | 48 | 49 | 50 |
| n | 45 | 44 | 43 | 42 | 41 | 40 | 39 | 38 | 37 | 36 | 35 | 34 | 33 | 32 | 31 | 30 | 29 | 28 | 27 | 26 | 25 | 24 | 23 | 22 | 21 | 20 | 19 | 18 | 17 | 16 | 15 |
| 1947 | 1967 | 1968 | 1969 | 1970 | 1971 | 1972 | 1973 | 1974 | 1975 | 1976 | 1977 | 1978 | 1979 | 1980 | 1981 | 1982 | 1983 | 1984 | 1985 | 1986 | 1987 | 1988 | 1989 | 1990 | 1991 | 1992 | 1993 | 1994 | 1995 | 1996 | 1997 |
| 1948 | 1968 | 1969 | 1970 | 1971 | 1972 | 1973 | 1974 | 1975 | 1976 | 1977 | 1978 | 1979 | 1980 | 1981 | 1982 | 1983 | 1984 | 1985 | 1986 | 1987 | 1988 | 1989 | 1990 | 1991 | 1992 | 1993 | 1994 | 1995 | 1996 | 1997 | 1998 |
| 1949 | 1969 | 1970 | 1971 | 1972 | 1973 | 1974 | 1975 | 1976 | 1977 | 1978 | 1979 | 1980 | 1981 | 1982 | 1983 | 1984 | 1985 | 1986 | 1987 | 1988 | 1989 | 1990 | 1991 | 1992 | 1993 | 1994 | 1995 | 1996 | 1997 | 1998 | 1999 |
| 1950 | 1970 | 1971 | 1972 | 1973 | 1974 | 1975 | 1976 | 1977 | 1978 | 1979 | 1980 | 1981 | 1982 | 1983 | 1984 | 1985 | 1986 | 1987 | 1988 | 1989 | 1990 | 1991 | 1992 | 1993 | 1994 | 1995 | 1996 | 1997 | 1998 | 1999 | 2000 |
| 1951 | 1971 | 1972 | 1973 | 1974 | 1975 | 1976 | 1977 | 1978 | 1979 | 1980 | 1981 | 1982 | 1983 | 1984 | 1985 | 1986 | 1987 | 1988 | 1989 | 1990 | 1991 | 1992 | 1993 | 1994 | 1995 | 1996 | 1997 | 1998 | 1999 | 2000 | 2001 |
| 1952 | 1972 | 1973 | 1974 | 1975 | 1976 | 1977 | 1978 | 1979 | 1980 | 1981 | 1982 | 1983 | 1984 | 1985 | 1986 | 1987 | 1988 | 1989 | 1990 | 1991 | 1992 | 1993 | 1994 | 1995 | 1996 | 1997 | 1998 | 1999 | 2000 | 2001 | 2002 |
| 1953 | 1973 | 1974 | 1975 | 1976 | 1977 | 1978 | 1979 | 1980 | 1981 | 1982 | 1983 | 1984 | 1985 | 1986 | 1987 | 1988 | 1989 | 1990 | 1991 | 1992 | 1993 | 1994 | 1995 | 1996 | 1997 | 1998 | 1999 | 2000 | 2001 | 2002 | 2003 |
| 1954 | 1974 | 1975 | 1976 | 1977 | 1978 | 1979 | 1980 | 1981 | 1982 | 1983 | 1984 | 1985 | 1986 | 1987 | 1988 | 1989 | 1990 | 1991 | 1992 | 1993 | 1994 | 1995 | 1996 | 1997 | 1998 | 1999 | 2000 | 2001 | 2002 | 2003 | 2004 |
| 1955 | 1975 | 1976 | 1977 | 1978 | 1979 | 1980 | 1981 | 1982 | 1983 | 1984 | 1985 | 1986 | 1987 | 1988 | 1989 | 1990 | 1991 | 1992 | 1993 | 1994 | 1995 | 1996 | 1997 | 1998 | 1999 | 2000 | 2001 | 2002 | 2003 | 2004 | 2005 |
| 1956 | 1976 | 1977 | 1978 | 1979 | 1980 | 1981 | 1982 | 1983 | 1984 | 1985 | 1986 | 1987 | 1988 | 1989 | 1990 | 1991 | 1992 | 1993 | 1994 | 1995 | 1996 | 1997 | 1998 | 1999 | 2000 | 2001 | 2002 | 2003 | 2004 | 2005 | 2006 |
| 1957 | 1977 | 1978 | 1979 | 1980 | 1981 | 1982 | 1983 | 1984 | 1985 | 1986 | 1987 | 1988 | 1989 | 1990 | 1991 | 1992 | 1993 | 1994 | 1995 | 1996 | 1997 | 1998 | 1999 | 2000 | 2001 | 2002 | 2003 | 2004 | 2005 | 2006 | 2007 |
| 1958 | 1978 | 1979 | 1980 | 1981 | 1982 | 1983 | 1984 | 1985 | 1986 | 1987 | 1988 | 1989 | 1990 | 1991 | 1992 | 1993 | 1994 | 1995 | 1996 | 1997 | 1998 | 1999 | 2000 | 2001 | 2002 | 2003 | 2004 | 2005 | 2006 | 2007 | 2008 |
| 1959 | 1979 | 1980 | 1981 | 1982 | 1983 | 1984 | 1985 | 1986 | 1987 | 1988 | 1989 | 1990 | 1991 | 1992 | 1993 | 1994 | 1995 | 1996 | 1997 | 1998 | 1999 | 2000 | 2001 | 2002 | 2003 | 2004 | 2005 | 2006 | 2007 | 2008 | 2009 |
| 1960 | 1980 | 1981 | 1982 | 1983 | 1984 | 1985 | 1986 | 1987 | 1988 | 1989 | 1990 | 1991 | 1992 | 1993 | 1994 | 1995 | 1996 | 1997 | 1998 | 1999 | 2000 | 2001 | 2002 | 2003 | 2004 | 2005 | 2006 | 2007 | 2008 | 2009 | 2010 |
| 1961 | 1981 | 1982 | 1983 | 1984 | 1985 | 1986 | 1987 | 1988 | 1989 | 1990 | 1991 | 1992 | 1993 | 1994 | 1995 | 1996 | 1997 | 1998 | 1999 | 2000 | 2001 | 2002 | 2003 | 2004 | 2005 | 2006 | 2007 | 2008 | 2009 | 2010 | 2011 |
| 1962 | 1982 | 1983 | 1984 | 1985 | 1986 | 1987 | 1988 | 1989 | 1990 | 1991 | 1992 | 1993 | 1994 | 1995 | 1996 | 1997 | 1998 | 1999 | 2000 | 2001 | 2002 | 2003 | 2004 | 2005 | 2006 | 2007 | 2008 | 2009 | 2010 | 2011 | 2012 |
| 1963 | 1983 | 1984 | 1985 | 1986 | 1987 | 1988 | 1989 | 1990 | 1991 | 1992 | 1993 | 1994 | 1995 | 1996 | 1997 | 1998 | 1999 | 2000 | 2001 | 2002 | 2003 | 2004 | 2005 | 2006 | 2007 | 2008 | 2009 | 2010 | 2011 | 2012 | 2013 |
| 1964 | 1984 | 1985 | 1986 | 1987 | 1988 | 1989 | 1990 | 1991 | 1992 | 1993 | 1994 | 1995 | 1996 | 1997 | 1998 | 1999 | 2000 | 2001 | 2002 | 2003 | 2004 | 2005 | 2006 | 2007 | 2008 | 2009 | 2010 | 2011 | 2012 | 2013 | 2014 |
| 1965 | 1985 | 1986 | 1987 | 1988 | 1989 | 1990 | 1991 | 1992 | 1993 | 1994 | 1995 | 1996 | 1997 | 1998 | 1999 | 2000 | 2001 | 2002 | 2003 | 2004 | 2005 | 2006 | 2007 | 2008 | 2009 | 2010 | 2011 | 2012 | 2013 | 2014 | 2015 |
| 1966 | 1986 | 1987 | 1988 | 1989 | 1990 | 1991 | 1992 | 1993 | 1994 | 1995 | 1996 | 1997 | 1998 | 1999 | 2000 | 2001 | 2002 | 2003 | 2004 | 2005 | 2006 | 2007 | 2008 | 2009 | 2010 | 2011 | 2012 | 2013 | 2014 | 2015 | 2016 |
| 1967 | 1987 | 1988 | 1989 | 1990 | 1991 | 1992 | 1993 | 1994 | 1995 | 1996 | 1997 | 1998 | 1999 | 2000 | 2001 | 2002 | 2003 | 2004 | 2005 | 2006 | 2007 | 2008 | 2009 | 2010 | 2011 | 2012 | 2013 | 2014 | 2015 | 2016 | 2017 |
| 1968 | 1988 | 1989 | 1990 | 1991 | 1992 | 1993 | 1994 | 1995 | 1996 | 1997 | 1998 | 1999 | 2000 | 2001 | 2002 | 2003 | 2004 | 2005 | 2006 | 2007 | 2008 | 2009 | 2010 | 2011 | 2012 | 2013 | 2014 | 2015 | 2016 | 2017 | 2018 |
| 1969 | 1989 | 1990 | 1991 | 1992 | 1993 | 1994 | 1995 | 1996 | 1997 | 1998 | 1999 | 2000 | 2001 | 2002 | 2003 | 2004 | 2005 | 2006 | 2007 | 2008 | 2009 | 2010 | 2011 | 2012 | 2013 | 2014 | 2015 | 2016 | 2017 | 2018 | 2019 |
| 1970 | 1990 | 1991 | 1992 | 1993 | 1994 | 1995 | 1996 | 1997 | 1998 | 1999 | 2000 | 2001 | 2002 | 2003 | 2004 | 2005 | 2006 | 2007 | 2008 | 2009 | 2010 | 2011 | 2012 | 2013 | 2014 | 2015 | 2016 | 2017 | 2018 | 2019 | 2020 |

Tabelle: Orientierungsrahmen 1 für Grunddaten

| Orientierungsrahmen 2 für die persönlichen Grunddaten bei der rentenfreien Startgutschrift | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | |
|--|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|
| Geburtsjahrgang, Eintrittsalter (EA) in ZVK-erreichbare ZVK-Jahre (p) bis 65+0 LJ, bis 1.01.2002 erreichte ZVK-Jahre (m) | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | |
| EA | 20 | 21 | 22 | 23 | 24 | 25 | 26 | 27 | 28 | 29 | 30 | 31 | 32 | 33 | 34 | 35 | 36 | 37 | 38 | 39 | 40 | 41 | 42 | 43 | 44 | 45 | 46 | 47 | 48 | 49 | 50 |
| n | 45 | 44 | 43 | 42 | 41 | 40 | 39 | 38 | 37 | 36 | 35 | 34 | 33 | 32 | 31 | 30 | 29 | 28 | 27 | 26 | 25 | 24 | 23 | 22 | 21 | 20 | 19 | 18 | 17 | 16 | 15 |
| 1947 | 35 | 34 | 33 | 32 | 31 | 30 | 29 | 28 | 27 | 26 | 25 | 24 | 23 | 22 | 21 | 20 | 19 | 18 | 17 | 16 | 15 | 14 | 13 | 12 | 11 | 10 | 9 | 8 | 7 | 6 | 5 |
| 1948 | 34 | 33 | 32 | 31 | 30 | 29 | 28 | 27 | 26 | 25 | 24 | 23 | 22 | 21 | 20 | 19 | 18 | 17 | 16 | 15 | 14 | 13 | 12 | 11 | 10 | 9 | 8 | 7 | 6 | 5 | 4 |
| 1949 | 33 | 32 | 31 | 30 | 29 | 28 | 27 | 26 | 25 | 24 | 23 | 22 | 21 | 20 | 19 | 18 | 17 | 16 | 15 | 14 | 13 | 12 | 11 | 10 | 9 | 8 | 7 | 6 | 5 | 4 | 3 |
| 1950 | 32 | 31 | 30 | 29 | 28 | 27 | 26 | 25 | 24 | 23 | 22 | 21 | 20 | 19 | 18 | 17 | 16 | 15 | 14 | 13 | 12 | 11 | 10 | 9 | 8 | 7 | 6 | 5 | 4 | 3 | 2 |
| 1951 | 31 | 30 | 29 | 28 | 27 | 26 | 25 | 24 | 23 | 22 | 21 | 20 | 19 | 18 | 17 | 16 | 15 | 14 | 13 | 12 | 11 | 10 | 9 | 8 | 7 | 6 | 5 | 4 | 3 | 2 | 1 |
| 1952 | 30 | 29 | 28 | 27 | 26 | 25 | 24 | 23 | 22 | 21 | 20 | 19 | 18 | 17 | 16 | 15 | 14 | 13 | 12 | 11 | 10 | 9 | 8 | 7 | 6 | 5 | 4 | 3 | 2 | 1 | 0 |
| 1953 | 29 | 28 | 27 | 26 | 25 | 24 | 23 | 22 | 21 | 20 | 19 | 18 | 17 | 16 | 15 | 14 | 13 | 12 | 11 | 10 | 9 | 8 | 7 | 6 | 5 | 4 | 3 | 2 | 1 | 0 | 0 |
| 1954 | 28 | 27 | 26 | 25 | 24 | 23 | 22 | 21 | 20 | 19 | 18 | 17 | 16 | 15 | 14 | 13 | 12 | 11 | 10 | 9 | 8 | 7 | 6 | 5 | 4 | 3 | 2 | 1 | 0 | 0 | 0 |
| 1955 | 27 | 26 | 25 | 24 | 23 | 22 | 21 | 20 | 19 | 18 | 17 | 16 | 15 | 14 | 13 | 12 | 11 | 10 | 9 | 8 | 7 | 6 | 5 | 4 | 3 | 2 | 1 | 0 | 0 | 0 | 0 |
| 1956 | 26 | 25 | 24 | 23 | 22 | 21 | 20 | 19 | 18 | 17 | 16 | 15 | 14 | 13 | 12 | 11 | 10 | 9 | 8 | 7 | 6 | 5 | 4 | 3 | 2 | 1 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 |
| 1957 | 25 | 24 | 23 | 22 | 21 | 20 | 19 | 18 | 17 | 16 | 15 | 14 | 13 | 12 | 11 | 10 | 9 | 8 | 7 | 6 | 5 | 4 | 3 | 2 | 1 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 |
| 1958 | 24 | 23 | 22 | 21 | 20 | 19 | 18 | 17 | 16 | 15 | 14 | 13 | 12 | 11 | 10 | 9 | 8 | 7 | 6 | 5 | 4 | 3 | 2 | 1 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 |
| 1959 | 23 | 22 | 21 | 20 | 19 | 18 | 17 | 16 | 15 | 14 | 13 | 12 | 11 | 10 | 9 | 8 | 7 | 6 | 5 | 4 | 3 | 2 | 1 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 |
| 1960 | 22 | 21 | 20 | 19 | 18 | 17 | 16 | 15 | 14 | 13 | 12 | 11 | 10 | 9 | 8 | 7 | 6 | 5 | 4 | 3 | 2 | 1 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 |
| 1961 | 21 | 20 | 19 | 18 | 17 | 16 | 15 | 14 | 13 | 12 | 11 | 10 | 9 | 8 | 7 | 6 | 5 | 4 | 3 | 2 | 1 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 |
| 1962 | 20 | 19 | 18 | 17 | 16 | 15 | 14 | 13 | 12 | 11 | 10 | 9 | 8 | 7 | 6 | 5 | 4 | 3 | 2 | 1 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 |
| 1963 | 19 | 18 | 17 | 16 | 15 | 14 | 13 | 12 | 11 | 10 | 9 | 8 | 7 | 6 | 5 | 4 | 3 | 2 | 1 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 |
| 1964 | 18 | 17 | 16 | 15 | 14 | 13 | 12 | 11 | 10 | 9 | 8 | 7 | 6 | 5 | 4 | 3 | 2 | 1 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 |
| 1965 | 17 | 16 | 15 | 14 | 13 | 12 | 11 | 10 | 9 | 8 | 7 | 6 | 5 | 4 | 3 | 2 | 1 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 |
| 1966 | 16 | 15 | 14 | 13 | 12 | 11 | 10 | 9 | 8 | 7 | 6 | 5 | 4 | 3 | 2 | 1 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 |
| 1967 | 15 | 14 | 13 | 12 | 11 | 10 | 9 | 8 | 7 | 6 | 5 | 4 | 3 | 2 | 1 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 |
| 1968 | 14 | 13 | 12 | 11 | 10 | 9 | 8 | 7 | 6 | 5 | 4 | 3 | 2 | 1 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 |
| 1969 | 13 | 12 | 11 | 10 | 9 | 8 | 7 | 6 | 5 | 4 | 3 | 2 | 1 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 |
| 1970 | 12 | 11 | 10 | 9 | 8 | 7 | 6 | 5 | 4 | 3 | 2 | 1 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 |

Tabelle: Orientierungsrahmen 2 für Grunddaten

| Orientierungsrahmen3 für die persönlichen Grunddaten bei der rentenfernen Startgutschrift | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | |
|---|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|
| Geb.Jahrgang, Eintrittsalter (EA) in ZVK,erreichbare ZVK-Jahre(n) bis 65+0 LJ ,bis 1.01.2002 erreichte ZVK-Jahre (m): Notwendige Bedingung für einen Zuschlag: $1/n - 0,0225 - 0,075/m > 0$; 1 = Bedingung erfüllt! 0 = Bedingung NICHT erfüllt! | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | |
| EA | 20 | 21 | 22 | 23 | 24 | 25 | 26 | 27 | 28 | 29 | 30 | 31 | 32 | 33 | 34 | 35 | 36 | 37 | 38 | 39 | 40 | 41 | 42 | 43 | 44 | 45 | 46 | 47 | 48 | 49 | 50 |
| n | 45 | 44 | 43 | 42 | 41 | 40 | 39 | 38 | 37 | 36 | 35 | 34 | 33 | 32 | 31 | 30 | 29 | 28 | 27 | 26 | 25 | 24 | 23 | 22 | 21 | 20 | 19 | 18 | 17 | 16 | 15 |
| 1947 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 1 | 1 | 1 | 1 | 1 | 1 | 1 | 1 | 1 | 1 | 1 | 1 | 1 | 1 | 1 | 1 | 1 | 1 | 1 | 1 | 1 | 1 | 1 | 1 | |
| 1948 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 1 | 1 | 1 | 1 | 1 | 1 | 1 | 1 | 1 | 1 | 1 | 1 | 1 | 1 | 1 | 1 | 1 | 1 | 1 | 1 | 1 | 1 | 1 | 1 | 1 |
| 1949 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 1 | 1 | 1 | 1 | 1 | 1 | 1 | 1 | 1 | 1 | 1 | 1 | 1 | 1 | 1 | 1 | 1 | 1 | 1 | 1 | 1 | 1 | 1 | 1 | 1 |
| 1950 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 1 | 1 | 1 | 1 | 1 | 1 | 1 | 1 | 1 | 1 | 1 | 1 | 1 | 1 | 1 | 1 | 1 | 1 | 1 | 1 | 1 | 1 | 1 | 1 | 1 |
| 1951 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 1 | 1 | 1 | 1 | 1 | 1 | 1 | 1 | 1 | 1 | 1 | 1 | 1 | 1 | 1 | 1 | 1 | 1 | 1 | 1 | 1 | 1 | 1 | 1 | 1 |
| 1952 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 1 | 1 | 1 | 1 | 1 | 1 | 1 | 1 | 1 | 1 | 1 | 1 | 1 | 1 | 1 | 1 | 1 | 1 | 1 | 1 | 1 | 1 | 1 | 1 | 0 |
| 1953 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 1 | 1 | 1 | 1 | 1 | 1 | 1 | 1 | 1 | 1 | 1 | 1 | 1 | 1 | 1 | 1 | 1 | 1 | 1 | 1 | 1 | 1 | 0 | 0 |
| 1954 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 1 | 1 | 1 | 1 | 1 | 1 | 1 | 1 | 1 | 1 | 1 | 1 | 1 | 1 | 1 | 1 | 1 | 1 | 1 | 1 | 1 | 1 | 0 | 0 |
| 1955 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 1 | 1 | 1 | 1 | 1 | 1 | 1 | 1 | 1 | 1 | 1 | 1 | 1 | 1 | 1 | 1 | 1 | 1 | 1 | 1 | 1 | 1 | 0 | 0 |
| 1956 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 1 | 1 | 1 | 1 | 1 | 1 | 1 | 1 | 1 | 1 | 1 | 1 | 1 | 1 | 1 | 1 | 1 | 1 | 1 | 1 | 1 | 0 | 0 |
| 1957 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 1 | 1 | 1 | 1 | 1 | 1 | 1 | 1 | 1 | 1 | 1 | 1 | 1 | 1 | 1 | 1 | 1 | 1 | 1 | 1 | 1 | 0 | 0 |
| 1958 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 1 | 1 | 1 | 1 | 1 | 1 | 1 | 1 | 1 | 1 | 1 | 1 | 1 | 1 | 1 | 1 | 1 | 1 | 1 | 1 | 0 | 0 |
| 1959 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 1 | 1 | 1 | 1 | 1 | 1 | 1 | 1 | 1 | 1 | 1 | 1 | 1 | 1 | 1 | 1 | 1 | 1 | 1 | 0 | 0 |
| 1960 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 1 | 1 | 1 | 1 | 1 | 1 | 1 | 1 | 1 | 1 | 1 | 1 | 1 | 1 | 1 | 1 | 1 | 1 | 0 | 0 |
| 1961 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 |
| 1962 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 |
| 1963 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 |
| 1964 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 |
| 1965 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 |
| 1966 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 |
| 1967 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 |
| 1968 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 |
| 1969 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 |
| 1970 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 |

Tabelle: Orientierungsrahmen 3 für Grunddaten

Wie liest man diese Orientierungsrahmen?

Beispiel für Orientierungsrahmen 1:

Rentenferner Versicherter mit Geburtsjahrgang 1947 trete mit 26 Jahren in die Pflichtversicherung der ZVK ein.

Dann kann man in der Tabelle des Orientierungsrahmens 1 nachlesen in der Spalte für Eintrittsalter (EA) 26 und Zeile für Geburtsjahrgang 1947:

- erreich**bare** ZVK – Jahre (n) bis 65+0 LJ: 39
- Eintrittsjahr in die ZVK: 1973

Beispiel für Orientierungsrahmen 2:

Rentenferner Versicherter mit Geburtsjahrgang 1947 trete mit 26 Jahren in die Pflichtversicherung der ZVK ein.

Dann kann man in der Tabelle des Orientierungsrahmens 2 nachlesen in der Spalte für Eintrittsalter (EA) 26 und Zeile für Geburtsjahrgang 1947:

- erreich**bare** ZVK – Jahre (n) bis 65+0 LJ: 39
- Bis 01.01.2002 erreichte**te** ZVK – Jahre (m): 29

Beispiel für Orientierungsrahmen 3:

Rentenferner Versicherter mit Geburtsjahrgang 1947 trete mit 26 Jahren in die Pflichtversicherung der ZVK ein.

Dann kann man in der Tabelle des Orientierungsrahmens 3 nachlesen in der Spalte für Eintrittsalter (EA) 26 und Zeile für Geburtsjahrgang 1947:

- die notwendige Bedingung für einen Zuschlag ist erfüllt

Andererseits ist aus dem Orientierungsrahmen 3 sofort ersichtlich, dass rentenferne Versicherte mit Eintrittsalter unter 25 Jahren bzw. ab Geburtsjahrgang 1961 generell vom Zuschlag ausgeschlossen sind, da die notwendige Bedingung für einen Zuschlag nicht erfüllt (NE) ist.

Anlage B: Beweis des Zuschlagsausschlusses von Versichertengruppen

(siehe auch die ausführliche Darstellung in einem Standpunkt vom April 2015¹²).

Definition

Früheinsteiger (im Gegensatz zu den Späteinsteigern nach dem TdL-Vergleichsmodell) sind rentenferne Pflichtversicherte, die frühestens am 02.01.2002 das 55. Lebensjahr vollendet hatten (also Jahrgänge ab 1947) und **bis zur** Vollendung des 25. Lebensjahres in den öffentlichen Dienst eingetreten sind, also bei Beginn der Pflichtversicherung in der Zusatzversorgung des öffentlichen Dienstes höchstens 25 Jahre (genau 25 Jahre oder jünger) alt waren.

Keine Früheinsteiger in diesem definierten Sinne sind Rentenferne, die **nach** Vollendung des 25. Lebensjahres in den öffentlichen Dienst eingetreten sind, also bei Beginn der Pflichtversicherung beispielsweise 25 Jahre und 4 Monate oder 26 Jahre alt waren. Sie zählen ausnahmslos zu den Späteinsteigern laut Neuregelung der rentenfernen Startgutschriften nach dem TdL-Vergleichsmodell.

Späteinsteiger sind rentenferne Pflichtversicherte, die frühestens am 02.01.2002 das 55. Lebensjahr vollendet hatten und erst **nach** dem vollendeten 25. Lebensjahr in den öffentlichen Dienst eingetreten sind.

Jüngere Späteinsteiger sind Späteinsteiger der Jahrgänge 1961 bis 1976. Im Gegensatz zu den Älteren der Jahrgänge 1947 bis 1960 gehören sie zu der „jüngeren Hälfte“ der Rentenfernen. Da sie als Späteinsteiger erst nach Vollendung des 25. Lebensjahres in den öffentlichen Dienst eingetreten sind, fallen alle Jahrgänge ab 1977, die zum Stichtag 31.12.2001 das 25. Lebensjahr noch nicht vollendet hatten, heraus.

Jüngere Späteinsteiger gehören damit zu den Jahrgängen 1961 bis 1976 und sind nach Vollendung des 25. Lebensjahres in den öffentlichen Dienst eingetreten.

Ältere Späteinsteiger sind rentenferne Späteinsteiger der Jahrgänge 1947 bis 1960. Je nach Versicherungsverlauf im öffentlichen Dienst können Zuschläge zur alten Startgutschrift anfallen oder auch nicht.

¹² http://www.startgutschriften-arge.de/3/SP_Brennpunkt_Zuschlagsproblematik.pdf

Anlage B 1: Beweis: Früheinsteiger bleiben ohne Zuschlag

Es lässt sich Folgendes behaupten und auch logisch beweisen:

Alle „echten“ Früheinsteiger im Sinne der Definition bleiben ohne Zuschlag, da der bisherige Versorgungssatz nach § 18 Abs. 2 Nr. 1 BetrAVG immer über dem neuen Versorgungssatz nach der in Anlehnung an § 2 Abs. 1 BetrAVG entwickelten TdL-Formel „Unverfallbarkeitsfaktor minus 7,5 Prozentpunkte“ liegt.

| | | |
|----------|-------------------------------------|--|
| 1 | m | bis zum 31.12.2001 erreichte Pflichtversicherungsjahre |
| 2 | $m \times 0,0225$ | Versorgungssatz nach § 18 Abs. 2 Nr. 1 BetrAVG (in Dezimalschreibweise) |
| 3 | n | bis zum vollendeten 65. Lebensjahr erreichbare Pflichtversicherungsjahre |
| 4 | m/n | Unverfallbarkeitsquotient (Verhältnis von erreichten zu erreichbaren Pflichtversicherungsjahren) |
| 5 | $m/n - 0,075$ | Unverfallbarkeitsquotient minus 7,5 Prozentpunkte (neuer Versorgungssatz nach dem TdL-Modell in Dezimalschreibweise) |

Tabelle 10: Legendenübersicht zur Zuschlagsberechnung

Gemäß der Neuregelung (z.B. § 33 Absatz 1a ATV) der Tarifparteien vom 30.05.2011 bei der Zusatzversorgung für rentenferne Pflichtversicherte kann es nur dann einen Zuschlag geben (notwendige Bedingung), wenn der neue Versorgungssatz (sog. Vergleichsversorgungssatz) über dem alten liegt, also

$$m/n - 0,075 > m \times 0,0225$$

d.h. der Inhalt von Zeile 5, Spalte 2, muss größer sein als der in Zeile 2, Spalte 2.

Kann ein Früheinsteiger im Sinne der obigen Definition diese Bedingung wirklich erfüllen?

Für den Früheinsteiger im obigen Sinne muss gelten $n \geq 40$, da der Eintritt in den öffentlichen Dienst bei Früheinsteigern bis zum vollendeten 25. Lebensjahr erfolgt sein muss und er daher mindestens 40 Pflichtversicherungsjahre bis zum vollendeten 65. Lebensjahr erreichen kann.

Es wird nun durch die „**Reductio ad absurdum**“ („**Indirekter Beweis**“) nach den elementaren Gesetzen der Logik gezeigt, dass es **keinen Zuschlag für Früheinsteiger** im oben definierten Sinne geben kann.

Die Reductio ad absurdum

Bei der Reductio ad absurdum wird eine Aussage widerlegt, indem gezeigt wird, dass aus ihr ein logischer Widerspruch oder ein Widerspruch zu einer bereits anerkannten These folgt.

Als Beweistechnik ist die **reductio ad absurdum** unter der Bezeichnung „indirekter Beweis“ oder „Widerspruchsbeweis“ bekannt. Der indirekte Beweis ist dadurch gekennzeichnet, dass man die zu beweisende Aussage nicht direkt herleitet, sondern dass man ihr kontradiktorisches Gegenteil (d. h. die Annahme, dass die Aussage nicht zutrefte) widerlegt.

In der klassischen Logik, in der jede Aussage entweder wahr oder falsch ist, ist mit diesem Widerlegen des Gegenteils einer Aussage gezeigt, dass die betroffene Aussage korrekt ist.

Indirekter Beweis (Beweis durch Widerspruch für die gegenteilige Annahme, dass einige Früheinsteiger doch einen Zuschlag erhalten)

1. Fall: n = 40 (also Eintritt in den öD mit exakt 25 Jahren)
(n + 25 = 65)

Annahme (kontradiktorisches Gegenteil):

Wer mit exakt 25 Jahren in den öD eingetreten ist, bekommt einen Zuschlag, also

$$m/n - 0,075 > m \times 0,0225 \text{ (notwendige Bedingung für einen Zuschlag)}$$

für **n = 40** (vom 25. bis zum 65. Lebensjahr im ö.D.) heißt das dann:

| | |
|--|--|
| $m/40 - 0,075 > m \times 0,0225$ | Nun werden beide Seiten mit 40 multipliziert |
| $m - 3 > m \times 0,9$ $m - 3 > 0,9m$ | Nun fügt man jeder Seite hinzu: (-0,9m + 3) |
| $0,1m > 3$ | Beide Seiten werden mit 10 multipliziert |
| m > 30 | |

Tabelle 11: Indirekter Beweis für Eintritt in den ö.D. mit exakt 25 Jahren

Das ist aber ein logischer Widerspruch bei m > 30 Jahre !!!

m kann bei rentenfernen Pflichtversicherten mit Eintrittsalter 25 Jahre nicht größer als 30 sein (siehe auch die folgende Tabelle für einige rentenferne Jahrgänge).

Oder mit anderen Worten:

Die obige gegenteilige Annahme („Es gibt doch einen Zuschlag“) ist falsch, also ist die ursprüngliche Behauptung („Definitiv kein Zuschlag bei Eintrittsalter 25“) richtig.

Damit ist durch „Reductio ad absurdum“ („indirekter Beweis“) unwiderlegbar nach den Gesetzen der Logik bewiesen:

Alle rentenfernen Pflichtversicherten, die mit exakt 25 Jahren in den öffentlichen Dienst eingetreten sind (sog. Früheinsteiger mit 25), bleiben ohne Zuschlag.

Für verschiedene Eintrittsdaten und Geburtsdaten eines rentenfernen Pflichtversicherten mit Eintrittsalter in den ö.D. exakt zum vollendeten 25. Lebensjahr kann man verschiedene Eintrittsdaten in den ö.D. wählen und erhält dann folgende tabellarische Übersicht.

| Geb.datum | Eintr. in öD* | m** | m x 0,0225*** | m/40 – 0,075**** |
|------------------|----------------------|------------|----------------------|-------------------------|
| 2.1.1947 | 1.1.1972 | 29,92 | 67,32 % | 67,30 % |
| 1.1.1948 | 1.1.1973 | 29 | 65,25 % | 65 % |
| 1.1.1949 | 1.1.1974 | 28 | 63 % | 62,5 % |
| 1.1.1950 | 1.1.1975 | 27 | 60,75 % | 60 % |

Tabelle 12: Beispiel rentenferner Versicherter mit Eintritt in den ö.D. ab 1972

- *) Eintritt in den öffentlichen Dienst mit dem vollendeten 25. Lebensjahr (bei am 02.01.1947 geborenem Pflichtversicherten einen Tag vor dem 25. Geburtstag)
- ***) erreichte Pflichtversicherungsjahre vom Eintritt in den öD bis zum 31.12.2001
- ****) alter Versorgungssatz in Prozent nach § 18 Abs. 2 Nr. 1 BetrAVG
- *****) neuer Versorgungssatz in Prozent nach der TdL-Formel für 40 erreichbare Pflichtversicherungsjahre vom Eintritt in den öD bis zum vollend. 65. Lebensjahr

Was für die Jahrgänge 1947 bis 1950 beim Eintritt mit exakt 25 Jahren in den ö.D. gilt, trifft selbstverständlich genauso auf alle Jahrgänge ab 1951 zu.

2. Fall: n = 44 (also Eintritt in den ö.D. mit 21 Jahren)
(n + 21 = 65)

Annahme (kontradiktorisches Gegenteil):

Wer mit 21 Jahren in den ö.D. eingetreten ist, bekommt einen Zuschlag, also muss die notwendige Bedingung für einen Zuschlag erfüllt sein.

$$m/n - 0,075 > m \times 0,0225$$

Für n = 44 (vom 21. bis zum 65. Lebensjahr im ö.D.) heißt das dann:

| | |
|--|---|
| $m/44 - 0,075 > m \times 0,0225$ | Nun werden beide Seiten mit 44 multipliziert |
| $m - 3,3 > m \times 0,99$ $m - 3,3 > 0,99m$ | Nun fügt man jeder Seite hinzu: ($-0,99m + 3,3$) |
| $0,01m > 3,3$ | Beide Seiten werden mit 100 multipliziert |
| $m > 330$ | |

Tabelle 13: Indirekter Beweis für Eintritt in den ö.D. mit 21 Jahren

Das ist aber ein logischer Widerspruch bei $m > 330$ Jahre!!!

m kann nämlich bei rentenfernen Pflichtversicherten mit Eintrittsalter 21 Jahre nicht größer als 330(!!!) Jahre sein (siehe auch die folgende Tabelle für einige rentenferne Jahrgänge)

| Geb.dat. | Eintr. in öD | m | $m \times 0,0225$ | $m/44 - 0,075$ |
|-----------------|---------------------|-----------------------|-------------------------------------|----------------------------------|
| 2.1.1947 | 1.1.1968 | 33,92 | 76,32 % | 69,96 % |
| 1.1.1948 | 1.1.1969 | 33 | 74,25 % | 67,5 % |
| 1.1.1949 | 1.1.1970 | 32 | 72 % | 65,23 % |
| 1.1.1950 | 1.1.1971 | 31 | 69,75 % | 62,95 % |

Tabelle 14: Beispiel rentenferner Versicherter mit Eintritt in den ö.D. ab 1968

Der immer gleiche Widerspruch zu der Annahme, nämlich dass ein rentenferner Pflichtversicherter mit einem Eintrittsalter von weniger als 25 Jahren evtl. doch einen Zuschlag erhält, taucht auch bei einem Eintrittsalter von 22, 23 oder 24 Jahren auf.

Daher steht logisch unwiderlegbar fest:

Kein Rentenferner, der bis zum vollendeten 25. Lebensjahr in den öffentlichen Dienst eintritt, erhält einen Zuschlag.

Anlage B 2: Beweis: Jüngere Späteinsteiger bleiben ohne Zuschlag

Es lässt sich Folgendes behaupten und auch logisch beweisen:

Alle jüngeren Späteinsteiger im Sinne der Definition bleiben ohne Zuschlag, da der bisherige Versorgungssatz nach § 18 Abs. 2 Nr. 1 BetrAVG immer über dem neuen Versorgungssatz nach der in Anlehnung an § 2 Abs. 1 BetrAVG entwickelten TdL-Formel „Unverfallbarkeitsfaktor minus 7,5 Prozentpunkte“ liegt.

| | | |
|----------|--------------------|--|
| 1 | m | bis zum 31.12.2001 erreichte Pflichtversicherungsjahre |
| 2 | m x 0,0225 | Versorgungssatz nach § 18 Abs. 2 Nr. 1 BetrAVG (in Dezimalschreibweise) |
| 3 | n | bis zum vollendeten 65. Lebensjahr (65.+0)LJ erreichbare Pflichtversicherungsjahre |
| 4 | m/n | Unverfallbarkeitsquotient (Verhältnis von erreichten zu erreichbaren Pflichtversicherungsjahren) |
| 5 | m/n – 0,075 | Unverfallbarkeitsquotient minus 7,5 Prozentpunkte (neuer Versorgungssatz nach dem TdL-Modell in Dezimalschreibweise) |

Tabelle 15: Legendenübersicht zur Zuschlagsberechnung

Gemäß der Neuordnung (z.B. § 79 Absatz 1a VBLS n.F.) der Tarifparteien vom 30.05.2011 der Zusatzversorgung für rentenferne Pflichtversicherte kann es nur dann einen Zuschlag geben (notwendige Bedingung), wenn

$$m/n - 0,075 > m \times 0,0225$$

d.h. der Inhalt von Zeile 5, Spalte 2, muss größer sein als der in Zeile 2, Spalte 2.

Kann ein früher Späteinsteiger im Sinne der obigen Definition diese Bedingung wirklich erfüllen?

Für diesen frühen Späteinsteiger im obigen Sinne muss gelten **n < 40**, da der Eintritt in den öffentlichen Dienst bei Früheinsteigern nach dem vollendeten 25. Lebensjahr erfolgt sein muss und er daher nicht mehr 40 Pflichtversicherungsjahre bis zum vollendeten 65. Lebensjahr erreichen kann.

Es wird nun durch die „**Reductio ad absurdum**“ („**Indirekter Beweis**“) nach den elementaren Gesetzen der Logik gezeigt, dass es keinen Zuschlag für jüngere Späteinsteiger im oben definierten Sinne geben kann.

Die Reductio ad absurdum

Bei der Reductio ad absurdum wird eine Aussage widerlegt, indem gezeigt wird, dass aus ihr ein logischer Widerspruch oder ein Widerspruch zu einer bereits anerkannten These folgt.

Als Beweistechnik ist die reductio ad absurdum unter der Bezeichnung „indirekter Beweis“ oder „Widerspruchsbeweis“ bekannt. Der indirekte Beweis ist dadurch gekennzeichnet, dass man die zu beweisende Aussage nicht direkt herleitet, sondern dass man ihr kontradiktorisches Gegenteil (d. h. die Annahme, dass die Aussage nicht zutrefte) widerlegt.

In der klassischen Logik, in der jede Aussage entweder wahr oder falsch ist, ist mit diesem Widerlegen des Gegenteils einer Aussage gezeigt, dass die betroffene Aussage korrekt ist.

Indirekter Beweis (Beweis durch Widerspruch für die gegenteilige Annahme, dass einige jüngere Späteinsteiger doch einen Zuschlag erhalten)

1. Fall: Pflichtversicherter geboren am 01.01.1961 und n = 25

(also Eintritt in den öD erst am 1.1.2001 mit 40 Jahren.
sog. „Spätesteinsteiger“); **(n + 40 = 65)**

Annahme (kontradiktorisches Gegenteil):

Wer am 01.01.1961 geboren ist und als „Spätesteinsteiger“ erst mit 40 Jahren in den öD eingetreten ist, bekommt einen Zuschlag, also

$$m/n - 0,075 > m \times 0,0225 \text{ (notwendige Bedingung für einen Zuschlag)}$$

für **n = 25** (vom 40. bis zum 65. Lebensjahr im ö.D.) heißt das dann:

| | |
|--|---|
| $m/25 - 0,075 > m \times 0,0225$ | Nun werden beide Seiten mit 25 multipliziert |
| $m - 1,875 > m \times 0,5625$ $m - 1,875 > 0,5625m$ | Nun fügt man jeder Seite hinzu: ($-0,5625m + 1,875$) |
| $0,4375m > 1,875$ | Beide Seiten werden durch 0,4375 geteilt |
| $m > 4,28$ | |

Tabelle 16: Indirekter Beweis für Eintritt in den ö.D. mit 40 Jahren

Das ist aber ein logischer Widerspruch bei $m > 4,28$ Jahre!!!

m liegt nämlich bei rentenfernen Pflichtversicherten mit einem Eintrittsalter von 40 Jahren, die am 01.01.1961 geboren sind, nur bei 1 Jahr (siehe auch die folgende Tabelle für am 01.01.1961 geborene Späteinsteiger)

Oder mit anderen Worten:

Die obige gegenteilige Annahme (es gibt doch einen Zuschlag) ist falsch, also ist die ursprüngliche Behauptung (definitiv kein Zuschlag bei jüngeren Späteinsteigern) richtig.

Damit ist durch „Reductio ad absurdum“ („Indirekter Beweis“) unwiderlegbar nach den Gesetzen der Logik bewiesen:

Alle ab 1961 geborenen rentenfernen Pflichtversicherten, die nach Vollendung des 25. Lebensjahres in den öffentlichen Dienst eingetreten sind (sog. jüngere Späteinsteiger), bleiben ohne Zuschlag.

Für verschiedene Eintrittsalter (>25) eines am 01.01.1961 geborenen Pflichtversicherten kann man nun verschiedene Eintrittstermine in den ö.D. wählen und erhält folgende tabellarische Übersicht.

| Eintrittsalter | Eintr. in öD* | m** | $m \times 0,0225$*** | $m/n - 0,075$**** |
|-----------------------|----------------------|------------|--|-------------------------------------|
| 40 Jahre | 1.1.2001 | 1 | 2,25 % | - 3,50 % |
| 36 Jahre | 1.1.1997 | 5 | 11,25 % | 9,74 % |
| 32 Jahre | 1.1.1993 | 9 | 20,25 % | 19,77 % |
| 28 Jahre | 1.1.1989 | 13 | 29,25 % | 27,64 % |
| 27 Jahre | 1.1.1988 | 14 | 31,50 % | 29,34 % |
| 26 Jahre | 1.1.1987 | 15 | 33,75 % | 30,96 % |

Tabelle 17: Beispiel für am 01.01.1961 geborene rentenferne Versicherte (Kein Zuschlag)

- *) Eintritt in den öffentlichen Dienst bei am 01.01.1961 geborene Rentenferne, abhängig vom Eintrittsalter (nach dem vollendeten 25. Lebensjahr)
- ***) erreichte Pflichtversicherungsjahre vom Eintritt in den ö. bis zum 31.12.2001
- ****) alter Versorgungssatz in Prozent nach § 18 Abs. 2 Nr. 1 BetrAVG
- *****) neuer Versorgungssatz in Prozent nach der TdL-Formel für n erreichbare Pflichtversicherungsjahre vom Eintritt in den öD bis zum vollend. 65. Lebensjahr

Stets bleibt der Zahlenwert in der vorletzten Spalte größer als der jeweilige zugehörige Wert in der letzten Spalte (d.h. es ist $m \times 0,0225 > m/n - 0,075$), also liegt der alte Versorgungssatz nach § 18 Abs. 2 Nr. 1 BetrAVG über dem neuen Vergleichsversorgungssatz (Unverfallbarkeitsfaktor minus 7,5 Prozentpunkte) mit der Folge, dass es definitiv keinen Zuschlag für in 1961 geborene Rentenferne geben kann.

Obwohl logisch bereits bewiesen, dass jüngere Späteinsteiger des Jahrgangs 1961 keinen Zuschlag bekommen können, kann man ja dennoch testweise eine Tabelle für einen Pflichtversicherten des Jahrgangs 1962 erstellen und die zahlenmäßigen Differenzen von vorletzter Spalte ($m \times 0,0225$) und letzter Spalte ($m/n - 0,075$) bilden. Wie in diesem 2. Fall anhand nachfolgender Tabelle zu sehen ist, steigen die zahlenmäßigen Differenzen infolge des nunmehr niedrigeren neuen Vergleichsversorgungssatzes weiter an. Also sind alle jüngeren Jahrgänge ab 1962 noch weiter von einem Zuschlag auf ihre bisherige Startgutschrift entfernt.

2. Fall: Pflichtversicherter geboren am 01.01.1962

(Eintritt in den ö.D. erst nach dem vollendeten 25. Lebensjahr
sog. jüngerer „Späteinsteiger“)

| Eintrittsalter | Eintr. in öD* | m** | m x 0,0225*** | m/n – 0,075**** |
|----------------|---------------|-----|---------------|-----------------|
| 39 Jahre | 1.1.2001 | 1 | 2,25 % | - 3,65 % |
| 35 Jahre | 1.1.1997 | 5 | 11,25 % | 9,17 % |
| 31 Jahre | 1.1.1993 | 9 | 20,25 % | 18,97 % |
| 27 Jahre | 1.1.1989 | 13 | 29,25 % | 26,71 % |
| 26 Jahre | 1.1.1988 | 14 | 31,50 % | 28,40 % |

**Tabelle 18: Beispiel für am 01.01.1962 geborene rentenferne Versicherte
(Kein Zuschlag)**

Was für den am 01.01.1961 geborenen Späteinsteiger gilt, trifft selbstverständlich genauso auf alle Jüngeren zu, die **nach** dem 01.01.1961 geboren wurden und das 25. Lebensjahr vollendet haben (siehe auch Fischer/Siepe: „Systemfehler Report“¹³).

Damit steht fest: Alle rentenfernen Pflichtversicherten mit Eintrittsalter nach dem vollendeten 25. Lebensjahr und ab Geburtsjahrgang 1961 sind generell vom Zuschlag ausgeschlossen sind, da die notwendige Bedingung für einen Zuschlag nicht erfüllt ist.

Man könnte nun einwenden, dass die Gruppe der jüngeren Späteinsteiger sogar noch größer sei und beispielsweise auch die am 01.01.1960 geborenen Rentenfernen dazu zählen könnten. Daher wird auch dieser hypothetische Fall im Folgenden beleuchtet.

3. Fall: geboren 01.01.1960 und n = 33

(also Eintritt in den ö.D. erst am 01.01.1992 mit 32 Jahren); (**n + 32 = 65**)

Annahme:

Wer am 01.01.1960 geboren ist und erst mit 32 Jahren (bei diesem Eintrittsalter war die Differenz zwischen altem und neuem Versorgungssatz für am 01.01.1961 geborene Späteinsteiger am geringsten) in den öD eingetreten ist, **bekommt einen Zuschlag**, also

Notwendige Bedingung für einen Zuschlag:

$$\begin{aligned} & m/n - 0,075 > m \times 0,0225 \\ & \text{oder gleichbedeutend:} \\ & 1/n - 0,0225 - 0,075/m > 0 \end{aligned}$$

¹³ a.a.O. Fußnote 11

Für $n = 33$ (vom 32. bis zum 65. Lebensjahr im ö.D.) heißt das dann:

| | |
|--|---|
| $m/33 - 0,075 > m \times 0,0225$ | Nun werden beide Seiten mit 33 multipliziert |
| $m - 2,475 > m \times 0,7425$ $m - 1,875 > 0,7425m$ | Nun fügt man jeder Seite hinzu: ($-0,7425m + 2,475$) |
| $0,2575m > 2,475$ | Beide Seiten werden durch 0,2575 geteilt |
| $m > 9,6$ | |

Tabelle 19: Zuschlag bei Eintritt in den ö.D. mit 32 Jahren und Geburtsdatum 01.01.1960

Die Annahme, dass es in diesem Fall (geboren am 01.01.1960, Eintrittsalter 32 Jahre, noch 33 erreichbare Pflichtversicherungsjahre bis zum vollendeten 65. Lebensjahr) einen Zuschlag gibt, ist richtig.

Begründung:

Nach Eintritt am 1.1.1992 in den öffentlichen Dienst werden bis zum 31.12.2001 noch genau 10 Jahre erreicht ($m = 10$). Dies steht aber nicht im Widerspruch zu $m > 9,6$.

Der alte Versorgungssatz lag bei 22,5 % (= 2,25 % pro Jahr x 10 erreichte Pflichtversicherungsjahre bis Ende 2001). Da der neue Versorgungssatz aber 23,75 % (= $10/32 - 0,075$) beträgt, ist die notwendige Bedingung für einen Zuschlag erfüllt.

Fazit:

Es gibt beim Jahrgang 1960 ganz bestimmte Kombinationen (zum Beispiel geboren im Januar 1960 und sehr spätes Eintrittsalter mit 32 Jahren), in denen es tatsächlich zu einem Zuschlag kommen könnte. **Daraus darf aber auf gar keinen Fall der Schluss gezogen werden, dass nun alle Späteinsteiger dieses Jahrgangs einen Zuschlag bekommen würden.**

Vielmehr ist das Gegenteil der Fall. Wie bereits im bereits oben zitierten VSZ-Gutachten „**Neuregelung der rentenfernen Startgutschriften aus ökonomischer und finanzmathematischer Sicht**“ auf Seite 17 von Fischer/Siepe bewiesen, bleiben auch folgende Späteinsteiger des Jahrgangs 1960 definitiv ohne Zuschlag, da bei ihnen die notwendige Bedingung für einen Zuschlag ($m/n - 0,075 > m \times 0,0225$) **nicht erfüllt** ist:

- $n = 35$ bis 39 erreichbare Pflichtversicherungsjahre, also Eintrittsalter 26 bis 30 Jahre
- $m = 1$ bis 6 erreichte Pflichtversicherungsjahre bis zum 31.12.2001, also Eintrittsalter 36 bis 40 Jahre

Das heißt:

In 1960 geborene Späteinsteiger mit einem Eintrittsalter von mehr als 25 bis zu 30 Jahren oder 36 bis 40 Jahren bleiben ohne Zuschlag.

Nur die Späteinsteiger des Jahrgangs 1960 mit einem Eintrittsalter von 31 bis 35 Jahren haben überhaupt Aussicht auf einen Zuschlag. Dies dürfte aber die Minderheit sein.

Anlage 1: Exkurs zu Mindestrente, Formelbetrag, Mindeststartgutschrift aus der Systemfehlerstudie¹⁴, Kap. 1.7:

In der Neuregelung der rentenfernen Startgutschriften wird auf die Existenz von Mindestwerten (**Mindestrente** nach § 18 Abs. 2 Nr. 4 BetrAVG und **Mindeststartgutschrift** nach § 9 Abs. 2 ATV) überhaupt nicht eingegangen. Es geht ausschließlich um die Frage, ob die neue Anwartschaft nach § 33 Abs. 1a ATV höher ist als die Anwartschaft nach § 33 Abs. 1 ATV (siehe § 33 Abs. 1a Hauptsatz 2 ATV). Da die Anwartschaft nach § 33 Abs. 1 ATV aber identisch ist mit der bisherigen Startgutschrift, die auch durch die Mindestrente oder Mindeststartgutschrift bestimmt werden kann, ergibt sich folgende Konsequenz:

Liegt die neue Anwartschaft (im Folgenden auch als „neuer Formelbetrag“ bezeichnet) zwar über dem alten Formelbetrag nach § 18 Abs. 2 Nr. 1 BetrAVG, aber unter der Mindestrente oder Mindeststartgutschrift, gibt es keinen Zuschlag. Dies trifft fast ausschließlich am 31.12.2001 alleinstehende Rentenferne, bei denen die bisherige Startgutschrift bei gesamtversorgungsfähigen Entgelten bis 4.500 € nicht vom Formelbetrag nach § 18 Abs. 2 Nr. 1 BetrAVG, sondern von einem Mindestwert (Mindestrente oder Mindeststartgutschrift) bestimmt wird.

Dazu eine Begriffserklärung aus ökonomisch-mathematischer und rechtlicher Sicht:

alter Formelbetrag

= Berechnung der anteiligen Voll-Leistung (= Nettogesamtversorgung minus Näherungsrente) mit dem Anteilssatz von 2,25 % pro erreichtem Pflichtversicherungsjahr bis Ende 2001 nach § 18 Abs. 2 Nr. 1 BetrAVG

Mindestrente

= Mindestbetrag von jeweils 0,375 % des tatsächlich erzielten Entgelts für jedes Pflichtversicherungsjahr während der gesamten Pflichtversicherungszeit bis Ende 2001 nach § 18 Abs. 2 Nr. 4 BetrAVG (Höhe hängt von den tatsächlich erzielten Entgelten einschließlich der tatsächlichen Entgeltentwicklung sowie der Anzahl der erreichten Pflichtversicherungsjahre bis Ende 2001 ab)

Mindeststartgutschrift

= Startgutschrift von 7,36 € pro vollem Pflichtversicherungsjahr, wenn bis Ende 2001 insgesamt mindestens 20 volle Pflichtversicherungsjahre erreicht wurden nach (§ 9 Abs. 3 ATV)

neuer Formelbetrag (bzw. neue Anwartschaft nach § 33 Abs. 1a ATV)

= Berechnung einer neuen anteiligen Voll-Leistung gem. Neuregelung nach § 33 Abs. 1a ATV, wenn der Unverfallbarkeitsfaktor nach Abzug von 7,5 Prozentpunkten höher ist als der bisherige Anteilssatz nach § 18 Abs. 2 Nr. 1 BetrAVG

Alter und neuer Formelbetrag können immer genau beispielsweise mit dem „Fischer-Zuschlagsrechner“ (zitiert a.a.O) berechnet werden.

¹⁴ a.a.O. Fußnote 11

Die **Mindeststartgutschrift** setzt 20 volle bis zum 31.12.2001 erreichte Pflichtversicherungsjahre voraus und wird bei durchgehender Vollzeitbeschäftigung wie folgt berechnet: $7,36 \text{ €} \times \text{Anzahl der erreichten Pflichtversicherungsjahre (m)}$. Bei Teilzeitbeschäftigung wird der Satz von 7,36 € für ein volles Pflichtversicherungsjahr entsprechend dem sog. Gesamtbeschäftigungsquotient vermindert.

Die Berechnung der exakten **Mindestrente** setzt voraus, dass auch sämtliche in der Pflichtversicherungszeit bis Ende 2001 erzielten Entgelte des rentenfernen Pflichtversicherten genau bekannt sind. Dazu müssten die originalen Versicherungszeiten und –entgelte z.B. aus dem alten Startgutschriftbescheid vorliegen.

Man kann sich jedoch auch anders behelfen. Die näherungsweise Mindestrente (bzw. Mindestrente p.a.) kann man ermitteln unter der Voraussetzung, dass sich die Entgelte prozentual genau so entwickelt haben wie die tariflich vereinbarten Entgelte. Nach Analyse einer Vielzahl von tatsächlichen Entgelt- und Versicherungsverläufen lag die tatsächliche Mindestrente p.a. der rentenfernen Pflichtversicherten in aller Regel unter der auf diese Weise ermittelten Mindestrente p.a.. Dies ist hauptsächlich durch Entgeltsprünge infolge eines beruflichen Aufstiegs bedingt, da längere Anfangszeiten mit deutlich niedrigeren Entgelten das Niveau der Mindestrente weiter nach unten drücken. Es gilt die Beziehung: $\text{Mindestrente} = \text{Mindestrente in \% des gvE p.a.} \times \text{Anzahl } m \text{ der bis 31.12.2001 erreichten ZVK – Pflichtversicherungsjahre}$. (Beispiel: $\text{gvE} = 2012 \text{ €}$, $m = 24 \text{ Jahre}$, $\text{Mindestrente in \% p.a.} = 0,02776$, dann folgt: $\text{Mindestrente} = 0,02776 \times 2.012 \text{ €} \times 24 = 134,05 \text{ €}$)

Letztlich sind also bis zu vier unterschiedliche Werte (**alter Formelbetrag**, **Mindestrente**, **Mindeststartgutschrift**, **neuer Formelbetrag**) zu ermitteln, um eine Aussage darüber zu treffen, ob die neue Startgutschrift über der bisherigen Startgutschrift liegt und somit ein Zuschlag erfolgt. Liegt der neue Formelbetrag nach § 33 Abs. 1a ATV unter der bisherigen Startgutschrift, ändert sich die Startgutschrift nicht (sog. Bestandsschutz).

Grundsätzlich wurde die **bisherige Startgutschrift** aus dem höchsten der drei Werte (**alter Formelbetrag** nach § 18 Abs. 2 Nr. 1 BetrAVG, **Mindestrente** nach § 18 Abs. 2 Nr. 4 BetrAVG, evtl. **Mindeststartgutschrift** nach § 9 Abs. 3 ATV bei mindestens 20 vollen Pflichtversicherungsjahren bis Ende 2001) errechnet. Da bei am 31.12.2001 alleinstehenden Rentenfernen der nach § 18 Abs. 2 Nr. 1 BetrAVG ermittelte Formelbetrag in den meisten Fällen unter den Mindestwerten (Mindestrente bzw. Mindeststartgutschrift) lag, war die bisherige Startgutschrift bei Alleinstehenden identisch mit der Mindestrente bzw. –startgutschrift und lag oft deutlich über dem Formelbetrag nach § 18 Abs. 2 Nr. 1 BetrAVG.

Ein Zuschlag auf den alten Formelbetrag, der durch die nach den Nummern 1 und 2 von § 33 Abs. 1a ATV ermittelte höhere Anwartschaft zustande kommt, nützt den Alleinstehenden aber nichts, wenn der neue Formelbetrag immer noch unter der Mindestrente bzw. der Mindeststartgutschrift liegt. Genau dies ist bei alleinstehenden Durchschnittsverdienern immer der Fall. Daran ändert sich auch nichts, wenn sie Späteinsteiger sind und erst mit beispielsweise 33 Jahren oder später in den öffentlichen Dienst eintreten. Es bleibt also dann bei der bisherigen Startgutschrift,

obwohl der neue Formelbetrag nach § 33 Abs. 1a ATV über dem alten Formelbetrag nach § 18 Abs. 2 Nr. 1 BetrAVG liegt.

Ausgerechnet diese Gruppe der alleinstehenden Rentenfernen, die bereits nach § 33 Abs. 1 ATV i.V.m. § 18 Abs. 2 Nr. 1 BetrAVG zu den Hauptbetroffenen der rentenfernen Startgutschriften zählt, gehört auch zu den **Hauptbetroffenen nach der Neuregelung in § 33 Abs. 1a ATV**, d.h. der neuen Zuschlagsregelung.

Dies hat zur Folge, dass auch ein durch den Zuschlag erhöhter Formelbetrag nach § 18 Abs. 2 Nr. 1 BetrAVG in fast allen Fällen noch unter den Mindestwerten und damit unter den bisherigen Startgutschriften bleibt. Diese alleinstehenden Normal- und Höherverdiener gehen also auch dann leer aus, wenn sie relativ spät in den öffentlichen Dienst eingetreten sind und dadurch deutlich weniger als 40 Pflichtversicherungsjahre bis zum vollendeten 65. Lebensjahr erreichen können.

Anlage 2: Unverfallbarkeitsfaktor auch im öffentlichen Dienst?

(siehe Systemfehlerstudie (Quelle a.a.O), Kapitel 2.1

Der **Unverfallbarkeitsfaktor** und dessen Berechnung beim Ausscheiden eines Arbeitnehmers in der Privatwirtschaft nach § 2 Abs. 1 Satz 1 BetrAVG ist laut **Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom 15.7.1998** (Az. 1 BvR 1554/89 u.a.) durchaus praktikabel. Dass der Unverfallbarkeitsfaktor gegen das Verbot der Diskriminierung wegen Alters nach dem **Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetz (AGG)** vom 14.8.2006 verstößt, da er jüngere Versicherte mit einem frühen Eintrittsalter benachteiligt, wird im **Urteil des Bundesarbeitsgerichts vom 19.7.2011** (Az. 3 AZR 571/09) verneint. Nach § 1 AGG sollen Benachteiligungen aus Gründen des Alters zwar grundsätzlich beseitigt werden. Nach § 10 AGG sind jedoch Benachteiligungen wegen des Alters zulässig, wenn sie objektiv und angemessen sowie durch ein legitimes Ziel gerechtfertigt sind.

Die Tatsache, dass der individuell ermittelte **Unverfallbarkeitsfaktor** nach § 2 Abs. 1 Satz 1 BetrAVG nach herrschender Rechtsauffassung nicht zur Altersdiskriminierung führt und demzufolge schon in frühem Alter in das Arbeitsverhältnis eingetretene Arbeitnehmer nicht unmittelbar benachteiligt, hat jedoch mit der weitgehend pauschalen Berechnung von rentenfernen Startgutschriften nach § 18 Abs. 2 Nr. 1 BetrAVG zunächst einmal überhaupt nichts zu tun.

Im **BGH-Urteil vom 14.11.2007** (Az. IV ZR 74/06) wurde die Einführung eines anteiligen Unverfallbarkeitsfaktors (zum Beispiel als Verhältnis von erreichten zu erreichbaren Pflichtversicherungsjahren) zwar angedacht, um die finanzielle Benachteiligung von rentenfernen Pflichtversicherten mit längeren Ausbildungszeiten und demzufolge späterem Eintrittsalter in den öffentlichen Dienst zu beseitigen. Gleichzeitig betonten die Richter aber, dass **„die Berechnungsmethode für den Unverfallbarkeitsfaktor nicht losgelöst von der Berechnungsmethode für die Voll-Leistung betrachtet werden“** (siehe RdNr. 126 im Urteil des BGH (Az. IV ZR 74/06) kann, da zwischen den beiden Rechenschritten in § 18 Abs. 2 Nr. 1 BetrAVG (Voll-Leistung als 1. Rechenschritt und jährlicher Anteilssatz von 2,25 % als 2. Rechenschritt) ein innerer Zusammenhang besteht.

Da der BGH in seinem Piloturteil (dort RdNr. 149) ausdrücklich auch andere Wege für die Neuregelung der rentenfernen Startgutschriften vorschlägt (zum Beispiel die Erhöhung des Multiplikators von 2,25 % oder die Veränderung der gesamten Berechnungsformel und nicht nur die Korrektur ihrer Faktoren), kann von einer „Empfehlung“, den Unverfallbarkeitsfaktor auch bei Neuregelung zu verwenden, überhaupt keine Rede sein.

Die Berechnung eines Unverfallbarkeitsfaktors sahen schon Kommentatoren der VBL kritisch (siehe Norbert Wein in BetrAV 5/2008¹⁵, Seite 455, und Matthias Konrad in ZTR 6/2008¹⁶, Seite 302).

¹⁵ Norbert Wein, „Die Rechtsprechung des Bundesgerichtshofs zu den Startgutschriften“ in: BetrAV, Betriebliche Altersversorgung, 5/2008, 451-456
<https://www.vbl.de/de?t=/documentManager/sfdoc.file.supply&fileID=1217490681198>

¹⁶ Matthias Konrad, „Reform der Zusatzversorgung – Ende des Tarifstreits in Sicht?“ in: ZTR, Zeitschrift für Tarif-, Arbeits- und Sozialrecht des öffentlichen Dienstes, Heft 6/2008, 296-303
<https://www.vbl.de/de?t=/documentManager/sfdoc.file.supply&fileID=1223640350524>

VBL-Jurist Matthias Konrad (zuständig für Satzung und Grundsatz in der Abteilung VS 10 der VBL) spricht sich in seinem Kommentar zum BGH-Urteil vom 14.11.2007 für eine Veränderung des jährlichen Anteilssatzes von 2,5 % gem. § 18 Abs. 2 BetrAVG aus und gegen die isolierte Übertragung des Unverfallbarkeitsfaktors gem. § 2 auf § 18 BetrAVG. Konrad sieht darin eine Vermengung von pauschalen Berechnungen (Voll-Leistung nach § 18) und individuellen Berechnungen (Unverfallbarkeitsfaktor nach § 2), was wiederum zu einem Systembruch führen könnte.

Genau zu diesem **Systembruch** ist es aber mit der Einführung des Unverfallbarkeitsfaktors in die Neuregelung nach § 33 Abs. 1a ATV gekommen. **TdL-Referent Stefan Hebler** verteidigt in seinem Kommentar zur Neuregelung der rentenfernen Startgutschriften die Wirkung des **Unverfallbarkeitsfaktors**, indem er dessen Anwendung mit der „**Modifikation der Voll-Leistung**“ bei einem Eintrittsalter von mehr als 33 Jahren verbindet (siehe Punkt 4.3.1 in seinem Aufsatz)¹⁷.

Nach Autor Hebler ist der **Unverfallbarkeitsfaktor** „**mathematisch zwingend bei langer Versicherungszeit umso höher, je älter der Versicherte bei Beginn des Arbeitsverhältnisses war**“.

Die von Hebler angeführten Beispiele für eine gleiche Versicherungszeit von 10 Jahren (übertragen auf die Startgutschrift-Berechnung: **m** = Anzahl der bis zum 31.12.2001 erreichten Pflichtversicherungsjahre) und ein Eintrittsalter von 25 bzw. 45 Jahren (übertragen auf die Startgutschrift-Berechnung: **n** = Anzahl der bis zum 65. Lebensjahr insgesamt 40 bzw. 20 erreichbaren Pflichtversicherungsjahre) sind elementar. Der Unverfallbarkeitsfaktor von $10/20 = 50\%$ bei einem Eintrittsalter von 45 Jahren ist selbstverständlich doppelt so groß im Vergleich zu $10/40 = 25\%$ bei einem Eintrittsalter von 25 Jahren.

Die Regel „Je höher (niedriger) das Eintrittsalter, desto höher (niedriger) der Unverfallbarkeitsfaktor bei gleicher Pflichtversicherungszeit am Tag des Ausscheidens aus dem öffentlichen Dienst bzw. am Tat der Systemumstellung zum 31.12.2001“ ist logisch völlig richtig. Diese Regel darf aber nicht losgelöst gesehen werden von der Tatsache, dass die individuelle Voll-Leistung bei höherem Eintrittsalter wegen der geringeren Anzahl von erreichbaren Pflichtversicherungsjahren sinken müsste.

Unverfallbarkeitsfaktor und Vollrente nach § 2 Abs. 1 BetrAVG stehen in einem Wechselverhältnis. Steigt der Unverfallbarkeitsfaktor infolge eines erst im höheren Alter begonnenen Arbeitsverhältnisses in der Privatwirtschaft, wird die Vollrente niedriger ausfallen. Der Teilanspruch nach § 2 Abs. 1 BetrAVG wird daher immer aus Unverfallbarkeitsfaktor und Vollrente ermittelt.

Dieser innere Zusammenhang zwischen Unverfallbarkeitsfaktor und Vollrente in der Privatwirtschaft nach § 2 Abs. 1 BetrAVG wird rechtlich nicht bestritten. Der innere Zusammenhang zwischen festem Anteilssatz (2,25 % der Voll-Leistung pro

¹⁷ S. Hebler: Zusatzversorgung – Verbesserung bei den Startgutschriften für Späteinsteiger, ZTR, Zeitschrift für Tarif-, Arbeits- und Sozialrecht des öffentlichen Dienstes, Heft 9/2011, 534-538

erreichtem Pflichtversicherungsjahr) und der pauschalierten Voll-Leistung nach § 18 Abs. 2 Nr. 1 BetrAVG ist aber ein völlig anderer. Es dürfte daher rechtlich umstritten sein, ob der **individuelle Unverfallbarkeitsfaktor** in Anlehnung an § 2 Abs. 1 BetrAVG überhaupt mit der **pauschalierten Voll-Leistung** nach § 18 Abs. 2 Nr. 1 BetrAVG kombiniert werden kann. Wenn man VBL-Jurist Konrad folgt, kann eine solche Kombination zum Systembruch führen. Es ist daher rechtlich zu prüfen, ob mit der Neuregelung der rentenfernen Startgutschriften nach § 33 Abs. 1a Nummer 1 ATV ein solcher **Systembruch** bereits eingetreten ist.

Man könnte auch die Ansicht vertreten, dass der individuelle Unverfallbarkeitsfaktor nach § 2 BetrAVG mit der Sonderregelung für den öffentlichen Dienst nach § 18 BetrAVG überhaupt nicht vereinbar ist. Diese grundsätzliche **Unvereinbarkeit** von § 2 BetrAVG und § 18 BetrAVG wäre dann der Hauptgrund für den von Konrad befürchteten Systembruch. Wenn aber der Unverfallbarkeitsfaktor dennoch im öffentlichen Dienst eingeführt werden soll, müsste konsequenterweise auch die Sonderregelung nach § 18 BetrAVG entfallen und durch die Regelung in der Privatwirtschaft nach § 2 BetrAVG ersetzt werden.

Anlage 3: Kürzung der Nettoversorgung bei Nichtkürzung der Näherungsrente?

(siehe Systemfehlerstudie (Quelle a.a.O), Kapitel 2.4

Die Modifikation des § 33 ATV nach der Tarifeinigung vom 30.05.2011 birgt neben der Abs. 1a Nr. 1 (Unverfallbarkeitsfaktor, pauschale Kürzung um 7,5 Prozentpunkte, Definition der erreichbaren Pflichtversicherungszeiten) auch in Nr. 2 Bemerkenswertes: die ggf. notwendige sogenannte **Modifikation der Voll-Leistung**.

Nur wenn der Unverfallbarkeitsfaktor nach § 2 Abs. 1 BetrAVG auch nach Abzug von 7,5 Prozentpunkten über dem Anteilssatz nach § 18 Abs. 2 Nr. 1 BetrAVG liegt, wird die Voll-Leistung mit einem **individuellen Brutto- oder Nettoversorgungssatz** nach § 41 Abs. 2 und 2b VBLs a.F. ermittelt. In den VBL-Zuschlagsmitteilungen heißt dieser zweite Rechenschritt „**Berechnung der individuellen Voll-Leistung**“.

Letztlich läuft dieser Berechnungsschritt auf eine Kürzung der Voll-Leistung hinaus, sofern die für eine ungekürzte Voll-Leistung erforderliche gesamtversorgungsfähige Zeit (gvZ) von 40 Jahren nicht erreicht wird.

Im Klagefall wurden 39,81 Jahre gesamtversorgungsfähige Zeit (gvZ) erreicht

Im Fall von gvZ < 40 Jahren wird die Nettogesamtversorgung von 91,75 % des Nettoarbeitsentgelts entsprechend dem individuellen Nettoversorgungssatz gekürzt. Diese **Kürzung der Nettogesamtversorgung** geht aber einher mit der **Nicht-Kürzung der Näherungsrente**, da die gesetzliche Rente nach dem Näherungsverfahren gem. Protokollnotiz zum § 33 Abs. 1a ATV grundsätzlich in voller Höhe beibehalten wird.

Dieses durchaus widersprüchliche Verfahren führt zu einer **überproportionalen Kürzung der Voll-Leistung**, wie das folgende stark vereinfachte Rechenbeispiel zeigt:

Beispiel für eine Kürzung der Voll-Leistung um 50 %

| | vor Kürzung* | nach Kürzung** |
|-----------------------|--------------------|--------------------|
| Nettogesamtversorgung | 100 Geldeinheiten | 85** Geldeinheiten |
| - Näherungsrente | - 70 Geldeinheiten | - 70 Geldeinheiten |
| = Voll-Leistung | = 30 Geldeinheiten | = 15 Geldeinheiten |

*) keine Kürzung, wenn gesamtversorgungsfähige Zeit mindestens 40 Jahre beträgt (immer der Fall, wenn das Eintrittsalter bei höchstens 33 Jahren liegt), mit der Folge, dass die maximale Nettogesamtversorgung von 91,75 % des Nettoarbeitsentgelts angesetzt wird

***) Kürzung der Nettogesamtversorgung um 15 % bei einer gesamtversorgungsfähigen Zeit von 34 Jahren (entspricht einem Eintrittsalter von 45 Jahren) mit der Folge, dass die Nettogesamtversorgung auf 78 % des Nettoarbeitsentgelts fällt

Die Kürzung der Nettogesamtversorgung um 15 % im Rechenbeispiel zieht eine Kürzung der Voll-Leistung um 50 % nach sich, da die Näherungsrente nicht gekürzt werden darf. Sofern die maximale Nettogesamtversorgung bei am 31.12.2001 alleinstehenden Rentenfernern deutlich unter der Nettogesamtversorgung für

Verheiratete bei gleichem gesamtversorgungsfähigen Entgelt liegt, kann die Voll-Leistung nach Kürzung sogar negativ werden, wie das nächste Rechenbeispiel zeigt.

Beispiel für eine negative Voll-Leistung

| | vor Kürzung* | nach Kürzung** |
|-----------------------|--------------------|---------------------|
| Nettogesamtversorgung | 85 Geldeinheiten | 68 Geldeinheiten |
| - Näherungsrente | - 70 Geldeinheiten | - 70 Geldeinheiten |
| = Voll-Leistung | = 15 Geldeinheiten | = - 2 Geldeinheiten |

Diese Rechenbeispiele sind keineswegs nur theoretischer Natur, wie die praktischen Musterfälle im Kapitel 1.4 der bereits erwähnten Systemfehlerstudie der beiden Autoren Fischer/Siepe zeigen. Kürzungen der Voll-Leistung um 50 % kommen in der Praxis genau so vor wie „negative Voll-Leistungen“, die nur aus formalen Gründen auf Null gestellt werden (sog. Bestandsschutz).

In der Praxis wären die Zusatzberechnungen nach § 33 Abs. 1a Nr. 2 ATV für ein Eintrittsalter von nicht mehr als 33 Jahren entbehrlich, da die Voll-Leistung bei einem Eintrittsalter bis zu 33 Jahre überhaupt nicht gekürzt wird. Begründung: Bei einem Eintrittsalter von 25 bis 33 Jahre liegt die bis zum vollendeten 65. Lebensjahr erreichbare Pflichtversicherungszeit zwischen 40 und 32 Jahren. Da bei der Ermittlung der gesamtversorgungsfähigen Zeit noch die Hälfte der Zeit vom vollendeten 17. Lebensjahr bis zum Eintrittsalter von 25 bis 33 Jahren hinzugezählt wird, kommen noch 4 bis 8 Jahre hinzu, so dass sich die gesamtversorgungsfähige Zeit auf 44 und 40 Jahre erhöht.

Die komplizierte Berechnung der individuellen Voll-Leistung ist daher nur bei einem Eintrittsalter von mehr als 33 Jahren erforderlich. Wenn bei einem Eintrittsalter von 45 Jahren die gesamtversorgungsfähige Zeit 34 Jahre (= 20 Jahre erreichbare Pflichtversicherungszeit zuzüglich 14 Jahre für die Hälfte der Zeit vom 17. bis zum 45. Lebensjahr) beträgt, werden zwei individuelle Versorgungssätze berechnet:

- **Bruttoversorgungssatz:**
gesamtversorgungsfähige Zeit x 1,875 % für jedes Jahr
(z.B. 34 Jahre x 1,875 % = 63,75 %, maximal 75 % des Bruttoarbeitsentgelts)
- **Nettoversorgungssatz:**
gesamtversorgungsfähige Zeit x 2,294 % für jedes Jahr
(z.B. 34 Jahre x 2,294 % = 78 %, maximal 91,75 % des Nettoarbeitsentgelts).

Der Nettoversorgungssatz liegt somit immer über dem Bruttoversorgungssatz. Allerdings sind dabei die unterschiedlichen Berechnungsgrundlagen zu beachten (Bruttoarbeitsentgelt bzw. gesamtversorgungsfähiges Entgelt bei der Bruttogesamtversorgung, aber Nettoarbeitsentgelt bei der Nettogesamtversorgung).

Da die Nettogesamtversorgung in Höhe von maximal 91,75 % des Nettoarbeitsentgelts (bzw. individuell 78 % im Beispielfall) wegen der Abzüge vom Bruttoarbeitsentgelt (z.B. 20,4 % Arbeitnehmeranteil zur Sozialversicherung zuzüglich Lohnsteuer in 2001) immer zu einem niedrigeren Wert führt als eine Bruttogesamtversorgung in Höhe von maximal 75 % des Bruttoarbeitsentgelts (bzw. individuell 63,75 % im Beispielfall), wird in allen Berechnungen der

Zusatzversorgungskassen nur mit dem **individuellen Nettoversorgungssatz** bzw. der **individuellen Nettogesamtversorgung** weitergerechnet.

Auch bei der Ermittlung der „**maßgebenden Gesamtversorgung**“ nach § 18 Abs. 2 Nr. 1 BetrAVG wird immer der niedrigere Betrag, also die maximale Nettogesamtversorgung in Höhe von 91,75 % des Nettoarbeitsentgelts, angesetzt. Die bis Ende 1985 geltende Bruttogesamtversorgung wurde ab 1.1.1986 durch die Nettogesamtversorgung abgelöst, um eine sog. Überversorgung bei Arbeitnehmern im öffentlichen Dienst zu vermeiden. Nur aus rein formalen Gründen werden bei der Startgutschrift-Berechnung nach § 33 Abs. 1 ATV i.V.m. § 18 Abs. 2 Nr. 1 BetrAVG und bei der Errechnung der individuellen Voll-Leistung nach § 33 Abs. 1a Nr. 2 ATV noch beide Versorgungssätze bzw. Gesamtversorgungen miteinander verglichen. De facto läuft letztlich alles auf die Höhe der individuellen Nettogesamtversorgung hinaus, da diese immer niedriger als die individuellen Bruttogesamtversorgung ausfällt.

Der prinzipielle Widerspruch zwischen individueller, gekürzter Nettogesamtversorgung einerseits und pauschaler, nicht gekürzter Näherungsrente bleibt aber auf jeden Fall bestehen. In jedem nur denkbaren Fall kommt es infolge dieses Widerspruchs zu einer überproportionalen Kürzung der Voll-Leistung. Diese Kürzung fällt bei Durchschnittsverdienern relativ stärker aus als bei Höher- und Spitzenverdienern, da die Näherungsrente bei gesamtversorgungsfähigen Entgelten von über rund 4.500 € nicht mehr steigt und bei 1.600,50 € festgezurt wird. Bei gleichem Eintrittsalter und gleichem Jahrgang trifft die Kürzung der Voll-Leistung daher Durchschnittsverdiener deutlich mehr im Vergleich zu Höher- und Spitzenverdienern.

Laut BGH-Urteil vom 14.11.2007 (Az. IV ZR 74/06) könnten die Tarifparteien einen „**Härtefallausgleich in Einzelfällen**“ schaffen, wenn die Näherungsrente zu hoch ist (siehe Seite 57 (RdNr. 120)). Dies haben die Tarifparteien ebenso versäumt wie die Kürzung der Näherungsrente in dem Fall, dass die Nettogesamtversorgung wegen Nicht-Ereichens der gesamtversorgungsfähigen Zeit von 40 Jahren sinkt.

Anlage 4: Nachrechnung des Klagefalls (genähert)

| Eingabemaske für eine rentenferne Startgutschrift (altes Verfahren und neues Verfahren mit Zuschlag) | | | | | |
|--|---|--|------------|--------|------------------|
| 25 U 3827/14 | | | | | |
| Hinweis: Individuelle Daten sind nur in die grauen Felder der Datenspalten C und D zu schreiben. | | | | | |
| Alle anderen Zellen und Blätter sind geschützt, um das Überschreiben von Formeln und Zellbezügen zu vermeiden. | | | | | |
| A | B | C | D | | |
| Lfd. Nr. | | 25 U 3827/14 | | | |
| 1 | Geburtsdatum: | 30.04.1957 | | | |
| 2 | Stichtag: | 31.12.2001 | | | |
| 4 | Rentenbeginn am 01.05.2022: | 01.05.2022 | | | |
| 5 | ZVK-Pflicht ab: | 17.09.1990 | | | |
| 6 | m = erreichte ZVK-Monate bis Stichtag: | 135,43 | 136,00 | | |
| 7 | n = erreichbare ZVK-Monate bis 01.05.2022: | 379,47 | | 0 | |
| 8 | g = ZVK-Monate 01.01.2002 bis 01.05.2022: | 244,00 | | | |
| 9 | m in Jahren: | 11,29 | | | |
| 10 | n in Jahren: | 31,62 | | | |
| 11 | q in Jahren: | 20,33 | | | |
| 12 | Zuschlag möglich, wenn: $(1/n - 0,0225 - 0,075/m > 0)$ | o.k. | | | Zuschlag möglich |
| 13 | Gesamtbeschäftigungsquotient (GBQ): | 0,51 | | | |
| 14 | Umlagesatz ZVK Arbeitgeberanteil (AG): | 4,75% | | | |
| 15 | Umlagesatz ZVK Arbeitnehmeranteil (AN): | 1,25% | | | |
| 16 | Falls Hochrechnung der Startgutschrift auf 65+0 LJ gewünscht, wird das zv Jahresentgelt von 2002 benötigt. Ansonsten wird hier 0,00 € eingesetzt. | 0,00 € | | | |
| 18 | Gesamtversorgungsfähiges Entgelt (gvE) eingehen: (gekürztes gvE eingehen, wenn GBQ < 1 !!!) | 2.165,49 DM | 1.107,20 € | | |
| 19 | gvE muss unter 19.813,89 DM = 10.130,68 € liegen | | | | |
| 20 | Mindestrente nach § 18 Abs. 2 Nr. 4 BetrAVG | 82,05 DM | 41,95 € | | |
| 21 | Mindeststartgutschrift § 9 Abs. 3 ATV = falls m>=20; volle Jahre bis zum Stichtag x 1,84 VP x GBQ x 4 € | | | 0,00 € | |
| Hinweis | Lfd. Nr. 5 und 6: | Eingabe Beginn der ZVK-Pflicht bzw. des maßgeblichen Zeitraums m (in Monaten) manuell aus der Startgutschrift. | | | |
| Hinweis | Lfd. Nr. 13: | Eingabe des maßgeblichen Gesamtbeschäftigungsquotienten (GBQ) manuell aus der Startgutschrift. | | | |
| Hinweis | Lfd. Nr. 18 und 20: | Eingabe des maßgeblichen Entgelts in DM manuell aus der Startgutschrift. | | | |
| Hinweis | Lfd. Nr. 21: | falls m >=20: Eingabe des maßgeblichen Entgelts (Jahre x 1,84 VP x 4€ x GBQ) in € manuell aus der Startgutschrift, sonst: 0 € | | | |

Tabelle: Grunddaten des Klagefalls OLG MU 25 U 3827/14 (geschätzte Angaben)

| 25 U 3827/14 | | | | | |
|--|---|-----------|-------------|-----------|-------------|
| Ermittlung des fiktiven Nettoarbeitsentgelts in (DM bzw. EURO) | | | | | |
| | Stichtag: 31.12.2001 | DM | DM | Euro | Euro |
| Lfd. Nr. | Zusammensetzung der Abzüge aus gv Entgelt | StKl. I/0 | StKl. III/0 | StKl. I/0 | StKl. III/0 |
| 1 | Beitragsbemessungsgrenze Rente: 8700 DM | 8700,00 | 8700,00 | 4448,24 | 4448,24 |
| 2 | Pflichtversicherungsgrenze KV: 6525 DM | 6525,00 | 6525,00 | 3336,18 | 3336,18 |
| 3 | gv Entgelt in DM bzw. EURO | 2165,49 | 2165,49 | 1107,20 | 1107,20 |
| 4 | Lohnsteuer in DM/EURO | 90,66 | 0,00 | 46,35 | 0,00 |
| | Umlagesatz AG für ZVK in Prozent von gv Entgelt in DM | 0,0475 | | | |
| | Umlagesatz AN für VBL in Prozent von gv Entgelt in DM | 0,0125 | | | |
| 5 | Umlagebetrag AG für ZVK | 102,86 | 102,86 | 52,59 | 52,59 |
| 6 | Umlagebetrag AN für ZVK | 27,07 | 27,07 | 13,84 | 13,84 |
| 7 | Pauschalsteuer Umlage AG: 175 DM/EURO | 175,00 | 175,00 | 89,48 | 89,48 |
| 8 | StAnteil Zukunftssich.: 20% von (Umlagesatz AG -175 DM) | 0,00 | 0,00 | 0,00 | 0,00 |
| 9 | Solidaritätszuschlag (max. 5.5% von Lohnsteuer) in DM / € | 0,00 | 0,00 | 0,00 | 0,00 |
| 10 | AN-Beitrag RV: 9.55% aus maximal 8700 DM | 206,80 | 206,80 | 105,74 | 105,74 |
| 11 | AN-Beitrag KV: 6.75% aus maximal 6525 DM | 146,17 | 146,17 | 74,74 | 74,74 |
| 12 | AN-Beitrag PV: 0.85% aus maximal 6525 DM | 18,41 | 18,41 | 9,41 | 9,41 |
| 13 | III. Sozialgesetzbuch: 3.25% aus max 8700 DM | 70,38 | 70,38 | 35,98 | 35,98 |
| 14 | Summe der fiktiven Abzuege in DM/EURO | 559,49 | 468,83 | 286,06 | 239,71 |
| 15 | fiktives Nettoarbeitsentgelt in DM/€ bei StKl. I/0 bzw. III/0 | 1606,00 | 1696,66 | 821,14 | 867,49 |

Tabelle: Fiktives Nettoentgelt des Klagefalls mit geschätzten Angaben

| | | gesetzliche Rente im Näherungsverfahren | | | | | | |
|----------|--|---|--|------------|----------------|-------------------------------------|--|--|
| | | 25 U 3827/14 | | | | Startgutschrift rentenfern | | |
| | | Fiktive Arbeitsentgelte und Versorgungssätze | | | | | | |
| Lfd. Nr. | | | | Stkl. I | Stkl. III/0 | | | |
| 1 | maßgebliches Vollzeit gv | Bruttoarbeitsentgelt pro Monat: | | 2.170,98 € | 2.170,98 € | | | |
| 2 | maßgebliches Vollzeit | Nettoarbeitsentgelt pro Monat: | | 1.610,08 € | 1.700,96 € | | | |
| 3 | | persönlicher Brutto-Versorgungssatz = GBQ x 75,00 % : | | 38,25% | 38,25% | | | |
| 4 | | persönlicher Netto-Versorgungssatz = GBQ x 91,75 % : | | 46,79% | 46,79% | | | |
| 5 | | fikt. Vollzeitnetto x persönlicher Nettoversorgungssatz: | | 1.477,18 € | 1.560,55 € | Nettogesamtversorgung (NGV) | | |
| 6 | | fikt. Vollzeitbrutto x persönlicher Bruttoversorgungssatz: | | 830,40 € | 830,40 € | Bruttogesamtversorgung (BGV) | | |
| 7 | | | | | | | | |
| 8 | | | | | | | | |
| 9 | Gesetzliche Rente im Näherungsverfahren | | | | | | | |
| 10 | | | | | | | | |
| 11 | Formel: | NR = (VJ x ST x BEZ x ZF x KF)/100 | | | | | | |
| 12 | | | | | | | | |
| 13 | Ermittlung des Steigerungssatzes ST: | Monatsentgelt begrenzt auf 8700 DM (BBG)= | | | 4.448,24 € | BBG | | |
| 14 | | | | | | | | |
| 15 | Verhältnis (maßgebliches Vollzeitbruttoentgelt *GBQ)/BBG jedoch maximal 100 %: | | | | 24,89 | | | |
| 16 | Steigerungsfaktor (bei Bezügen unter 70 % des BBG) mindestens: | | | | 1,09 | 1,09 | | |
| 17 | Falls gvE > 70 % BBG:Prozentuale Differenz zu 70 % des BBG: | | | | 0 | | | |
| 18 | Falls gvE > 70 % BBG:Verminderungsfaktor je ein Prozent Differenz zu 70 % des BBG: | | | | 0,007 | 0 | | |
| 19 | verbleibt der Steigerungsfaktor: | | | | | 1,0900 | | |
| 20 | | | | | | | | |
| 21 | VJ= | Versicherungsjahre (45 Jahre für Durchschnittsrentner) | | | | 45 | | |
| 22 | ST= | Steigerungssatz (angepasst nach obiger Vorschrift) | | | | 1,0900 | | |
| 23 | BEZ= | Maßgebliche Bezüge aus Blatt "Eingabe" (lfd.Nr. 18) (ggf. begrenzt durch BBG) | | | | 1.107,20 € | | |
| 24 | ZF= | Zugangsfaktor (1 bei Altersrente) | | | | 1,0 | | |
| 25 | KF= | Korrekturfaktor | | | | 0,9086 | | |
| 26 | NR= | gesetzliche Rente im Näherungsverfahren | | | | 493,44 € | | |

Tabelle: Fiktive gesetzliche Näherungsrente des Klagefalls mit geschätzten Angaben

| | | Ermittlung der Startgutschrift | | | | | |
|----------|---|---|--|------------|----------------|-------------------------------------|--|
| | | 25 U 3827/14 | | | | Startgutschrift rentenfern | |
| | | Fiktive Arbeitsentgelte und Versorgungssätze | | | | | |
| Lfd. Nr. | | | | Stkl. I | Stkl. III/0 | | |
| 1 | | | | | | | |
| 2 | maßgebliches Vollzeit gv | Bruttoarbeitsentgelt pro Monat: | | 2.170,98 € | 2.170,98 € | | |
| 3 | maßgebliches Vollzeit | Nettoarbeitsentgelt pro Monat: | | 1.610,08 € | 1.700,96 € | | |
| 4 | | persönlicher Brutto-Versorgungssatz = GBQ x 75,00 % : | | 38,25% | 38,25% | | |
| 5 | | persönlicher Netto-Versorgungssatz = GBQ x 91,75 % : | | 46,79% | 46,79% | | |
| 6 | | fikt. Vollzeitnetto x persönlicher Nettoversorgungssatz: | | 753,36 € | 795,88 € | Nettogesamtversorgung (NGV) | |
| 7 | | fikt. Vollzeitbrutto x persönlicher Bruttoversorgungssatz: | | 830,40 € | 830,40 € | Bruttogesamtversorgung (BGV) | |
| 8 | | | | | | | |
| 9 | Ermittlung der Startgutschrift | | | | | | |
| 10 | | | | Stkl. I | Stkl. III/0 | | |
| 11 | | maßgebliche Gesamtversorgung =Min(NGV,BGV) | | 753,36 € | 795,88 € | | |
| 12 | | abzüglich Rente nach Näherungsverfahren: | | 493,44 € | 493,44 € | | |
| 13 | | Unterschiedsbetrag (Voll-Leistung nach § 18 Abs.2 Nr. 1 BetrAVG): | | 259,92 € | 302,44 € | | |
| 14 | | | | | | | |
| 15 | Versorgungssatz: | 11,29 Jahre Pflichtversicherung x 2,25 % | | 25,40% | 25,40% | | |
| 16 | Anwartschaft nach § 18 Abs. 2 Nr. 1 und 2 = Voll-Leistung x Versorgungssatz | | | 66,02 € | 76,82 € | | |
| 17 | | | | | | | |
| 18 | nun wird verglichen: | | | | | | |
| 19 | Formelbetrag § 18 Abs.2 Nr. 1 und 2 BetrAVG | | | 66,02 € | 76,82 € | | |
| 20 | Mindestrente nach § 18 Abs. 2 Nr. 4 BetrAVG | | | 41,95 € | 41,95 € | | |
| 21 | falls m >= 20 Jahre: Mindeststartgutschrift § 37 Abs. 3 VBLS n.F. | | | 0,00 € | 0,00 € | | |
| 22 | | | | | | | |
| 23 | Startgutschrift zum 31.12.2001: | | | | | | |
| 24 | Startgutschrift = Maximum der Anteile aus lfd. Nr. 19, 20 und 21 | | | | 66,02 € | 76,82 € | |
| 25 | Startgutschrift zum 31.12.2001 in Versorgungspunkten (VP): | | | | 16,51 | 19,21 | |

Tabelle: Startgutschrift (alt) des Klagefalls mit geschätzten Angaben

| Ermittlung der Startgutschrift mit Zuschlag | | | | | Teil 1 |
|---|--|------------|----------------|-------------------------------------|---|
| 25 U 3827/14 | | | | | Startgutschrift rentenfern mit Zuschlag |
| Fiktives Nettoarbeitsentgelt und Nettoversorgungssatz für bisherige Startgutschrift | | | | | |
| Lfd. Nr. | | Stkl. I | Stkl. III/0 | 25 U 3827/14 | |
| 1 | maßgebliches Vollzeit gv Bruttoarbeitsentgelt pro Monat: | 2.170,98 € | 2.170,98 € | Bruttoarbeitsentgelt (BAG) | |
| 2 | maßgebliches Vollzeit Nettoarbeitsentgelt pro Monat: | 1.610,08 € | 1.700,96 € | Nettoarbeitsentgelt (NAG) | |
| 3 | persönlicher Brutto-Versorgungssatz = GBQ x 75,00 % : | 38,25% | 38,25% | | |
| 4 | persönlicher Netto-Versorgungssatz = GBQ x 91,75 % : | 46,79% | 46,79% | | |
| | maßgebliche Gesamtversorgung | | | | |
| 5 | =Min(NAG*GBQ*91,75%,BAG*GBQ*75,00%) | 1.477,18 € | 1.580,55 € | maßgebliche Gesamtversorgung | |
| 6 | gesetzliche Rente im Näherungsverfahren. | 493,44 € | 493,44 € | | |

Tabelle: Startgutschrift (mit Zuschlag) mit geschätzten Angaben; Teil 1

| Ermittlung der Startgutschrift mit Zuschlag | | | | | Teil 2 |
|---|---|--|--|--------------|---|
| 25 U 3827/14 | | | | | Startgutschrift rentenfern mit Zuschlag |
| Lfd. Nr. | | | | 25 U 3827/14 | |
| 7 | Geboren: | | | 30.04.1957 | |
| 8 | Beginn ZVK-Pflichtversicherung: | | | 17.09.1990 | |
| 9 | | | | | |
| 10 | Vergleich der Vohhundertsätze | | | | |
| 11 | | | | | |
| 12 | 1. Maßgebliche Zeiten (in Monaten) | | | | |
| 13 | | | | | |
| 14 | Erreichte Pflichtverszeit m zum 31.12.2001 | | | 135,43 | |
| 15 | | | | | |
| 16 | Erreichbare Pflichtzeit n vom Beginn | | | 379,47 | |
| 17 | der Vers. bis Vollendung des 65. LJ | | | | |
| 18 | | | | | |
| 19 | 2. v.H.-Satz der alten Startgutschrift nach § 18 BetrAVG | | | | |
| 20 | | | | | |
| 21 | | | | | |
| 22 | | | | | |
| 23 | y (=m/12) PflJahre x 2,25 Prozent) | | | 25,39% | |
| 24 | | | | | |
| 25 | 3. Unverfallbarkeitsfaktor nach § 2 BetrAVG | | | | |
| 26 | | | | | |
| 27 | erreichte Pflichtzeit m (Beginn der ZVK-Pflicht bis 31.12.2001 | | | | |
| 28 | dividiert durch erreichbare Pflichtvers.zeit n | | | | |
| 29 | bis zum Rentenalter mit 65. LJ | | | | |
| 30 | | | | | |
| 31 | | | | | |
| 32 | (m / n) = | | | 35,69% | |
| 33 | (m/n - 0,075) = | | | 28,20% | |

Tabelle: Startgutschrift (mit Zuschlag) mit geschätzten Angaben; Teil 2

| Ermittlung der Startgutschrift mit Zuschlag | | | | | | Teil 3 |
|---|--|---|--|--|--------------|---|
| 25 U 3827/14 | | | | | | Startgutschrift rentenfern mit Zuschlag |
| Lfd. Nr. | | | | | 25 U 3827/14 | |
| 34 | | 4. Maßgebender Vomhundertsatz | | | | |
| 35 | | höherer Wert aus Ziffer 2 oder 3 | | | 28,20% | |
| 36 | | | | | | |
| 37 | | | | | | |
| 38 | | 5. Berechnung der individuellen Voll-Leistung | | | | |
| 39 | | | | | | |
| 40 | | 5.1. Gesamtversorgungsfähige Zeit: | | | | |
| 41 | | | | | | |
| 42 | | Gesamtversorgungsfähige Zeit in Jahren: | | | 39,81 | |
| 43 | | = Pflichtversicherungszeit bis 31.12.2001 plus | | | | |
| 44 | | Zeit vom 01.01.2002 bis Vollendung des 65. Lebensjahres | | | | |
| 45 | | plus Hälfte der Vordienstzeit ab 17. Lebensjahr | | | | |
| 46 | | | | | | |
| 47 | | 5.2. Nettoversorgungssatz | | | | |
| 48 | | GBQ | | | 0,51 | |
| 49 | | 2,294 Prozent pro gesamtversorgungsfähiges Jahr | | | | |
| 50 | | * GBQ, aber (max. 91,75 %)*GBQ | | | 46,58% | |

Tabelle: Startgutschrift (mit Zuschlag) mit geschätzten Angaben; Teil 3

| Ermittlung der Startgutschrift mit Zuschlag | | | | | | Teil 4 |
|---|--|---|--|--|--------------|---|
| 25 U 3827/14 | | | | | | Startgutschrift rentenfern mit Zuschlag |
| Lfd. Nr. | | | | | 25 U 3827/14 | |
| 51 | | | | | StKl. I | StKl. III |
| 52 | | | | | | |
| 53 | | 5.3. Nettogesamtversorgung | | | | |
| 54 | | (Fiktives Vollzeitnettoarbeitsentgelt aus Lfd. Nr. 2) | | | | |
| 55 | | | | | 1.610,08 € | 1.700,96 € |
| 56 | | 5.4. Voll-Leistung | | | | |
| 57 | | | | | | |
| 58 | | persönliche Nettogesamtversorgung | | | 749,97 € | 792,31 € |
| 59 | | fikt. Vollzeitnetto aus lfd. Nr. 2 x Nettoversorgungssatz aus 5.2 | | | | |
| 60 | | abzüglich Näherungsrente | | | 493,44 € | 493,44 € |
| 61 | | | | | | |
| 62 | | Persönliche Voll-Leistung | | | 256,53 € | 298,87 € |
| 63 | | | | | | |
| 64 | | 6. Neue Anwartschaft | | | StKl. I | StKl. III |
| 65 | | | | | | |
| 66 | | neue Anwartschaft wird errechnet aus: | | | | |
| 67 | | [der persönlichen Voll-Leistung nach 5.4.]) | | | | |
| 68 | | x [neuer maßgebender v.H. Satz nach 4.]) | | | | |
| 69 | | | | | | |
| 70 | | = Vergleichsstartgutschrift in € (neu) | | | 72,34 € | 84,28 € |
| 71 | | | | | | |
| 72 | | = bisherige Startgutschrift in € (alt) | | | 66,02 € | 76,82 € |
| 73 | | Zuschlag zur Startgutschrift (=positive Differenz NEU-ALT) | | | 6,32 € | 7,46 € |

Tabelle: Startgutschrift (mit Zuschlag) mit geschätzten Angaben; Teil 4